

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 2.30 RM, monatlich 1.10 RM,  
 wöchentlich 20 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonnement: 1.10 Mark pro Monat.  
 Eingetragene in die Post-Zeitungs-  
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Österreich-Ungarn  
 2 Mark, für das übrige Ausland  
 3 Mark pro Monat. Postabonnements  
 nehmen an: Belgien, Dänemark,  
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,  
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 9. April 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

**Die Interlons-Gebühr**  
 beträgt für die sechsstelligen Kolonien-  
 gebühr oder deren Raum 50 Pf., für  
 politische und gesellschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,  
 „Kleine Anzeigen“ das erste (teil-  
 gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere  
 Wort 10 Pf. Stellengedächte und Schlaf-  
 stufen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,  
 jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über  
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.  
 Inserate für die nächste Nummer müssen  
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition ist  
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

## Die Schicksalswende des Freisinn.

Vom Gesichtswinkel Theodor Barth's aus gesehen, sieht der deutsche Freisinn am Scheidewege. Gerade sein Einwirken in den Regierungsbund hat ihn vor die verhängnisvolle Alternative gestellt, entweder gleich dem Nationalliberalismus politisch völlig zu degenerieren oder aber nachdrücklicher als bisher seine liberalen und demokratischen Prinzipien zu vertreten. Wir haben ja kürzlich ausführlich die taktischen Ratschläge wiedergegeben, die Herr Barth dem Freisinn erteilt. Statt durch ängstliches Kompromisseln mit Regierung und Konservativen ein paar bescheidene Konzessionen von der Reaktion zu erscheideln, solle der Freisinn mit rücksichtsloser Entschiedenheit für liberale und demokratische Forderungen, nicht nur im Reich, sondern auch in Preußen, eintreten und durch geschickte Ausnutzung der zurzeit im Zentrum vorhandenen Oppositionsstimmung dem politischen Fortschritt die Gasse zu bahnen versuchen. Gelingen es, das Zentrum mitfortzureißen, so ermögliche die Situation die Durchführung energischer Wahlrechtsreformen. Verfolge das Zentrum, so sei es wenigstens möglich, ihm das demokratische Mäntelchen von den Schultern zu reißen und es in seiner wirklichen reaktionären Mißgestalt an den Pranger zu stellen. Der entschiedene Liberalismus werde also in jedem Falle bei einer solchen Taktik gewinnen. Bescheide er sich dagegen mit der Rolle eines pflaumentwischen national-liberalisierenden Kompromissfells, so verscherze er damit auch den Rest seines liberalen und demokratischen Nimbus, so gehe er jeder Anziehungskraft auf die breiten Massen der fortschrittlich gedachten Bevölkerung verlustig.

So Herr Theodor Barth über die Schicksalswende des Freisinn. Wir haben die von Barth empfohlene Taktik als die vom prinzipiell liberalen Standpunkt aus einzig richtige durchaus anerkannt. Wir haben aber zugleich keinen Zweifel darüber gelassen, daß der deutsche Freisinn gleichwohl diese Taktik nicht einschlagen dürfte.

Die Tendenzen und Entwicklungsmöglichkeiten unseres Liberalismus dürfen ja nicht nach den schönen Prinzipien beurteilt werden, mit denen er so gern hausieren geht. Man hat vielmehr zu untersuchen, ob diese Prinzipien, die einer längst verkehrten Vergangenheit angehören, auch wirklich noch den politischen und sozialen Interessen derjenigen Schichten entsprechen, denen die politische Leitung des Freisinn zugefallen ist.

Den Kern des deutschen Freisinn bilden Kapitalisten und Mittelständler. Deren Interessen können wohl mit gewissen sozialen Interessen des Agrariertums stark kollidieren, nicht aber auch im gleichen Maße mit deren politischen Interessen. Die Hochschutzzöllnerlei kam von den Vertretern des mobilen Kapitals und dem freisinnigen Kleinbürgertum schmerzhaft genug empfunden werden — gleichwohl aber kann dieser Kern der freisinnigen Truppe vorzüglich einem Entscheidungskampf mit dem Agrariertum aus dem Wege gehen und ihm den entscheidenden Weg des Kompromissfells vorziehen, weil er sich durch andere stärkere Interessenbände mit der agrarischen Rechte verbunden fühle. Ja, lägen die Dinge so, wie sie viele Jahrzehnte hindurch in England lagen und noch liegen: stelte der Sieg des parlamentarischen und demokratischen Systems der industriellen Kapitalistenklasse einen Sieg in Aussicht, den sie fruchtlos genießen könnte, so würde auch der deutsche Liberalismus entschiedener auftreten. In Deutschland aber hat die kapitalistische Klassen-scheidung auch bereits in der kraftvollen, entschiedenen Klassenbewegung des Proletariats seinen Ausdruck gefunden. Ein Sieg des Parlamentarismus und der Demokratie würde im letzten Ende nicht dem Liberalismus, sondern dem sozialdemokratischen Proletariat zu gute kommen, und deshalb zieht es der deutsche Liberalismus vor, sich mit der agrarischen Reaktion selbst dann in die politische Klassenherrschaft zu teilen, wenn der weitaus größere Vorteil auf Seiten der junkerlich beherrschten Regierung, des Junkertums und der verjunkerten Bürokratie liegt!

Das — sei es noch so würdelose — Kompromiß mit der Reaktion sichert der liberalen Bourgeoisie wenigstens die kapitalistische Ausbeutung der besitzlosen Klasse, die politische und ökonomische Niederhaltung des Proletariats, an der sie in ihrer Art nicht minder interessiert ist, wie das Agrariertum an der Anebelung und Ausbeutung der ländlichen Beloten. Es sichert ihr das möglichst langsame Tempo der Sozialreform, einen Schutz gegen allzu unbedequate gewerkschaftliche Forderungen des organisierten Proletariats, die Beherrschung der großstädtischen Kommunen und wenn auch bescheidenen, so doch halbwegs sicheren politischen Beststand in Reichstag und Landtag. Das parlamentarische und demokratische System dagegen würde die politische und materielle Machtstellung der freisinnigen Bourgeoisie schließlich nicht minder bedrohen, wie sie die Hochburg des Junkertums brechen würde. So entspricht es also nur der ehernen Logik der ökonomischen Entwicklung, daß der Freisinn den scheinbaren Vorwand der durch Verweigerung der Südwirtschaftskredite bedrohten „nationalen Ehre“ benutzte, um mit Pauken und Trompeten in das Lager der Reaktion überzugehen!

Herr Theodor Barth hat nun zwar seine Galeere auf den Strand gesetzt, aber er hofft als unverbesserlicher Optimist

immer noch auf die liberale Hochflut, die sein gestrandetes Schiff wieder flott machen soll. Diesem Optimismus entspringt auch sein Unternehmungen, auf dem „2. Delegiertentag des (freisinnig vereinigten) Wahlvereins der Liberalen“ den freisinnigen Kompromisspolitikern ins Gewissen zu reden. Er erlebte auch die Genugtuung, seine Ausführungen, die die naturwidrige konservativ-liberale Paarung zwischen Karpfen und Kaninchen geißelten und wider seines ehemaligen, inzwischen treulos abgefallenen Kampfgenossen Raumann naive Illusionen polemisierten, mit „starkem Beifall“ belohnt zu sehen. Aber Herr Barth ist sicher selbst genug politischer Routinier, um zu wissen, wie solch platonischer Achtungserfolg zu bewerten ist. Wann hätte jemals das Anschlagensprinzipielle Löne beim Liberalismus verfaßt! „Aber wenn Wilhelm „der Große“ einmal gesagt haben soll: „Heute jubeln sie (die Massen) mir zu und morgen wählen sie doch sozialdemokratisch“, so wird sich erst recht Herr Theodor Barth sagen, daß dieselben Leute, die ihm heute Beifall zollten, morgen doch den Kompromisslichen und alle liberalen Prinzipien kompromittierenden Sirenen tönen der Herren Wadnitsch und Raumann folgen und mit den Oldenburg-Januschaw und Krendt zusammen für die Blockpolitik der beiden Vernharde eintreten werden!

Der ganze Verlauf des Delegiertentages wird das Herrn Barth beweisen. Herr Potthoff behandelte das Thema „Liberalismus und Beamte“ und entlockte dadurch Herrn Tischendörfer den Stohlfenzer, daß man doch recht bald auch einmal das Thema „Liberalismus und Arbeiter“ behandeln möge. Herr Raumann empfahl zwar in seinem Referat über „Die nächsten Aufgaben des Liberalismus“ die liberale Initiative auf dem Gebiete der Sozialreform, aber er begeisterte sich doch in erster Linie für die famose Welt- und Kolonialpolitik. Das „Plebizit“ der Reichswahlen habe bewiesen, daß die jetzige Kolonialpolitik keine Politik Wilhelms II., sondern eine „allgemeine nationale“ geworden sei. Ein „Plebizit“, dessen Stimmenmehrheit gegen die Kolonialpolitik ausgefallen ist! Und das trotz der schamlosen Blamade der Regierung, trotz der standalösen Tüchtigkeit des Flottenvereins und der Siebert-Garde des Reichslügenverbandes!

Auch Herr Raumann meinte übrigens, daß die augenblickliche Situation des Liberalismus, d. h. seine Blockbrüderlichkeit, keine „Ewigkeitsituation“ sein werde. Der letzte große Kampf des Liberalismus werde unter allen Umständen gegen rechts gefochten werden. Ein Liberalismus, der in letzter Linie gegen links geführt werde, sei kein Liberalismus. Die schwierigste Probe des Liberalismus liege darin, daß er liberal bleibe. Immerhin sei zurzeit der aus der konservativ-liberalen Paarung zu erharrende „Sperling in der Hand“ der „Taube auf dem Dache“ des prinzipiellen Liberalismus vorzuziehen! Eine famose Vorbereitung auf den letzten unausbleiblichen Entscheidungskampf gegen die Reaktion, diese liberale Spagatjagd!

Das Ende vom Liede ist also der erneute Treuschwur zur Blockbrüderlichkeit! Als hübsche dekorative liberale Verbrämung dieser reaktionären Bourgeoispolitik gelangte dann zuguterletzt folgender Antrag des Parteivorstandes zur Annahme:

1. das die Sorge zu tragen, daß die Frage des parlamentarischen Regiments in der agitatorischen und literarischen Tätigkeit der Partei mehr als in den letzten Jahren betont wird,
2. dieses Thema auf die Tagesordnung des nächsten Delegiertentages gesetzt werde.

Die Reichstagsfraktion der Freisinnigen Vereinigung wird ersucht, dahin zu wirken, daß die Beratung des Antrags Abiah und Genossen betreffend Neuabgrenzung der Wahlkreise und Sicherung des Wahlheimatliches (Nr. 194 der Drucksachen des Reichstags) mit allen parlamentarischen Mitteln möglichst bald, in jedem Falle aber im Laufe der gegenwärtigen Session erzwungen wird.

Der Delegiertentag betrachtet es als die wichtigste Aufgabe der Liberalen im preussischen Abgeordnetenhaus, mit allen Kräften immer aufs neue auf die Ersetzung des preussischen Dreiklassenwahlrechtes durch das Reichstagswahlrecht hinzuwirken.

Die freisinnige Vereinigung im preussischen Abgeordnetenhaus wird ersucht, in Gemeinschaft mit den beiden anderen liberalen Fraktionen dahin zu wirken:

1. daß der genossenschaftlichen, insbesondere der Konsumgenossenschaftlichen Arbeiterbewegung weder auf gesetzgeberischem (Umsatzsteuer) noch auf verwaltungsmäßigem (Verbot des Bestritts für Staatsangestellte) Wege Hindernisse bereitet werden.
2. daß die staatsbürgerliche Freiheit der Arbeiter und Angestellten in staatlichen Betrieben keinen unzeitgemäßen und unberechtigten Beschränkungen unterworfen werde.

Durch die Annahme dieser von einem fürsorglichen Parteivorstand präparierten „prinzipiellen“ Wünsche hat der freisinnig vereinte Liberalismus also wieder einmal sein prinzipielles Gewissen salbiert!

Die 100 000 Arbeiter der Girsch-Dunderschen Organisationen, die dem Freisinn aus politischer Kurzsichtigkeit und kleinlicher Verärgerung noch immer nachtappen, dürfen sich also auch fernerhin ohne Gewissensstrudel um das „liberale“ Banner scharen, trotz der dem „Block“ geleisteten Vorgespanndienste des Profektors aller Sirenbrecher und Gelben, trotz des an Herrn Liebert gerichteten Silberbriefes des hohen Gönners des „verständigen“ Liberalismus, des „agrarischen Kanzlers“ Rürken Hilow!

## Die Anschuldigungen gegen die „Azione“.

Rom, 4. April. (Fig. Ver.)

Die von Morgari unternommene Kampagne gegen das Syndikalistenblatt „Azione“ droht zu einem Parteikonflikt schlimmster Art anzuzuwachen. Morgari hat Material vorgebracht, das in der Tat zu sehr ernstlichen Zweifeln über die finanzielle Unabhängigkeit der „Azione“ berechtigt. So hat er bewiesen: 1. daß der offizielle Hauptgeldgeber der Zeitung ein Staatsangestellter namens Scarano ist; 2. daß dieser selbst keine Mittel hat; 3. daß der von dem Staatsangestellten Scarano als Geldgeber hingestellte Degli Uberti, ein Schwager Scaranos, über ein steuerpflichtiges Einkommen von 10 000 Lire jährlich verfügt, also nicht gut 42 000 Lire in einem halben Jahre für Unternehmungen seines Schwagers geben kann und daß er vor Zeugen erklärt hat, wohl von einem Unternehmen „gegen den „Avanti“ (sic!) zu wissen, aber kein Geld dafür gegeben zu haben.

Diese drei Punkte können als bewiesen gelten — es sei denn, man wolle Morgaris Worte in Zweifel ziehen, was niemandem, der diesen Genossen kennt, in den Sinn kommen kann. Sie schließen aber nicht aus, daß der Chefredakteur der „Azione“, Genosse Enrico Leone, sich in gutem Glauben befindet, als er die Redaktion übernahm und ihn nur der Vorwurf trifft, leichtfertig geglaubt zu haben, was ihm schlaue Lügner und begabte Parteifeinde vorlogen. Uns ist es ebenso unmöglich, Leones guten Glauben wie Morgaris Rechtschaffenheit in Frage zu ziehen. Wir halten es daher für bedauerndwert, daß die Genossen, die erst den Verdacht und dann das Material gegen die „Azione“ hatten, Leone nicht persönlich davon in Kenntnis setzten, anstatt ihn in einen Standaal zu verwickeln. Desgleichen bedauern wir, daß die Integralisten in Rom die Sache, die doch die Genossen jeder Tendenz in gleicher Weise angeht, als ihre Angelegenheit behandeln und Sonderveranstaltungen ihrer Tendenz einberufen, um über die Wahmahnungen zum Schutze der Parteireue zu beraten. Sie scheitern damit den Syndikalisten und den Intransigenten eine Beleidigung ins Gesicht, indem sie bei ihnen weder Interesse noch Verus zum Schutze der Parteireue voraussetzen. Dies Verhalten ist nicht geeignet, die Parteeinheit zu festigen.

Auf der anderen Seite verfahren die Syndikalisten die Sache, indem sie den Angriff auf die „Azione“ als einen solchen auf den Syndikalismus ausgeben und mit maßloser Heftigkeit antworten, ohne das Tatsachenmaterial Morgaris zu widerlegen. Anstatt abzuwehren greifen sie Morgari und Ferri an; wie bürgerliche Blätter wissen wollen, bereiten sie auch eine Veröffentlichung gegen den „Avanti“ vor. Die „Azione“ beschuldigt Ferri, gegen den Parteibeschluß mit dem Freimaurerorden unterhandelt zu haben, durch Wunsch ein Kontokorrent bei der Banca d'Italia zu genießen, trotz seiner notorischen Mittellosigkeit, und eine Versicherungsgesellschaft durch „Abonnement mit Versicherung“ den Lesern des „Avanti“ empfohlen zu haben, obwohl die betreffende Gesellschaft nicht empfehlenswert sei. Weiter fordern die Syndikalisten, daß Morgari nicht weiter politischer Sekretär bleibe, wenigstens so lange die heutige Frage schwebt, da man ihm keine Dokumente anvertrauen könnte.

Auf beiden Seiten schlägt man also Wege ein, die ganz direkt zur Parteispaltung führen. Die Syndikalisten beschloßen, sogar gestern abend, einen Kongreß ihrer Fraktion einzuberufen. Man scheint die Tat der Jugendorganisationen nachahmen und die Partei in Integralisten und Syndikalisten spalten zu wollen, was notwendig zu einer Dreiteilung führen mühte, da die Revolutionäre oder Intransigenten sich weder den reformistischen Integralisten noch den Syndikalisten anschließen könnten. Wir glauben, daß nur noch eine energische Haltung der Masse diese unheilvolle Lösung wird verhindern können.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. April 1907.

### Reichsverfassungsänderungen.

Die preussische Regierung ist eifrig bemüht, den Ansprüchen der Agrarier zu genügen und die Widerstände, die der Einführung von Schiffahrtsabgaben entgegenstehen, aus dem Wege zu räumen. Sie kämpft für die Durchführung des § 19 des preussischen Kanalgesetzes, der solche Abgaben fordert, mit einer Ausföherung, die zu der Räßigkeit, mit der sie für den Bau des Mittellandkanals eingetreten ist, in schärfstem Kontrast steht. In letzter Zeit war es besonders Württemberg, das die preussische Regierung durch allerlei Lockmittel für ihren Plan zu gewinnen suchte. Das scheint ihr jetzt gelungen zu sein. Die „Dressener Neuesten Nachrichten“ melden:

„Nach unseren zuverlässigen Informationen ist eine definitive Einigung zwischen Württemberg und Preußen hinsichtlich der Schiffahrtsabgaben in den letzten Tagen erfolgt. Württemberg wird im Bundesrat für die Einführung von Schiffahrtsabgaben stimmen. Die „30 Silberlinge“ erhält Württemberg in Form eines erheblichen Beitrages zur Reduktion der Kanalabgaben. Die man nicht nur in Berliner eingeweihten Kreisen, sondern auch in Karlsruhe auf das Bestimmteste versichert, ist auch Baden entschlossen, anzuschließen. Der persönliche Widerstand des Großherzogs sei, so wird uns mitgeteilt, und von sonst zuverlässiger, informierter Seite bestätigt, mit Erfolg bekämpft worden. Auch Baden soll für seine Zustimmung einen speziellen Beitrag zur Reduktion der Kanalabgaben erhalten; außerdem sollen gewisse oberrheinische Wünsche Badens erfüllt werden. Damit erscheint trotz aller Proteste das Schicksal der Schiffahrtsabgaben im Bundesrat besiegelt, auch im Fall der Opposition Sachsens.“

Inbes ist damit, daß die preussische Regierung einen Bundeshaat nach dem andern für die Erhebung von Schiffahrtsabgaben

einlangt, die Frage keineswegs erledigt. Der Artikel 54 der Reichsverfassung sieht nach Ansicht von fast der gesamten deutschen Staatsrechtslehre nach den preussischen Plänen entgegen, und dieser Paragraph verleiht nicht dadurch seine Gültigkeit, daß die preussische Regierung plötzlich eine andere Auslegung beilegt und für diese infolge allerlei Gefälligkeiten die Zustimmung anderer Bundesstaaten findet. Wenn sich die Bundesstaaten unter der Hand darüber einigen, einem Verfassungsparagraphen eine andere Deutung zu geben, als er bisher hatte, so wird dadurch diese neue Interpretation keineswegs ohne weiteres maßgebend. Auch das deutsche Volk kommt in Betracht, und diesem wird durch das Bestreben der preussischen Regierung, die Abgabenfreiheit auf den natürlichen deutschen Strömen zu beseitigen, ein Recht genommen, das ihm durch die Reichsverfassung gewährleistet ist. Gelingt es der preussischen Regierung, einfach durch eine andere Interpretation einen Artikel der Reichsverfassung außer Kraft zu setzen, dann wird sie sicherlich auch in anderen Fällen, wo ihren Absichten Bestimmungen der Reichsverfassung entgegenstehen, versuchen, über diese Hindernisse dadurch hinweg zu kommen, daß sie die betreffenden Bestimmungen anders interpretiert oder durch gefällige Staatsrechtslehrer interpretieren läßt und dann für diese neue Auslegung unter den anderen Bundesstaaten so viele Stimmen wirbt, daß sie mit diesen zusammen im Bundesrat die Mehrheit hat. Der Reichstag muß deshalb energisch Protest gegen das von der preussischen Regierung einzuschlagende Verfahren einlegen.

### Montagnini und sein Ende.

Paris, 6. April. (Eig. Ber.)

Nach immer regnet „Montagnini-Papiere“ von allen Seiten, und aus des päpstlichen Auditors Tagebüchern und Briefregistern kommt noch manches Geheimnis des vatikanischen Geschäfts an den Tag. An dem Gesamtbild wird sich indes kaum mehr etwas ändern. Festgestellt ist die leitende Rolle, die Mery del Val in der Wahlkampagne der „liberalen Aktion“ gespielt hat, festgelegt seine Einflußnahme auf die Inventuraffäre und nicht minder das gegen die verfahrensmäßiger Stimmung verdächtige Geistliche betriebene Intrigen- und Spionagesystem. Auch über die anti-demokratischen Umtriebe der internationalen Diplomaten-Gesellschaft ist hinlänglich Licht verbreitet, und es kommt nun nicht mehr darauf an, ob der schreiblustige Montagnini in Einzelheiten zu stark aufgetragen und loses Gerücht zu festen Behauptungen verdichtet hat.

Die große Frage ist jetzt, ob die Regierung aus der Veröffentlichung der Papiere politische Konsequenzen ziehen wird. Schon gibt es genug Leute, die allen Ernstes von einem Hochverratsprozess sprechen. Ohne Zweifel ließe sich aus den Papieren des Auditors von einem staatsanwaltschaftlich Regablen eine einigermaßen ansehnliche Anklage konstruieren. Aber ebenso klar ist es, daß eine derartige Anklage nichts als ein politischer Sumbub wäre. Man braucht sich ja nur die Leute anzusehen, die nach einer solchen Aktion rufen. Es sind die Radikalsocialisten vom Schlage des Kleinbürgerlichen Reaktionsmarschallens, des giftigsten Gegners der Sonntagsgesetze und der Arbeiterbewegung. Demen läme es zupass, die Unterdrückung der Gewerkschaften, nach der sie jetzt schreien, unter einer demagogischen Sentenz zu verstehen und die so oft versprochene Erfüllung des radikalen Reformprogramms durch die Vereinerung des religionspolitischen „Janks“ zu erfassen. Bei der Regierung würde der Wunsch jener schwerlich auf einen aufrichtigen Widerstand stoßen. Das Ministerium Clemenceau ist nämlich in einer so üblen Lage, daß es bei normalem Verlauf der parlamentarischen Politik binnen kurzem fallen muß. Nur ein Theatercoup der Regierung kann ihre portfeuillemäßigen Gegner auf der linken Seite, ihren Nachritzer zu zügeln. Clemenceau ist sicher nicht der Mann, sich der Mittel halber Strupel zu machen. Man hat ihn vor einem Jahre ein „Komplott“ erfinden sehen, dem die tatsächliche Grundlage noch ganz anders fehlte als einer etwaigen Anklage gegen Prou und Genossen. Clemenceau würde sich aber auch daraus nichts machen, daß er selbst durch die Anklage, mit der er sich von den Sozialisten zur Ausfolgung der Papiere Montagninis an das Parlament bewegen ließ, eingeschanden hat, daß kein Staatsinteresse die Einleitung eines Prozesses verlangt. Aber die Sozialisten, die das radikale Ministerium vor seinen ehrgeizigen Parteifreunden solange beschützten, als es noch einigermaßen Ernst machte mit seinen Reformvorstellungen, haben das höchste Interesse daran, es zu stürzen, wenn es sich durch eine demagogische, die ganze Demokratie kompromittierende Schwindelpolitik zu retten sucht. Sie werden auch nicht übersehen können, daß der Kleinbürgerliche Chauvinismus, der das Einverständnis der französischen Krimlinge mit den Politikern des Vatikans als Hochverrat strafen will, unter Umständen auch nicht davor zurückschrecken würde, sozialistischen Arbeitern den Prozeß zu machen, wenn sie Beschlässe internationaler Kongresse zur Ausführung bringen. Die Sozialisten haben mit Ergötzen die Enthaltungen betrachten dürfen, die die wildesten Nationalisten als Meidstruppe Roms zeigten, sie werden aber auch bei der patriotischen Komödie nicht mitspielen, die zum heimlichen Benefiz des Unternehmertums aufgeführt werden soll.

### Deutsches Reich.

Boermann klagt weiter.

In der Nummer vom 1. Dezember 1906 der „Frankfurter Zeitung“ ist unter der Rubrik „Deutscher Reichstag“ ein Entreelet über die Reichstagsitzung vom 30. November enthalten, in dem die Boermann-Kinie beschuldigt wurde, das Reich überfordert zu haben, besonders durch die Berechnung der Liegegelder.

Hierdurch fühlt Boermann sich beleidigt. Er behauptet, Erzberger habe den in der „Frankfurter Zeitung“ enthaltenen Ausdruck nicht gebraucht, der auch nicht im stenographischen Reichstagsbericht enthalten sei; es sei mithin unwahr, was die „Frankfurter Zeitung“ dem Abgeordneten Erzberger in den Mund lege.

Boermann hat nun durch seinen Schwiegersohn Rechtsanwalt Dr. Hauers, der am Sonnabend im „Simplicissimus“-Prozeß den Ausspruch tat: „Wir können uns so etwas nicht mehr gefallen lassen“, gegen den für den politischen Teil des Frankfurter Blattes als Verantwortlicher zeichnenden Redakteur Albert Büsching eine Privatbeleidigungsklage beim Schöffengericht zu Hamburg anhängig gemacht. Der Vertreter des Beklagten, Rechtsanwalt Dr. Herz-Frankfurt, hat gegen die Klagebegründung eingewendet, es handle sich bei Besprechung der Reichstagsrede nicht um eine wörtliche Wiedergabe, sondern nur der Sinn der Ausführungen des Abgeordneten Erzberger über die Liegegelder sei kurz angedeutet. Die Verhandlung gegen Büsching findet in einigen Wochen statt.

### Zurückische Kästleiten.

Das neue bayerische Landtagswahlgesetz hat seine erste Probe noch nicht bestanden, und bereits muß es sich von den Juristen die wunderlichsten Auslegungen gefallen lassen. Bekanntlich ist die Ausübung des Wahlrechtes davon abhängig gemacht, daß der Wähler seit mindestens einem Jahre eine direkte Steuer entrichtet,

d. h. er muß seit mindestens einem Jahre zur Steuerzahlung angehalten sein und diese Steuer auch entrichtet haben. Nach dem gefunden Menschenverstande ist das nicht anders aufzufassen, als daß die Steuer für das dem Wahljahre vorausgegangene Jahr, also für 1906, bezahlt sein muß. Anders entschieden jedoch die Damberger Rechtsjuristen. Sie bestimmen, daß nur diejenigen in die Liste eingetragen werden, die auch für das erste Semester 1907 die Steuer bezahlt haben. Da die Steuern distinktionweise eingehoben werden, so werden bis zur Beendigung der Listenaufgabe noch nicht einmal alle Steuern fällig sein. Die Betroffenen dürfen dann nicht wählen, wenn sie auch gerne die Steuer bezahlen würden.

Eine ebenso rigorose Auslegung erfährt eine andere Bestimmung, die vorschreibt, daß jeder Wähler nur in dem Wahlbezirk wählen darf, in dem er wohnt. Die Auslegung geht nun dahin, daß jeder, der nach der Auslage der Listen aus einem Wahlbezirk verzieht, weder in dem alten noch in dem neuen Bezirk wählen darf; er ist einfach seines Wahlrechtes beraubt, auch wenn er nur eine Strafe weit verzogen ist und den Wahlkreis nicht verlassen hat. Es braucht nur eine Wahlbezirksgrenze zwischen der alten und der neuen Wohnung zu liegen. Daß der Wähler dies auf keinen Fall beabsichtigt hat, steht fest. Wenn zwischen der Auslage der Listen und dem Wahltermin ein Quartalsziel läge, wären Tausende von Wählern ohne weiteres um ihr Wahlrecht gebracht, aber es gibt auch noch monatliche Umzüge genug. Natürlich wird hier von der arbeitende Klasse am meisten getroffen. Im neuen Landtage wird man sich wohl über diese Auslegungskünste näher unterhalten müssen.

### Gottentötliches.

Die Regierung fällt sich bewegen, der Welt mitzuteilen, wie es trotz der vom Kommando der Schuttruppe getroffenen Vorregeln dem Gottentötchen Simon Kopper möglich geworden ist, erneut eine feindliche Haltung einzunehmen und in die Wüste Kalahari auszurücken. Das „Wolffsche Telegraphenbureau“ berichtet nämlich:

„Der Marsch Simon Koppers nach Gochas wurde durch die Heranziehung eiserner und in der Kalahari weit zerstreuter Wälder sowie durch das tiefe, sandige Dünenland und die Misshandlung von Weibern und Kindern erheblich verlangsamt. Major Peter, der diesen Marsch zunächst überwachte, wurde durch Mangel an Verpflegung und Wasser gezwungen, die Truppe schneller nach Gochas voranzuführen. Mit Patrouillen hielt er jedoch die Fühlung mit Simon Kopper aufrecht und hoffte hierdurch dem Kapitän, dessen Haltung bisher verlässlich erschien, das Sammeln seiner Angehörigen und misstrauischen Leute zu erleichtern.“

Viel deutlicher wird durch diese nichtsfagende Entschuldigung das Entkommen des Gottentötchenhauptlings auch nicht.

### Ein Majestätsbeleidigungsprozeß in Sachsen.

Zwickau, 6. April. (Eig. Ber.)

Vor dem hiesigen Landgericht begann gestern ein Majestätsbeleidigungsprozeß gegen fünf Parteigenossen aus Oberlungwitz. Die Anklage resultiert aus einem Vorgang aus der Reichstagswahlbewegung. In einer von nationalliberalen Seite einberufenen Wählerversammlung, die am 10. Januar in Oberlungwitz stattfand, trat ein Meinerer Parteigenosse dem jungliberalen Kandidaten Dr. Claus entgegen. In seinen Ausführungen berührte er auch die bekannte Rekrutenscheißerrede des Kaisers. Seine diese Rede betreffenden Ausführungen wurden von einem großen Teil der Anwesenden mit lauten Pfuirufen begleitet. Der die Versammlung überwachende Brigadier Kluge aus Oberlungwitz erwähnte das auch in seinem Bericht an seine vorgesetzte Behörde und erhielt auf Antrag des Staatsanwalts den Auftrag, Erörterungen nach den Klagen anzustellen. Auf diese Weise kamen die Genossen Kiesel, Bennenw, Fieder, Fischer und Sturm auf die Anklagebank. Die Verteidigung führte der Zwickauer Rechtsanwalt Eißner L. Sämtliche Angeklagten stellten die ihnen zur Last gelegte Beleidigung des Kaisers durch Pfuirufe entschieden in Abrede. Durch Vorlegung einer ausführlichen Zeichnung des Saales führten sie den Beweis, daß, selbst wenn sie sich an den Tischentwürfen beteiligt hätten, die Belastungszeugen dieses von ihren Plätzen aus nicht hätten wahrnehmen können. Die Belastungszeugen Brigadier Kluge, Wendarm Feuer und Schuhmann Laß wollten jedoch an Mund- und Körperbewegungen die Teilnahme der Angeklagten an den Pfuirufen wahrgenommen haben. Auf die Frage des Verteidigers, welche Mundbewegung der Zeuge Wendarm Feuer im Moment des Rufes bei den Angeklagten wahrgenommen habe, gab der Zeuge zur Antwort: „Das R und s p h e n!“ Auf die Frage des Verteidigers nach der Körperbewegung machte der Zeuge mehrmals pfuirufend die von ihm angeblich wahrgenommene Kopf- vortwärts-beugung-Bewegung. Der Schuhmann Laß will den Angeklagten Fieder an seiner Stimme erkannt haben. Mehrere weitere Belastungszeugen, darunter ein Schuhmann und der Ortsrichter von Oberlungwitz erklärten, nicht in der Lage gewesen zu sein, aus den vielen Stimmen Bestimmtes herauszufinden. Die Entlastungszeugen Gerold, Ratsch und Weber, die mit den Angeklagten an denselben Tischen gesessen haben, erklärten, daß von den Angeklagten keiner sich an den Pfuirufen beteiligt hätte. Die sehr bestimmte Aussage des Zeugen Gerold wurde auf Antrag des Staatsanwalts protokolliert. Der Zeuge hatte, die Begriffe „nahe Verwandtschaft“ und „Freundschaft“ verwachselnd, die nähere Bekanntschaft mit dem Angeklagten Kiesel in Abrede gestellt. Auch das wurde protokolliert, trotzdem der Zeuge, nachdem der Brigadier Kluge ausgeführt hatte, daß Kiesel und Gerold Mitglieder eines sozialdemokratischen Vereins seien, sofort erwidert, er habe die Frage des Vorsitzenden nur dahin verstanden, als handle es sich um nähere Verwandtschaft. Die Verteidigung des Zeugen Gerold wurde vorläufig ausgeföhrt. Der Verteidiger behielt sich einen die Aussage des Zeugen Brigadier Kluge betreffenden Protokollierungsantrag vor. Er beantragte die Vorladung weiterer Zeugen, die eines die Schwerehörigkeit des Angeklagten Bennenw begutachtenden Sachverständigen und die gerichtliche Inaugenscheinnahme des Saales, um festzustellen, wie weit die Belastungszeugen von ihren Plätzen aus die belundeten Wahrnehmungen machen konnten. Auch der Staatsanwalt beantragte die Vorladung weiterer Zeugen.

Die Anträge des Verteidigers und des Staatsanwalts auf Vorladung weiterer Zeugen nahm das Gericht an, lehnte aber alle anderen Anträge ab.

Montag, den 8. April, nachmittags 4 Uhr, soll die Verhandlung fortgesetzt werden.

### Ermäßigung der Zudersteuer.

Der Verein der deutschen Zuderindustrie hat an den Reichstag eine Eingabe gerichtet, in der er eine Herabsetzung der Zudersteuer um 4 M., also von 14 auf 10 M. pro Doppelzentner verlangt. Die Agrarier denken durch eine derartige Verbilligung des Zuders den einheimischen Konsum zu heben und dadurch die deutsche Zuderindustrie von dem Export unabhängiger zu gestalten, der noch immer fast die Hälfte der deutschen Zuderproduktion beträgt. Die agrarische Presse ist deshalb über die Eingabe sehr erfreut. Die „Deutsche Tagesztg.“ schreibt z. B. zu ihrer Empfehlung:

„Diese Entwidlung ist nicht unglücklich. Der durch die Steuer übermäßig erhöhte Zuderpreis ermöglicht nur eine langsame Steigerung des inländischen Verbrauchs, obwohl der Zuder von Haus aus das billigste und gefündeste Nahrungsmittel ist. Bei fortschreitender Vervollkommnung des Anbauens und Erhöhung der Zuderausbeute wachsen die Mengen des Zuders, der auf den Markt kommt. Eine Einschränkung des Anbauens durch eine Produzentenvereinigung, um löhnendere Preise zu erzielen, ist seit Aufhebung der Prämien durch die Welcker Konvention

und der Sprengung des Kartells bisher nicht möglich gewesen. Sie ist im Interesse der Landeskultur auch keineswegs wünschenswert, weil die Rube in der Fruchtfolge vieler Gegenden gar nicht mehr entbehrt werden kann, ohne den Betrieb aufs schwerste zu beeinträchtigen.“

Sonst ist es der agrarischen Presse höchst gleich, ob dem Volk die „gesunden“ Nahrungsmittel verbilligt werden; entscheidend ist für sie allein der Nutzen der Landwirtschaft; in diesem Fall verschmäht sie jedoch nicht, auch die Billigkeit als Argument zu benutzen.

### Herr Liebermann von Sonnenberg.

Die Geistesgröße des Antisemitismus, Herr Liebermann hat im Reichstage sehr energisch bestritten, daß er die von der „Frei-Presse“, einem Organ der Reformpartei, ihm nachgelagte Verurteilung: „Meine Schwärmer Bauern sind treu wie die Hunde, aber dreig wie die Schweine“ jemals getan habe, und erklärt, er habe gegen das Blatt Beleidigungsklage angehängt. Bisher ist aber, obwohl bereits über sieben Monate darüber verlossen sind, den Gerichten ein solcher Strafantrag gegen das antisemitische „Bruderblatt“ nicht zugegangen.

Dagegen hat Herr Liebermann, wie die „Voss. Ztg.“ berichtet, jüngst einen Homberger Sattlermeister, der am Viertag gelegentlich diese Verurteilung erwiderte, vor den Stadt geladen. Am Mittwoch voriger Woche fand die Gerichtsverhandlung statt, die das überraschende Ergebnis hatte, daß Herr Liebermann von Sonnenberg seine Klage zurückzog und die Kosten des Verfahrens tragen muß.

### Der Elberfelder „Wahltrawall“ vor Gericht.

In der Sonnabenditzung wurden zunächst die von der Beleidigung nachträglich geladenen Zeugen vernommen. Durch ihre Aussagen wurde festgestellt, daß die Polizei nicht nur in dem allgemeinen Trudel Unschuldige getroffen, sondern auch auf ziemlich menschenleeren Straßen völlig ungeschuldige Personen mißhandelt hat. Eine herziehende Frau wurde, obwohl sie fortgesetzt rief, sie sei krank und könne nicht voran, mit Säbelhieben selbst dann noch traktiert, als sie schon am Boden lag; ein Mann, der sich ihrer annahm und sie fortziehen wollte, bekam gleichfalls Säbelhiebe. In einer anderen Straße wurde ein Kommissar, der sich um den ganzen Kaufmann gar nicht gekümmert hatte, als er im Begriffe war, die Haustür zu seiner Wohnung aufzuschließen, von hinten durch zwei Säbelhiebe so schwer verletzt, daß er längere Zeit arbeitsunfähig war. Noch weitere Fälle werden konstatiert, wo Passanten ohne jede Veranlassung von Polizisten geschlagen oder mit Schlägen bedroht wurden. — Vor Schluß der Beweisaufnahme wurde von der Polizei in einem Falle der Strafantrag gegen die Genossen Eberle und Hoffmann zurückgezogen. — Der Staatsanwalt beantragte, von den wegen Ullaufs, Widerstandsleistung und Beleidigung angeklagten Personen vier zu Gefängnisstrafen von zwei Wochen bis zu sechs Monaten zu verurteilen, gegen die übrigen beantragte er Geldstrafen von 30 und 50 M., gegen Dr. Rasker eine Geldstrafe von 200 M. und gegen den Genossen Eberle drei Monate Gefängnis und 200 M. Geldstrafe. In einem Falle beantragte der Staatsanwalt Freisprechung. — Das Gericht erkannte in zwei Fällen auf Freisprechung, ein Angeklagter wurde wegen tätlichen Angriffs und Beleidigung zu drei Monaten, ein anderer wegen Widerstandsleistung und Beleidigung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, fünf erhielten wegen Beleidigung und tätlichen Angriffs Geldstrafen von 30 und 50 M. Dr. Rasker erhielt wegen öffentlicher Beleidigung 50 M. Geldstrafe. Beim Genossen Eberle wurde nicht eine fortgesetzte Handlung angenommen, sondern wegen jedes einzelnen der noch unter Anklage stehenden Artikel erfolgte Verurteilung. Die Gesamtstrafe beträgt bei Eberle 1150 M. Von einer Gefängnisstrafe, so heißt es in dem Urteil, habe das Gericht aus dem Grunde Abstand genommen, weil die aus der Wahl hervorgegangene Erregung dem Angeklagten zugute gehalten werde. Im übrigen aber sei der von der „Freien Presse“ der Polizei gemachte Vorwurf ungeschwächt, die Polizei habe vielmehr pflichtgemäß gehandelt und ihr befommenes Vorgehen verdiene alle — Anerkennung! Wenn bei solchen Vorkommnissen Unschuldige leiden müßten, so sei das nicht zu vermeiden.

Wir verzichten auf eine Kritik des Urteils. Unterlassen wollen wir aber nicht die Bemerkung, daß nach dem Stichwahltag die „Freie Presse“ rund 6000 neue Abonnenten bekommen hat und die bürgerliche Presse ihrem Reid durch Kauf nach dem Staatsanwalt gegen das „berühmte Treiben“ der „Freien Presse“ Luft gemacht hat.

### Regenmangel — Frost — Heuschrecken.

Aus unserem südwestdeutschen „Neu-Deutschland“ berichtet das Organ der deutschen Kolonialgesellschaft nach einem Briefe aus Windhut:

„Mit dem Wiederstand ist es recht gut bestellt. Aber außerordentlich betrübend steht es mit Wasser und Weide aus. Zwar hatte die Regenzeit gut eingesetzt, und das Gras war gut aufgegangen, aber plötzlich erschienen ungeheure Mengen von Heuschrecken, wie sie seit vielen Jahren nicht mehr beobachtet worden waren, und große Strecken sind wie mit einer Decke von der jungen Brut bedeckt, so daß die Weide vollständig vernichtet ist. Außerdem ist der Regen seit Wochen ausgeblieben, und die Regenzeit geht bald zu Ende. Wir müssen wohl auf ein schlimmes Jahr für die Landwirtschaft gefaßt sein. Ebenso stark haben die Kleinfiedelungen gelitten. In Klein-Windhut hat zuerst der Frost ein Drittel bis zur Hälfte der Weinernte vernichtet. Jetzt sind nun auch dort die Heuschrecken eingefallen, gegen deren Andrang wir ziemlich machtlos sind. Sie haben alle Kartoffeln und alles Gemüse verzehrt und zum Teil bis auf den Stumpf abgefressen. Auch in Diona ist die ganze Ernte dahin.“

Ein reizendes Land, dieses Wäst-West, für das wir eine halbe Milliarde verpulvert haben und fortdauernd noch mindestens fünfzig Millionen verpulvern sollen! —

### Durch Mißhandlungen in den Tod getrieben.

Wegen fortgesetzter schwerer Mißhandlungen Untergebener hatte sich am Sonnabend vor dem Kriegsgericht der 7. Division in Magdeburg der Unteroffizier Bernhard Fiedelkorn zu verurteilen. Fiedelkorn, der bei der 4. Kompagnie des in Hohenalza garnisonierenden 140. Infanterieregiments steht, ist wegen achtzehn Mißhandlungsfällen angeklagt, die aber nach einer Bemerkung des Anklagevertreters nur einen Bruchteil der wirklich vorgekommenen Mißhandlungen darstellen. In der Kompagnie des Soldatenschilders diente auch der Mittelreiter Staubert, der an einer Hand geklammerte Finger hatte, so daß er die Gewehrgriffe dem Unteroffizier nicht zu Dank machen konnte. Dieser suchte „nachzuhelfen“, indem er dem armen Menschen fortgesetzt Schläge mit seinem Seitengewehr auf die Finger veretzte, so daß der Mißhandelte das Lazarett aufsuchen mußte.

Nach seiner Entlassung aus dem Lazarett, wo man ihm die Finger auch nicht hatte gerade richten können, schrieb Staubert an seine Eltern, daß er die „Drieflecken“ des Unteroffiziers nicht länger ertragen könne und deshalb in den Tod gehen wolle. Am 14. Dezember 1904 führte der Unglückliche diesen Voratz aus und erschob sich.

Dem Wustfeller Knopf hat ferner der ehrenwerte „Stellvertreter Gottes“ immer mit der Faust ins Gesicht geschlagen, so daß die Wangen und das Jahnfleisch bluteten. Selten sei ein Tag ohne Mißhandlungen vergangen, sagte Knopf als Zeuge aus. Auch er hat die Absicht gehabt, Selbstmord zu begehen; nur der Gedanke an seine armen Eltern hat ihn die Absicht nicht ausführen lassen, wie er mit tränenerfüllter Stimme belundete. Zu beschweren getraute er sich nicht, aus Furcht, daß es ihm dann später noch schlimmer ergehen würde.

Dem Russen Kreisel hat der Angeklagte mit seinem Schwere die Brust blau und braun gestochen. Die Wundwunden waren besetzt schimmig, daß Kreisel sich durch Kameraden ausziehen und ins Bett bringen lassen mußte. Als er sich beschweren wollte, hat ihn der Unteroffizier, das nicht zu tun, weil ihm dadurch seine Karriere verdorben werden könnte. Eine Meldung ist denn auch nicht erstattet worden. In ähnlicher Weise hat der saubere Herr Unteroffizier auch die anderen Soldaten mißhandelt, ihnen die Finger blutig geschlagen, mit der Faust unter das Kinn gestochen, daß es anfing zu weinen. Einen Rekruten hat er einmal auf dem Erzerplatz so „geschliffen“, daß der Hauptmann hinzulief und drohte, dem Oberst Meldung machen zu wollen, wenn das nicht aufhöre.

Das Gericht verurteilte den brutalen Rekrutenzerzieher zu acht Monaten Gefängnis. Auf Degradation wurde nicht erkannt. Obgleich die Mißhandlungen roh gewesen seien, habe der Angeklagte, da er dienstfähig gewesen sei, nicht aus unedlen Motiven gehandelt. Der Anklagevertreter hatte ein Jahr Gefängnis und Degradation beantragt.

## Ausland.

### Dänemark.

#### Das Kommunalwahlrecht.

Kopenhagen, 8. April. Nach längerer Verhandlung in einer aus Mitgliedern des Folketings und des Landstings zusammengesetzten Kommission über den Regierungsentwurf des Gesetzes, betreffend die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Männer und Frauen unter Anwendung der Proportionalwahlmethode für die Gemeindevertretungen legte heute die Leiter der Regierungspartei sowie die Vorsitzenden der gemäßigten Linken der genannten Kommission einen Vorschlag zu einem Übereinkommen vor. Dieser Vorschlag kommt in einzelnen Punkten den Wünschen der Freikonservativen entgegen; so wird als Bedingung für Ausübung des Wahlrechts einjähriger Aufenthalt in der Kommune während des dem jeweiligen Steuerjahr vorausgehenden Jahres gefordert. Der Vorschlag sieht ferner bei größeren Steuererhöhungen ein Referendum an die Gemeindevähler vor. Schließlich ist auch die Wahlmethode zu den Ämtern verändert, indem die größeren Gutsbesitzer, welche bisher die Hälfte der Amtsratsmitglieder wählen konnten, nur mehr ein Drittel der Plätze besetzen dürfen.

Die freikonservative Partei, deren Zustimmung zu diesem Vorschlag für notwendig erachtet wird, hielt heute eine Sitzung zur Besprechung der Angelegenheit ab. Die endgültige Entscheidung wird von der morgen nachmittag stattfindenden Sitzung der Reichstagskommission erwartet.

Für den Achtskündentag. Am Sonnabend mußte sich das Folketing wieder einmal mit dem sozialdemokratischen Vorschlag auf gesetzliche Einführung des achtskündigen Normalarbeitstages befassen. Es war vor zehn Jahren, daß dieser Gesetzesentwurf zum erstenmal zur Verhandlung kam. Gleichwohl zeigte sich das Folketing jetzt noch nicht reif, um ein solches Gesetz zu beschließen. Von den bürgerlichen Parteien war es nur der Vorsitzende der Radikalen, der seine Sympathie ausdrückte, und die Sozialdemokraten ergriffen ihren Entwurf immer von neuem einzubringen, bis er eines Tages Gesetz werden müsse. Der Minister des Innern teilte mit, daß er zurzeit Untersuchungen über die Frage vornehme, aber noch nicht versprechen könne, daß die Regierung selbst einen Gesetzesentwurf einbringen werde. Der Entwurf unserer Parteigenossen wurde schließlich einem Ausschuss von 11 Mann überwiesen.

Eine gerechte Einteilung der Folketings-Wahlkreise wollte die Regierung bekanntlich auf dem Wege der Verfassungsänderung durchgeführt wissen, weshalb unsere Genossen im Folketing vorläufig auf ihren Vorschlag verzichteten, der die Erfüllung der Verfassungsbestimmung bezweckt, daß auf je 10 000 Einwohner ein Abgeordneter kommen soll. Nun steht jedoch fest, daß der Landsting den Regierungsvorschlag zur Verfassungsänderung scheitern läßt. Darum hat die sozialdemokratische Folketingsfraktion am Sonnabend ihren im Februar 1905 eingebrachten Vorschlag wieder aufgenommen und verlangt, daß eine Kommission eingesetzt werde, die zu einer dem § 83 der Verfassung entsprechenden Wahlkreiseinteilung Vorschläge auszuarbeiten soll, welche dem Folketing im Oktober dieses Jahres vorzulegen sind.

### Finnland.

Helsingfors, 6. April. Nach dem nunmehr vorliegenden endgültigen Ergebnis der Landtagswahlen sind gewählt 80 Sozialdemokraten, 58 Altfinnen, 25 Jungfinnen, 24 Mitglieder der schwedischen Volkspartei, 11 Agrarier und 2 Mitglieder der christlichen Arbeiterpartei. Von den gewählten 19 Frauen gehören 9 der sozialdemokratischen Partei an.

### Rumänien.

#### Regime Sturdza.

Der Wiener Arbeiter-Zeitung\* wird geschrieben: Die rumänischen Ordnungsmänner haben ein neues Opfer gefunden: die einstufigen Matrosen des „Potemkin“, die hauptsächlich im Petroleumgebiet Arbeit gefunden haben. Keiner dieser im Egel lebenden Revolutionäre wurde irgendwas beim Agitieren oder Manifestvertellen betroffen. Trotzdem sind sämtliche Potemkinisten im Petroleumgebiet: Campina, Duxtenari arretiert worden, aber ohne jede gesetzliche Grundlage.

Mehrere Offiziere sprachen in einem öffentlichen Lokal über die Lage und äußerten ihre Freude über die Art, wie die Unruhen gestillt wurden. Im Ausland weiß man nur, daß in Rumänien jetzt alles ruhig ist, nicht aber, daß diese Ruhe durch Massenmorde von Bauer zu Bauer erzielt wurde, und daß es noch jetzt, wo doch schon „Ruhe“ herrscht, genügt, einen Bauer zu demütigen, daß er einmal eine Zeitung gelesen habe, damit er erschossen wird.

Ein Potemkinist, der die Außerungen der Offiziere hörte, entsetzte sich und sagte seine Meinung offen über die Offiziere. Einer, der seine Worte hörte, hinterbrachte sie dem Hauptmann Combescu, Kommandanten der in Campina sich befindlichen Kompanie, und dieser rapportierte sie dem General Sargu, Kommandanten der in dem betreffenden Bezirke dislozierten Truppen. Darauf befahl der General, sowohl die 43 in Campina als auch die 86 in Duxtenari arbeitenden Potemkinisten zu arretieren. Sie wurden von der Arbeit geholt, und ohne daß man ihnen Zeit gegeben hätte, sich zu waschen, wurden sie zum Bahnhof geführt und nach der Bezirkshauptstadt Jassi transportiert.

Auch in Putareji wurden mehrere Potemkinisten verhaftet; unter anderen Ivan Siloghin und Eugen Bugilin, die im Restaurant Dumitrescu beschäftigt waren. Keinem von ihnen hat man eine direkte Teilnahme an den Unruhen nachweisen können. Von der liberalen Regierung Sturdza ist zu erwarten, daß die Potemkinisten ausgewiesen oder gar an Rußland ausgeliefert werden.

### Marokko.

Die Kundgebung des Sultans, welche in der Hauptmoschee zu Fez verlesen wurde, hat folgenden Wortlaut:

Ihr habt Kenntnis erhalten von der Ermordung des französischen Arztes durch den Bödel von Marrakech sowie auch von der Ermordung von Franzosen in Tetna und Tanger. Ihr wißt auch, daß ein Franzose in Fez verwundet wurde. Wir teilen Euch mit, daß die französische Regierung sehr aufgebracht ist und daß ihre Erregung ihren Höhepunkt erreicht hat. Daher hat sie auch einen Teil ihrer Truppen zu-

sammengezogen und die Sultans Udscha befehlen lassen. Die französische Regierung ist hierbei in ihrem Rechte. Wir hatten Euch zu wiederholten Malen nachdrücklich auf die Folgen aufmerksam gemacht, die das Verhalten der Bevölkerung haben könnte und Ihr habt unseren Ermahnungen nicht Rechnung getragen; die gegenwärtigen Ereignisse sind durch Eure Schuld entstanden. Jetzt wollen wir uns bemühen, diese Angelegenheit zu regeln und dafür, wenn es nötig ist, Gut und Blut zu opfern, um zwischen der französischen Regierung und uns gute Beziehungen wieder herzustellen und der Befehung Udschas ein Ende zu machen. Wir teilen Euch dieses mit, damit Ihr Euch von allen Unruhen fernhaltet.\*

Tanger, 8. April. (W. S.) Zwischen Deutschland, Frankreich, England und Spanien einerseits und der marokkanischen Regierung andererseits ist ein Abkommen über Errichtung einer Station für drahtlose Telegraphie in Mogador getroffen worden; die Station wird als eine gemeinschaftliche errichtet, der Sultan wird am Gewinne beteiligt sein und die Station unentgeltlich benutzen dürfen.

### Ägypten.

#### Ägyptischer Panislamismus und Nationalismus.

London, 6. April. (Fig. Ver.) Lord Cromer, der erfolgreiche britische Verwalter Ägyptens, veröffentlichte vor wenigen Tagen seinen Jahresbericht für 1906, in dem er sich mit der panislamischen und der nationalistischen Bewegung des Nillandes beschäftigt. Unter Panislamismus versteht man bekanntlich das Bestreben, die Anhänger des Islams, die in Asien, Afrika und Südost-Europa zerstreut sind, in eine einheitliche Bewegung zusammenzufassen, um den Christen gegenüber als eine geschlossene Macht aufzutreten. Diese Bewegung hält Cromer im allgemeinen für nicht sehr gefährlich. Er glaubt, sie könne wohl zu sporadischen Ausbrüchen führen, aber keine ernste Gefahr für Europa bilden, da die 250 Millionen Mohammedaner nicht organisierbar seien. Größer ist nach Cromers Meinung die Verquickung des Panislamismus und des Nationalismus in Ägypten, wo die Nationalisten sich gegen die Nichtägypter richten und einen nationalen Staat anstreben. Sie nehmen ihre Zuflucht zum Panislamismus, da die ägyptischen Volksmassen nur durch das Mittel der Religion zu erreichen seien, wie überhaupt im Orient jede Volksbewegung einen religiösen Charakter annehme. So vermischen sich in Ägypten beide Bewegungen und erzeugen eine Säure, die zwar nicht in die Tiefe gehe, aber doch stark genug sei, um die kleinlichen persönlichen Konflikte, wie sie in Großstädten gewöhnlich vorkommen, zu aufgeregten Volksaufläufen zu machen und alarmierende Gerüchte hervorzurufen. Die Ueberhandnahme panislamischer Bestrebungen bedeute für Ägypten einen Anschlag auf den Sultan der Türkei sowie die Erweckung eines religiösen Fanatismus, der den wirtschaftlichen, politischen und wissenschaftlich-technischen Fortschritt hemme. Die Zivilisation des Westens bringe das Leben in Fluß, lehre die Realität der Welt erkennen, während der Islamismus alles verfinstere und zur Stagnation bringe, jedem Fortschritt feindlich sei. Die panislamischen Nationalisten gewöhnten deshalb nicht die geringste Garantie, daß sie das Werk der Zivilisation, das die Briten in den letzten zwanzig Jahren verrichteten, fortsetzen könnten. Lord Cromer bemerkt, er studiere fleißig die nationalistische Presse, die vollständig frei sei, aber er finde in ihr keine klaren, zusammenhängenden Gedanken über Wirtschaft, Schulwesen und Verwaltung. Was die Nationalisten wollten, sagen sie auch nicht. Sie verlangen im allgemeinen ein Parlament nach britischem Muster! Also eine moderne Demokratie unter der Herrschaft des türkischen Sultans. Eine derartige Idee sei für Ägypten einfach unsinnig. Keine Macht würde es gestatten, einer ägyptisch-türkischen Demokratie die Verwaltung der Finanzen zu überlassen. Es müßten noch viele Jahre der Erziehung, der politischen und technischen Schulung vergehen, ehe man den Ägyptern, die seit Jahrhunderten unter schlechter Regierung gelebt haben, die Selbstverwaltung gewähren könnte. Zu diesem Zwecke sei es vor allem nötig, die gebildeten jungen Ägypter mehr als bisher in den Verwaltungsdienst eintreten zu lassen.

Im übrigen gibt Cromer eine Uebersicht über die wirtschaftliche Lage Ägyptens, die, wie alle Beobachter des Landes anerkennen, sich unter britischer Verwaltung ganz bedeutend verbessert hat.

Manches mag ja in dem Wilde, das Cromer vom panislamischen Nationalismus entwirft, richtig sein, besonders die Bemerkung über die bisherige kulturwidrige Wirkung des Islams und über die Unmöglichkeit einer selbstständigen Regierung unter dem türkischen Sultan. Ob aber die ägyptischen Nationalisten wirklich so unreif sind, wie sie dargestellt werden, darüber darf man wohl manchen Zweifel äußern. Auch die Ansicht Cromers über die absolute Kulturwidrigkeit des Islams scheint nicht ganz stichhaltig zu sein. Im Grunde genommen ist jede Religion fortschrittsfeindlich. Und wenn man Christentum und Fortschritt scheinbar beisammenfindet, so liegt dies nicht, wie die Europäer glauben, an der besonderen Natur des Christentums, sondern an dem raschen Lebensstrom Europas, der dem Christentum allmählich alle harten Ecken und scharfen Spitzen wegwäscht, es mitreißt und in Bewegung setzt. Das Christentum hat sich eben dem Leben angepaßt, da das europäische Leben mit seiner wissenschaftlichen Technik stärker ist als die Religion. Dem Islam wird es auch nicht anders ergehen, wenn die Länder, in denen er herrscht, in die moderne Wirtschaft eintreten. So erging es auch dem Judentum. Der Jude ist so lange religiös und fortschrittsfeindlich, als er unter veralteten, sich äußerst langsam bewegenden Wirtschaftsformen lebt. Wird er in den Strom der modernen Wirtschaft geworfen, so beginnt er bald herauszufinden, daß das Judentum — eigentlich fortschrittlich sei und sich ganz gut mit den Forderungen des neuen Lebens vertragen könne. — Aber das neue, fortschrittliche Judentum ist doch nicht mehr das alte, echte, starre und vom Leben abgewandete.

Es ist in dieser Beziehung merkwürdig, daß viele der Mohammedaner Indiens jetzt daran arbeiten, den Islam mit der Zivilisation des Westens zu verschönern, da sie dort unter britischer Verwaltung in Handel und Gewerbe eintreten! Es bildet sich dort ein fortschrittlicher Islam aus, der natürlich moderne Deutungen und Erklärungen des Korantes und der Uebersetzungen zu Hilfe nimmt.

## Im Bande der vollendeten Rechts Garantien.

Es wird und geschrieben:

Auf Veranlassung des Vorsitzenden der anarchistischen Föderation Deutschlands hatte ich für die nach Offenbach zu den Orlentagen einberufene Konferenz der Föderation ein wissenschaftliches Referat: „Die Idee des Anarchismus und die sich daraus ergebenden tatsächlichen Grundzüge“ übernommen, entsprechend meiner seit Jahren betätigten Grundansassung, daß Anarchismus und Sozialismus zu einander gehören, daß dem Materialismus des Sozialismus der Idealismus des Anarchismus hinzugesetzt werden müsse. Bestrebungen, die von

mir unter dem Namen des Anarchosozialismus zusammengefaßt sind. — Sonnabendnacht gegen 12 Uhr traf ich von Locarno aus in Offenbach ein, erfuhr dort, daß die Konferenz verboten, und reiste mit den Delegierten Sonntagmittag nach Mannheim, wo, wie man mir sagte, die Konferenz gemäß der freieren badischen Versammlungsgesetzgebung in früheren Jahren völlig unbehelligt stattgefunden. Trotzdem wurde Herr Krauß in dem Lokal, in dem wir uns versammelten, von einem Beamten eröffnet, daß die Konferenz auch in Mannheim verboten sei. Beim Verlassen der Wirtschaft, das allmählich und in kleinen Gruppen von zwei und drei stattfand — wir hatten verabredet zum Dentmal der Märzgefallenen zu gehen — wurden wir von einem Unzähligen Kriminalbeamten zusammengeedrängt und zu einer Polizeiwache hinführt, wo unsere Personalien festgesetzt und wir dann entlassen wurden. Hier erfuhr ich auch, daß zwei Delegierte, die bereits am frühen Vormittag nach Mannheim gefahren, dort ohne weiteres von der Straßwache festgehalten und noch auf der Polizei festgehalten seien. Wir gingen nunmehr, immer begleitet von einer Gruppe Kriminalbeamten, zum Dentmal der 48er und folgten dann dem Rat der Beamten, die wiederlich sagten: „Gehen Sie doch über die Grenze Mannheims hinaus, dann sind Sie uns los und können tun, was Sie wollen.“

Wir bestiegen die Preudenheimer Lokalbahn und fuhren davon; die Kriminalbeamten, die aber bequem mitentsitzen konnten, da sie immer dicht hinter uns waren, blieben zurück und kümmerten sich nicht mehr um uns. Ob wir durch unser weiteres Verhalten die uns vorgelegte Polizeiverfügung übertreten haben, wird die Gerichtsverhandlung ergeben. Ich für meine Person bin der Meinung, mich absolut keines Vergehens schuldig gemacht zu haben. Aber selbst wenn Juristenlogik — trotzdem wir außerhalb Mannheimer Gebiet waren —, trotzdem kein Referat gehalten usw., ein Vergehen gegen das Vereinsgesetz herausfinden sollte, so ist das eine Schuld, die nach dem Strafschub mit einer geringen Geldstrafe — im Höchstfalle 150 M. — gebüßt wird. — Am Dienstag, den 2. April, morgens, ich war ruhig in meinem Hotel geblieben, wurde ich zur Polizei geführt und verhört. Es wurde festgesetzt, daß ich seit 10 Jahren in Berlin anässig, seit 1895 als Arzt niedergelassen, infolge einer Herzkrankung, die durch Blutvergiftung bei einer Karbunkeloperation eingetreten, zurzeit gewackelnd Wiedererlangung meiner Gesundheit im Süden wollen möchte und deshalb von Berlin „auf Reisen“ abgemeldet sei. Meinen diesbezüglichen Paß hatte ich zur Stelle. Es wurde ferner festgestellt, daß ich keiner anarchistischen Gruppe angehöre, im sozialdemokratischen Wahlverein den 8. Berliner Reichstagswahlkreis organisiert und mit einer wissenschaftlichen Arbeit über Anarchismus und Sozialismus beschäftigt sei, deren Grundzüge mein Referat zum Ausdruck bringen sollte und deren Konzept ich bei mir hatte. Trotzdem wurde mir erklärt, daß ich dabeiben möchte und wurde ich ins Amtsgefängnis abgeführt. Dort wurden mir meine sämtlichen Sachen abgenommen, ich mußte mich dann in einer Zelle, in der Tür und Fenster offen waren, völlig nackt auskleiden, trotzdem ich auf Befragen nach Krankheiten angegeben, daß ich an Herzvergrößerung leide, und sämtliche Kleidungsstücke inklusive Hemd und Stiefel wurden einer eingehenden Visitation unterzogen. Dazu wurde ich in einem anderen Flügel des Gefängnisses inhaftiert. Nachmittags wurde ich auf den Hof gebracht und trotz meines energischen und dringlichen Protestes zwangsweise in mehreren Stellungen photographiert. Dem Untersuchungsrichter wurde ich nicht innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen 24 Stunden, sondern erst am Abend des nächsten Tages vorgeführt, und zwar geschah dies, indem ich hauptsächlich und an einer eisernen Kette angegeschlossen über Straße und Hof in das Gerichtsgebäude transportiert wurde. Nach erfolgtem Verhör, das sich ausschließlich auf die unter Anklage gestellte Zeit, von 11½ bis 2 Uhr nachts vom Sonntag zum Montag erstreckte, innerhalb welcher wir in einem Lokal gesessen und vornehmlich untern, durch die vorbeigehende Heßjagd bewirkten Hunger und Durst gestillt hatten, wo also nichts Verstecktes sich ergeben konnte, erklärte der Untersuchungsrichter mich für verhaftet. Auf meine Erwiderung, daß wohl überhaupt keine Verhaftung eintreten würde, wenn aber doch, höchstens eine so geringe Geldstrafe, daß dadurch die Schädigung meiner Gesundheit und die Freiheitsberaubung nicht gerechtfertigt würde, erklärte der Untersuchungsrichter, daß ich fluchtverdächtig sei, da ich zwar meinen Wohnsitz in Berlin hätte, aber jetzt auf Reisen abgemeldet sei. Meine Einwendung, daß ich korrespondierendes Mitglied des internationalen Bureaus zur Tuberkulose-Bekämpfung sei, dessen Vorsitz Graf v. Posadowski inne habe, daß ich von der 70. Jahresversammlung deutscher Naturforscher und Ärzte neben den Professoren Gerbard, Venden, Happe, Regierungsrat Engelmann usw. in die ständige Kommission zur Schwundminderbekämpfung gewählt sei, daß ich Mitglied und Mitarbeiter einer Reihe anderer wissenschaftlicher Körperschaften und Zeitschriften, daß eine telegraphische Anfrage beim Magistrat der Stadt Berlin ergeben würde, daß ich bis zu meiner Entlassung Mitglied der Berliner Stadtverordnetenversammlung und der Krankenhausdeputierten gewesen, war vergeblich — dem Herrn Untersuchungsrichter half das alles nicht über seinen Fluchtverdacht gegen mich wegen der etwaigen kleinen Geldstrafe hinweg und wurde ich weiter in Haft gehalten. Auch meine Bitte, sofort telephonisch Herrn Rechtsanwalt Dr. Frank benachrichtigen zu lassen, wurde nicht erfüllt, und so konnte mein Verteidiger erst am nächsten Vormittag zu mir gelangen, der sofort persönliche Wertschaft für mich leistete. Aber auch dann dauerte es noch bis zum Abend, ehe ich entlassen wurde. Von der Verurteilung der eigenen Kost habe ich keinen Gebrauch gemacht, die Gefängnisloft habe ich nicht berührt, bis am dritten Tage ein Anfall von Herzschwäche mich zwang, einen Napf Suppe zu mir zu nehmen. Neben Sorgen mußte ich meine Zelle aufräumen und mit fünf anderen Gefangenen in einer Reihe angetreten den Müßel voll Kot und Urin zum Reinigen nach der Latrine tragen. Als ich das erste Mal wartend dastand, bis die Reihe zum Ausgehen an mich kam, fiel mir Graf Posadowski ein, der mir einst nach einem Vortrage, dem ich als Vertrauensarzt der Zentralkommission der Krankenkassen ihm gehalten, dankend die Hand geschüttelt, in der ich jetzt den Müßel voll Urin hielt, und zwar sein stolzes Wort: „Deutschland, das Land der größten persönlichen Rechtsgarantien.“

Nicht weil mir, einem geachteten Arzte, dies begegnet, sondern weil solche Willkürakte und solche Herabwürdigung der menschlichen Persönlichkeit einem jeden gegenüber den schwachen Polizeigeist und Tiefstand unserer Verwaltung und Rechtspflege kennzeichnen, fühle ich mich verpflichtet, diese Vorkommnisse der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Dr. R. Friedberg,  
profl. Arzt und Spezialarzt für Augenkrankheiten,  
Berlin SO., Brückenstr. 10a, 6. April 1907.

Wir haben die Zuschrift veröffentlicht, um den Protest, dem Dr. Friedberg gegen die ihm widerwärtige Behandlung erhebt, zu dem unseren zu machen. Die Schilderung Dr. Friedbergs zeigt in der Tat, wie jämmerlich es um die persönlichen Rechtsgarantien in Deutschland aussieht, wessen ein deutscher Staatsbürger sich zu versehen hat, wenn er den Behörden als staatsgefährlich erscheint. Die lächerliche Anarchistenfurcht der deutschen Behörden gebietet Maßnahmen, die wahrhaft ruffällig anmuten.

Rebellen wollen wir jedoch nicht unterlassen zu bemerken, daß Dr. Friedberg sich unseres Grachtens in einem bedauerlichen Irrtum befindet, wenn er meint, daß Anarchismus und Sozialismus sich zum Anarchosozialismus vereinigen lassen. Unverständlich ist es uns auch, wie Dr. Friedberg sich noch als Mitglied eines sozialdemokratischen Wahlvereins betrachten kann, nachdem er am Anarchistenkongress — der Tagung einer der Sozialdemokratie feindlichen Gruppe — teilgenommen hat. Das Anarchistenverfahren, das vom Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins des dritten Berliner Kreises gegen ihn eingeleitet wurde, ist zwar noch nicht beendet, aber wir sollten meinen, daß Dr. Friedberg durch sein Verhalten sich selbst von der Sozialdemokratie losgesagt hat.

# Gewerkchaftliches.

## Sein sozialpolitisches Probestück

Hal in der verflochtenen Woche der neue Karlsruher Oberbürgermeister gemacht. Die im Verband der Gemeindearbeiter organisierten städtischen Arbeiter hatten auf vorigen Freitag eine Versammlung einberufen, um zur Aenderung des Arbeiterstatuts Stellung zu nehmen; gleichzeitig beabsichtigten sie, der Stadtverwaltung die Einfuhrung eines Wohnzinses mit Dienstalterszulagen vorzuschlagen. Als Referenten waren genannt Landtagsabgeordneter Kolb und Gemeindevorsteher Hermann-Stuttgart. In den vorbereiteten Einladungszetteln war u. a. gesagt, daß in Karlsruhe verhältnismäßig die schlechtesten Löhne in ganz Baden gezahlt würden und auch die sozialpolitische Fürsorge weit hinter dem zurückbleibe, was die übrigen süddeutschen Städte ihren Arbeitern gewähren.

Diese leicht zu erweisenden Behauptungen bereiteten den Karlsruher Oberbürgermeister zu einer Maßnahme, die recht bezeichnend für das soziale Empfinden des neuen Stadtoberhauptes ist. Er ließ in sämtlichen Betrieben, da er den Besuch der Versammlung nicht direkt zu verbieten wagte, einen Was anschlagen, in welchem er auf obige Behauptungen Bezug nahm und alsdann erklärte:

„Wir eröffnen den Arbeitern unserer Betriebe, daß der Stadtrat eine Petition, welche auf dem Wege der Agitation mit solchen unwahren Behauptungen zum Ausdruck kommen soll, nicht in Beratung ziehen wird. Den städtischen Arbeitern ist hinreichend Gelegenheit gegeben, ihre Wünsche in geordneter Weise selbst oder durch Vermittelung des Arbeiterausschusses dem Stadtrat bezw. ihrer vorgesetzten Stelle vorzutragen.“

Die Versammlung fand statt und hatte stärkeren Besuch aufzuweisen, als unter anderen Umständen zu erwarten war. Es ließen sich sogar eine Anzahl Unorganisierter in den von Oberbürgermeister so heftig beföhlenen Verband aufnehmen. Das war der ganze Erfolg des rauen Eingreifens in die staatsbürgerlichen Rechte der städtischen Arbeiter.

Die „unwahren Behauptungen“ in der Versammlungseinladung sind durch die Feststellung charakterisiert, daß in Mannheim der Minimallohn für ungelernete Arbeiter pro Tag 3,60 M. beträgt, nach einem Jahre auf 3,80 M. steigt und später die Höhe von 4,50 M. erreicht. In Karlsruhe haben von 740 ungelerten Arbeitern noch mehr als 500 nur 3,10 M. pro Tag und weniger. Es werden noch Tagelöhne von 2,50—2,80 M. bezahlt. Streben also die Karlsruher städtischen Arbeiter Lohnverbesserungen an, so sollten sie von dem Leiter einer Stadtverwaltung, die sich bei jeder Gelegenheit mit dem liberalen Mantel drapiert, nicht gehindert werden. Es bestätigt sich eben auch hier die alte Erfahrung, daß in der Kommunalverwaltung alle liberalen Traditionen zum Teufel gehen, wenn es sich um den verdammten Profit handelt!

## Berlin und Umgegend.

### Die Scharmacher in der Holzindustrie

hatten zu gestern Abend nach den „Konfordia“-Festivals, Andreasstraße, eine allgemeine Versammlung der Tischlermeister und Holzindustriellen einberufen, um Bericht über die Generalversammlung des Arbeitgeber-Schuttpverbandes in Dresden entgegenzunehmen. Fabrikbesitzer Plathen eröffnete die Versammlung mit den Worten, daß die Lage des Kampfes für die Arbeitgeber äußerst günstig sei, während auf der gegnerischen Seite man sich herumdrückt, um Frieden zu schließen. Die Arbeitgeber ständen nach wie vor auf dem Standpunkte, eine Verkürzung der Arbeitszeit auf keinen Fall zu bewilligen. Obermeister Kahardt gab darauf einen ausführlichen Bericht über die Generalversammlung in Dresden. Er führt unter anderem aus, daß die Aussperrung in den Orten Leipzig, Dresden, Halle, Görlitz usw. nur aus reinem Solidaritätsgefühl erfolgt seien, denn in vielen Orten wäre bei geringen Zugeständnissen weiter gearbeitet worden. So aber hat für Görlitz ein Telegramm genügt, um den fix und fertigen Vertrag seitens der Arbeitgeber nicht zu unterzeichnen und die Aussperrungsmaßnahme zu beschließen. Ferner teilte er mit, daß der Dessauer Beschluß wegen der Maßregel aufrecht erhalten, sondern folgender Beschluß deswegen gegen nur 5 Stimmen gefaßt worden sei:

Falls bis zum 21. April d. J. der Friede in den an der Aussperrung beteiligten Verbänden nicht hergestellt ist, sind die Vorstände derjenigen Bezirksverbände, in denen die Arbeit noch nicht ruht, verpflichtet, den Ortsverbänden des Holzarbeiterverbandes mitzuteilen, daß das Feiern des 1. Mai als Vertragsbruch angesehen wird und der Vertrag dadurch sein Ende erreicht. Die Mitglieder dieser Bezirksverbände sind gehalten, die mitfeindenden Arbeiter erst dann wieder einzustellen, wenn von dem Zentralvorstande die Befehle dazu erfolgt.

Zum Schluß wendet er sich gegen die Mitteilung der Arbeitnehmer, daß die Arbeitgeber nach Ostern ihre Betriebe öffnen und von den einzustellenden Arbeitern die Unterschrift eines Nebenbros über ihre Nichtangehörigkeit zum Holzarbeiterverband verlangen würden. Von diesem Plan habe man abgesehen. Einmal würde man nur einige tausend Mann vom Holzarbeiterverband absplittern und die Masse hiermit erleichtern, damit aber hätte die Verbandsleitung die Mitglieder angewiesen, einfach zu unterzeichnen. Außerdem mühte man dann nur mit partiellen Streiks rechnen und hiergegen wäre man machtlos.

Als zweiter Referent führte Holzindustrieller Vrh aus, daß jede Arbeitszeitverkürzung abgelehnt werden und daß es auch mit jeder weiteren Lohnerhöhung ein Ende haben müsse. Er teilt dann mit, daß seitens der Metallindustriellen zugesagt sei, Beiträge von den Mitgliedern dieses Verbandes zur Unterstützung der Holzindustriellen zu erheben, die circa 1200000 M. ergeben würden. Er wandte sich dann scharf gegen die Ausführungen des „Vorwärts“, der den Holzindustriellen wegen ihrer Dresdener Anleihe Vorwurfe vorgeworfen hat. Wohl sind seitens der Arbeitgeber ungeheure Opfer gebracht worden und viele sind an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt.

Nach längerer Debatte, in der noch aus der Versammlung verlangt wurde, in der Resolution auch gegen jede Erhöhung des Lohnes sich zu wenden, wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in welcher sich die Versammlung bei Abschluß eines Vertrages gegen jede Verkürzung der Arbeitszeit ausspricht.

Zur Lohnbewegung der Dachdecker ist zu berichten, daß dieselben zur Arbeitseinstellung bei einzelnen Firmen gescheitert sind. Nachdem am Donnerstagabend in der entscheidenden Versammlung beschlossen wurde, mittelst partiellen Streiks vorzugehen, um auf diese Weise die gestellten Forderungen zur Durchführung zu bringen, erfolgte schon Freitag früh der Ausstand bei den Firmen Gehr. Radow, Weidlich u. Bärner, Giertl und Richter, dann Sonnabend früh bei der Firma Horn u. Hummel. Während sonst die Dachdecker von den Arbeitgebern behandelt wurden, als existierten sie für dieselben überhaupt nicht und diese sich selbst bei der Stellungnahme zu den Forderungen in keiner Weise in ihrer Verantwortlichkeit lösen ließen, war es den Unternehmern nunmehr möglich, schon am Sonnabend eine Versammlung abzuhalten, um sich mit dem Vorgehen der Gesellschaft zu beschäftigen. Hier wurde

zum Beschlossen, an die Gesellschaft das Anstehen zu stellen, in oben genannten Geschäften die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufzunehmen, widrigenfalls die allgemeine Aussperrung erfolgen soll. — Durch derartige Beschlüsse lassen sich die Dachdecker allerorts in keiner Weise beirren. Und so erfolgte als Antwort auf den Beschluß der Arbeitgeber am Montag früh die Arbeitseinstellung bei den zwei größten Firmen Berlins, W. Neumeister und G. A. Bernick, mit 110 Dachdeckern, so daß augenblicklich 7 Firmen mit 170 Arbeitern vom Ausstand betroffen sind. Die Dachdecker allerorten werden gebeten, den Zugang von Berlin fernzuhalten und auf diese Weise mit dazu beizutragen, daß die gestellten Forderungen zur Durchführung gelangen.

Die freilebenden Leitergerüstbauer versammelten sich Montagabend im Englischen Garten. Die Berichte der Streikleitung wie von den einzelnen Vertrauensmännern lauteten durchweg günstig. Die Firma Otto Petersdorf in Köpenick hat am Sonnabend mit der Lohnkommission verhandelt und den Tarif unterschrieben. Danach erhalten die Poliere 85 Pf. und die Rüstler 70 Pf. Stundenlohn. Für Ueberstunden werden 10 Pf. Aufschlag bezahlt. Der eifrigen Agitation der Streikenden ist es trotz vieler Widerstände gelungen, 30 Rüstler von der Firma Altmann zum Anschluß zu bringen. Herr Altmann hat auch am Montagnachmittag mit der Kommission verhandelt und wollte sofort eine Zulage von 5 Pf. pro Stunde für die Rüstler gewähren. Eine weitere Zulage von 5 Pf. sollte stattfinden, falls die übrigen Bauarbeiter auch eine Erhöhung ihres Lohnes durchsetzen. Diese Zugeständnisse wurden von Seiten der Arbeiter als unannehmbar abgelehnt. Daß Altmann seinen Kollegen im Geschäft sehr gefällig wird und ihnen leicht die Kunden wegknappen kann, geht aus vielen Aeußerungen der Unternehmer hervor. Verschiedene haben sich den Streikposten gegenüber dahin ausgelassen, daß sie nicht länger zögern würden, sich mit ihren Leuten zu einigen, wenn Altmann nicht in dieser Woche seine Arbeiter aussperrt. Altmann hat, wie es heißt, den gesperrten Firmen gegenüber erklärt, daß er nur vier Kolonnen beschäftige. Tatsache ist, daß am Sonnabend zehn Kolonnen mit 60 Rüstern für Altmann tätig waren; dazu kommen noch 20 Plagarbeiter in Frage.

Die Firma Arndt u. Co. hat den Streikenden für die erste Woche sogar einen Streikzuschuß bewilligt, den Familienvätern 3 M. und den Ledigen 2 M. Herr Arndt bedauerte die armen Leute, die streiken müßten, und meinte, daran sei der böse Berner vom Zentralverbande schuld. Schmunzelnd hörten die Arbeiter diesen Bericht an; die Leute von Arndt halten natürlich am Verbands fest und streiken weiter.

Von sämtlichen Firmen beinahe wurde berichtet, daß sie gern sich einigen möchten, aber durch ihren Verein gebunden seien. Einige kleine Firmen, die auch Mitglieder des Vereins sind, haben sich zur Unterzeichnung des Vertrages bereit erklärt.

Wie sehr die Herren Leitergerüstbauern in Verlegenheit sind, geht daraus hervor, daß für die Firma Dreiling u. Sohn die Feuerweh in der Hauptstraße zu Schöneberg ein Gerüst abgenommen hat. Die Streikkontrolle ist gut organisiert und wird so ausgeführt, daß es den Unternehmern nur sehr schwer möglich wird, überhaupt Streikbrecher zu erhalten. Alle diejenigen Leitergerüstbauer, welche sich zurzeit noch außerhalb des Leitergerüstbauers in Arbeit befinden, werden noch einmal erfucht, ihre Arbeit solange zu halten, bis der Streik erledigt ist.

Die streikenden Landschaftsgärtner haben wieder einige Firmen für den neuen Vertrag gewonnen. Bis Montagmittag hatten 60 Firmen die Forderungen der Gehülfen anerkannt. Es arbeiten jetzt zu den neuen Bedingungen etwa 200 Mann. Die Streikposten flagen auf verschiedenen Plätzen, daß ihnen die Ausübung ihrer Pflichten durch Maßnahmen der Polizei sehr erschwert wird. Den arbeitenden Kollegen ist eine Steuer von 25 Pf. pro Tag zur Unterstützung der Streikenden auferlegt worden.

Bereinigung der Räder (Sektion der Radierer). Wegen erster Lohnifferenzen sind die Radierer der Firma Lange u. Gutzeit am 8. April in den Ausstand getreten. Diese Firma ist deshalb gesperrt und ist Zugang unbedingt fernzuhalten.

## Die Ortsverwaltung.

### Deutsches Reich.

Achtung, Maschinisten, und Geiger! Die Maschinisten, Geiger, Motorenfahrer usw. der Gruben und Bräutefabriken Rißh und Emanuel in Wodwitz sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Zugang ist zu vermeiden.

### Nur Bewegung der Schneider.

Die Lübecker Schneidergeschäfte, welche dem Arbeitgeberverbande angehören, haben ebenfalls ihre organisierten Gehülfen ausgesperrt. Von dieser Maßnahme sind, nach der Kontrolle, 111 Gehülfen betroffen worden; 88 derselben haben bereits anderweitig Arbeit gefunden. Die Arbeitgeber erklärten den Ausgesperrten „großmütig“, daß sie die Invalidenmarken weiter lieben wollen, da sie das Arbeitsverhältnis nicht als gelöst, sondern nur als unterbrochen ansehen. Sondernbare Schwärmer!

Die Aussperrung in Leipzig scheint so ziemlich vorübergegangen zu sein. Im ganzen sind in 34 Geschäften 22 Gehülfen ausgesperrt; indes 88 Geschäfte sich schriftlich und 12 sich mündlich verpflichtet, die Aussperrung nicht mitzumachen. Die bekannte Firma Polich sitzt arg in der Klemme. Sie läßt ihre Ausständigen (die vor der Aussperrung in den Streik traten) einzeln aufsuchen und bietet ihnen 40 Mark Wochenlohn und Garantie für ein Jahr Beschäftigung, indes die Schneider nur 36 Mark fordern. Die Ausständigen üben aber Solidarität mit den Ausgesperrten.

Von der allgemeinen Aussperrung der Schneider sind in Weimar 72 Gehülfen betroffen. Davon sind 52 Verheiratete mit zusammen 106 Kindern in Mitleidenschaft gezogen. Das Vorgehen der Unternehmer ist hier noch deshalb von besonderem Interesse, weil die Gehülfen bereits Anfangs März ihre gestellten Forderungen, um den Frieden zu erhalten, wieder zurückgezogen haben. Jetzt haben sie von den Unternehmern den Lohn für diese Haltung bekommen. Es ist dies wieder ein Beweis, daß das Entgegenkommen der Arbeiter bei den Unternehmern nicht auf die geringste Würdigung zu rechnen hat.

In Stralburg beschloßen die Arbeitgeber mit 9 gegen 8 Stimmen nicht auszusperrten. Von ungefähr 36 dem Arbeitgeberverbande angehörenden Mitgliedern waren nur 17 in der Sitzung anwesend. Man vermutet in der Generalaussperrung einen Trick der Großkonfessionäre, die in der Hochsaison eine Räumung ihrer Lager erwarten. Die Maßgeschäfte haben daran aber absolut kein Interesse. Sie würden gerade in der Hochsaison eine Menge Bestellungen verlieren.

In Karlsruhe wurde die Aussperrung durch den Arbeitgeber-Schutzverband für beendet erklärt, da ungefähr die Hälfte der Schneidermeister von der Aussperrung nichts wissen wollten und dem Schutzverband den Rücken lehrten. Es waren seit Ostern ungefähr 80 Gehülfen ausgesperrt. Mit der Aussperrungstaktik hat der Unternehmerverband für das Schneidergewerbe in Karlsruhe gründlich Schiffbruch erlitten. Am Montag wird die Arbeit überall wieder aufgenommen. Man erklärte seitens der Unternehmer freiwillig, daß man an Nachregelungen gar nicht denke.

## Husland.

### Die Wiener Bäder siegreich!

Der Ausstand der Wiener Bädergehülfen ist nach mehrwöchiger Dauer beendet worden, nachdem die Meister den neuen Tarif genehmigt haben.

### Eine Riesenausperrung in Böhmen.

Die Tuchindustriellen von Reichenberg in Böhmen, die kürzlich die Weber aussperrten, haben jetzt auch die Aussperrung aller übrigen Arbeiterkategorien durchgeführt. Dadurch hat sich die Zahl der Ausgesperrten um 5000 Personen erhöht. Die Ruhe ist nicht gestört.

## Streikbewegung in Frankreich.

Der allgemeine Ausstand der Arbeiter der Lebensmittelbranche wird im Laufe dieser Woche erwartet. Die verschiedenen Verbände haben für heute zahlreiche Versammlungen einberufen, in denen die Frage eines allgemeinen Ausstandes erörtert werden soll.

Der Ausschuh des Arbeiterverbandes der Nahrungsmittelbranche hat aus Befürchtung, daß die Telegraphenverwaltung bei Aufstellung des Streikbefehls Schwierigkeiten machen könnte, den Beschluß gefaßt, unverzüglich familiären Verbänden Gruppen die Weisung zugehen zu lassen, daß sie am Donnerstag, den 11. April, die Arbeit einzustellen haben. In diesem Tage werden überall Versammlungen abgehalten werden, um über das Verhalten schlüssig zu werden. An dem Gesamtausstand werden sich die Bäcker, Fleischer, Müller, Kellner, Köche usw. beteiligen. Die Arbeitgeber behalten sich den Streikdrohungen gegenüber ziemlich skeptisch, nach aus verschiedenen Provinzstädten eingetroffenen Nachrichten dürfte der von Paris ausgegangene Streikbefehl keineswegs überall befolgt werden.

Clemenceau wird in seiner Antwort auf die Forderungen der Schullehrer diesen mitteilen, daß ihnen in dem neuen Gehaltentwurf volle Genugtuung zuteil wird. Es werde ihnen gestattet, Vereine zu bilden, und diese Vereine dürften sich mit ähnlichen Beamtenvereinen zu einem Verbande zusammenschließen.

Der Präsident des Syndikats der Angestellten des Finanzministeriums, Dardier, wurde wegen eines Artikels in dem Vereinsblatt, in welchem mit dem Ausland gedroht wird, aus dem Dienst entlassen.

In Lille sind die Zimmerleute in den Ausstand getreten; man glaubt, daß sich auch die Zimmerleute der Nachbarstädte dem Streik anschließen werden und daß in einigen Tagen die Zahl der Ausständigen mehrere Tausend betragen werde.

## Aus Industrie und Handel.

### Geschäftsergebnisse.

Die Zellstoffabrik Waldhof-Mannheim bringt für das letzte Jahr auf 12 Millionen Mark Aktienkapital 25 Prozent Dividende heraus, gegen 20 Proz. im Vorjahre. Es verbleibt ein Vortrag von 1572 042 M. — Einen Reingewinn von 303 398 M. gegen 289 572 M. in 1905 erzielte der Applerbader Bergwerksverein in Söbda. Die Dividende ist auf 12 Proz. (10 Proz.) festgesetzt. — Die Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer u. Co. in Elberfeld verteilen pro 1906 bei 2 000 000 M. Ueberweisung an die Reserven eine Dividende von 36 Proz. (1905 33 Proz.). Auf neue Rechnung werden 934 000 M. vorgetragen. — Von 881 853 M. auf 893 822 M. erhöhte sich der Betriebsüberschuh der Widingschen Portlandzementwerke. Die Dividende kommt mit 12 Proz. zur Verteilung, 3 Proz. für 1905. — Bei der Aktiengesellschaft für Rheinisch-Westfälische Industrie zu Köln gestattete der im Jahre 1906 erzielte Rohgewinn von 737 170 M. (gegen 822 100 M. im Vorjahre) die Verteilung einer Dividende von 40 Proz. (19 Proz.). — Der Fabrikationsgewinn der Guano-Werke, Hamburg (vormals Ohlendorff) hob sich von 2 470 167 M. auf 2 693 189 M. und die Dividende von 7 auf 7 1/2 Proz. — Die Maschinenfabrik Badenia A. G., Weidheim erzielte 1 106 640 M. Betriebsergebnis, gegen 818 493 M. im Vorjahre. Die Aktionäre erhalten wiederum 12 Proz. Dividende. — Auf 16 Proz., gegen 15 Proz. im Vorjahre, legte die Generalversammlung der Bergwerksgesellschaft Dahlbusch die letztjährige Dividende fest. — Die Papierfabrik der Westfalia A. G. Portlandzement-Werke, Beckum, die im Vorjahre 11 Proz. erhielten, erhalten für das letzte Jahr 20 Proz. Dividende. — Der im Jahre 1906 erzielte Reingewinn der Düsseldorfer Maschinenbau-A. G. beläuft sich auf 136 776 M., gegen 72 147 M. im Vorjahre. Die Dividende beträgt 6 1/2 Proz. (4 Proz.). — Von 8 auf 7 Proz. erhöhte sich die Dividende für die Aktionäre der V. Holtzhaus Maschinenfabrik A. G., Dinslage.

Wirkung der neuen Handelsverträge. Im Kölner Handelsammerbericht für 1906 wird bemerkt: Das Inkrafttreten des neuen Zolltarifs und der Handelsverträge am 1. März hat schon eine Reihe von Geschäftsbetrieben veranlaßt, Zweigniederlassungen im Auslande zu begründen, um Rohmaterialien billiger beziehen oder um die hohen Eingangszölle des betreffenden Landes auf Halb- oder Fertigsfabrikate umgehen zu können.

Kohlenverband. Von den Hagen, Kolereien und Bräutefabriken des Ruhrbezirks wurden im März in 25 Arbeitstagen 550 320 Wagen verladen — pro Tag im Durchschnitt 22 373 Wagen — gegen 588 133 bei 27 Arbeitstagen im Vorjahre.

Kohlenkunde. Ein Kohlenstöß bester Qualität von 2 1/2 Meter Mächtigkeit wurde auf Jech „Verlorener Sohn“ angefahren, ebenso wurde auf Jech „Maximilian“ bei Hamm das zweite Steinlohlenstöß mit 2 1/2 Meter Mächtigkeit reine Kohle aufgeschlossen.

## Eingegangene Druckschriften.

Jahresbericht 1906 des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Berlin und Umgegend. 94 Seiten. Selbstverlag des Verbandes. Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Jahresbericht über das Geschäftsjahr 1906 der Charlottenburger Gewerkschaftskommission. 62 Seiten. Verlag: 1906, Schelle, Charlottenburg, Bülowstr. 33.

Geschäftsbericht 1906 der Mästerwerke A. G. Charlottenburg-Berlin. Selbstverlag.

„März“, Halbmonatsschrift für deutsche Kultur. Herausgeber: Thoma, Hesse, Lange, Kram. Erstes Aprilheft. Preis 1,20 M. Verlag von Albert Langen in München.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Die Lage im Hamburger Hafen.

Hamburg, 8. April. (B. Z. N.) Die Lage im Hafen ist ziemlich unverändert, die Zahl der im Hafen liegenden Schiffe beträgt heute 289 Dampfer und 52 Segelschiffe. Aus England sind heute 430, aus dem Ruhrbezirk 250 Arbeitswillige eingetroffen. An Bord der Kasernenschiffe befinden sich heute früh 4376 Mann, von denen 3836 zur Arbeit gingen, ungefähr 400 verweigerten die Arbeit, die übrigen sind krank. Die Arbeiter, welche die Arbeit verweigern, werden sobald als möglich nach England zurückbefördert, schon am Sonnabend sind auf mehreren Dampfern 303 Engländer abgegangen.

### Die Genickstarre.

Wien, 8. April. (B. Z. N.) Heute sind hier zwei weitere Fälle von Genickstarre aufgetreten und zwar bei einem zehnjährigen, zu Besuch bei Verwandten weilenden Mädchen und einem vierzehnjährigen Knaben aus dem Vororte Rölln-Stiehl. Beide wurden zur Beobachtung ins Hospital gebracht.

### Streikbeendigung.

Wien, 8. April. (B. Z. N.) Die Stadmeister und Arbeiter der Herrenkleiderbranche haben beschlossen, morgen die Arbeit wieder aufzunehmen.

### Ein Riesenbrand.

Chargin, 8. April. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Während eines heftigen Unwetters, das in der vergangenen Nacht herrschte, brach zum dritten Male in dieser Woche in der chinesischen Vorstadt Feuer aus, das den gesamten Geschäftsteil in einer Ausdehnung von zwei Quadratkilometern zerstörte. Tausende von chinesischen Familien sind obdachlos.

Die russische Revolution.

Sozialistenerei und Bauerntroz.

Petersburg, 8. April. (Reichsduma.) Das Haus beschäftigte sich mit der Agrarfrage. Mehrere Redner erörterten dieselbe in langen Reden vor halb leeren Bänken. Gegen 4 Uhr nachmittags erschienen Ministerpräsident Stolypin und andere Minister. Der Monarchist Schulgin wandte sich gegen die sozialistischen Lehren über die Abschaffung der Besitztadel am Grundeigentum und kündigte in ironischer Weise einen Antrag an, nach welchem die Abschaffung aller Rechte an materiellem und geistigem Eigentum verlangt wird. Die Rede wurde von der Rechten mit Beifall, von der Linken mit Zeichen größter Unwillens aufgenommen.

Nach Schulgin sprach ein bäuerlicher Abgeordneter, der sich darüber lustig machte, daß das Grundeigentum unverleßlich und geheiligt sein solle und mit der Drohung schloß, daß das gereizte Volk, wenn es seine Feinde angreifen würde, nichts übrig lassen und schließlich der einzige Herr sein werde.

Konstantinow von der Partei der friedlichen Erneuerung beantragte, dem Deputierten Schulgin, der es gewagt habe, vor dem hohen Hause Scherz zu machen, das Mißfallen der Duma auszusprechen. (Bewegung rechts, Beifall links.)

Darauf wurde die Sitzung um 6 Uhr geschlossen.

Intrigen.

Petersburg, 8. April. (B. S.) In Bureaurenkreisen wird mit Gewißheit behauptet, Finanzminister Kossowitz trete für die Auflösung der Duma ein, intrigiere gegen Stolypin und habe ihm Mangel an Strenge gegen die Duma vorgeworfen. Dadurch sei ein scharfer Brief Stolypins an den Dumapräsidenten Golowin veranlaßt worden. Stolypin hält sich mit dem Fortbestande der Duma verknüpft und hat wiederholt erklärt, daß er nur auf allerhöchsten Befehl zu einer Auflösung schreiten würde, indem er für sich jegliche Verantwortung ablehne.

Die akademische Jugend und die Reaktion.

Petersburg, 8. April. Wie die „Kowoje Wrenja“ meldet, befindet sich die Universität Kiew „bösig in der Gewalt der Revolutionäre“. Die Universität ist, so schreibt das Blatt, „in einen von der Regierung unterhaltenen politischen Klub verwandelt“.

Die Studenten der Moskauer Universität besetzen auf ihrem Ultimatum, das weiteres Recht auf politische Versammlungen fordert. Die Universität Moskau wird voraussichtlich vor dem Mai nicht wieder eröffnet werden.

Der russische Staatsbankrott vor der Duma.

Petersburg, 4. April. (Eig. Ber.)

Die Duma hat mit den Budgetberatungen begonnen. Welche Bedeutung diese Tatsache für das russische Reich hat, in dem zum ersten Male eine Volksvertretung über die Finanzgebarung der Regierung ihr Urteil abgibt, das bedarf keiner näheren Erklärung. Auch im Auslande wird man den am 2. April eingeleiteten Duma-Debatten mit großem Interesse folgen. Es geht ja in diesen Debatten an den Lebensnerv des alten Regimes. Von dem Gang der Beratungen und von der Stellungnahme der verschiedenen Parteien wird zweifellos ein Stück russischer Geschichte abhängen.

Das alte Regime ist wirtschaftlich und politisch auf den Hund gekommen. Der Staatskredit ist gleich Null; ohne finanzielle Unterstützung des Auslandes kann die Gewaltpolitik nicht weiter geführt werden. Der innere Krieg wirkt auf die Staatswirtschaft aber noch viel schwerer ein als ein auswärtiger, wie der Finanzminister Kossowitz in seiner Etatsrede ausführte. Die Mißrenten werden chronisch. Im Jahre 1906 mußten 80 Millionen Rubel zur Unterstützung der Bevölkerung ausgegeben werden. Die Flotte ist zertrümmert, das Heer desorganisiert, und das ganze Land im Zustande der fortgeschritten revolutionären Gärung. Die Staatsschulden erfordern eine jährliche Verzinsung von 350 Millionen Rubel, das sind 28 Proz. des Ordinariums! Zwanzig Prozent ihrer elenden Einkünfte gibt die Bevölkerung an die Staatskasse ab. Das ist ein Zustand der äußersten wirtschaftlichen und politischen Zerrüttung, wie ihn kaum ein Staat gekannt hat. Das alte System, das diese Lage verschuldet hat, klammert sich nun an den Bajonetten fest, und es will keinen Schritt weichen. Was tut es, wenn Millionen Menschen ständig hungern, wenn nur der Wokoch des Absolutismus, der verlotterte Hof und die Junkerlippe ihre Deuteger füllen können. Das Land ist ausgefressen, es bleibt nur noch das gleißelnde A u s l a n d. Dieses aber wird immer zugrundepföher.

In dieser verzweifelten Lage versucht der russische Absolutismus den aus der Geschichte längst bekannten Schachzug, seine Kreditfähigkeit durch die Einführung einer quasi parlamentarischen Kontrolle der Finanzen zu heben. Man will von der Duma eine Wechselunterstützung haben, das ist die Bedeutung der Einbringung des Etats. Diese Bedeutung geht klar aus der allgemeinen Stellung der Duma und ihren äußerst eingeschränkten Budgetkompetenzen hervor. „Armee, Polizei, Gendarmen, Bureaokratie, Ankauf des Landes der Gutbesitzer zu hohen Preisen, Geschenke an die Adelskassen, an die Kapitäne und Zudernmagnaten, Pensionen, Arcenden, Gratifikationen für die Beamten, ungeheure Dankbroscheiten für die Anleihenmakler des Auslandes, für die Börsenhaisische, die der Regierung behilflich sind, für Wucherprogenie neue Gelder aufzuschreiben, das ist der Schlund, in den die Gelder des Volkes verschwinden, um denselben Willen dem armen Bauern die Kuh aus dem Hofe getrieben wird und die Menschen zu Tieren gemacht werden, die Eicheln und Weide statt Brot fressen müssen. Das ist das Bild, das sich vor der Duma entrollen wird,“ schreibt die sozialdemokratische „Korodnaja Duma“. Und sie fragt: „Kann die Duma wie ein wirkliches Parlament an diesem Bilde irgendwelche wesentlichen Aenderungen anbringen? Kann sie die Last der Abgaben von den armen Bevölkerungsschichten auf die reichen Klassen überwälzen? Kann sie den dem Volke genommenen Geldern eine andere Bestimmung geben als die: der Kriegsführung gegen das Volk zu dienen und die der Besetzung seiner Feinde?“ Nein, das kann die Duma nicht, und so bleibt ihr nur übrig, „dem Volke den schrecklichen Sinn des Regierungsbudgets darzulegen und der ganzen Welt zu sagen, daß ihr weder das Recht gegeben ist, das Budget zu ändern noch seine Ausführung zu kontrollieren.“ („Korodnaja Duma“, Nr. 8 vom 2. April.)

Das Recht der Duma besteht nur darin, mit ihrer Abstimmung die Forderungen der Bureaokratie zu beden. Da ist vor allem der Artikel 9 des Statuts vom 8. (21.) März über die Ordnung der Erlebigung des Etats, der besagt, daß Ausgaben nicht geführt werden können, die in den Voranschlag aufgenommen sind auf Grund bestehender Gesetze, gesetzlicher Verordnungen und allerhöchster Befehle, die im Wege der sogenannten „soberänen Ver-

waltung“ erlassen wurden. Nun wird man aber gewiß in dem Voranschlag nicht Ausgabenposten finden, für die sich nicht auch irgend ein vernünftiger Artikel aufzählen ließe. Zwar ist in einigen „allerhöchsten Befehlen“ den Ministern nur die Genehmigung erteilt, eine Ausgabe überhaupt zu machen, nicht aber auch die Größe der Ausgabe bestimmt. Solche Kosten gibt es aber nur wenige, und die allein wird die Duma nach dem Wortlaut des Artikels 9 ändern können. Mit Recht schreibt darum der „Towarischtsch“: „Wenn die Duma bei den Beratungen des Budgets sich von diesem Artikel aufhalten läßt, dann wird ihre Rolle nur in der Registrierung des Budgets bestehen.“ (Nr. 220 vom 2. April.) Und Straube sagte in seiner Rede am 2. April über dasselbe Statut: „Die Duma ist in der Behandlung der Ausgabe-posten durch die „Regeln vom 8. März“ an Händen und Füßen gebunden.“

Außer dem Artikel 9 haben wir nun aber noch die Artikel 6 und 8, welche die Rechte der Duma in der Kontrolle der Kredite für die Kasse des Kaisers, für das Bureaurenkreise des Reichsrats und für außerordentliche unvorhergesehene Ausgaben beschränken. Beschränkungen bringen auch die Artikel 1, 2, 3, 4, 12, 13 und 15 durch übermäßige Stärkung der Budgetrechte des Reichsrats, des sogenannten „Oberhauses“. Dazu nehme man noch die beschränkenden Artikel in den sogenannten „Grundgesetzen“, betreffend die Ausgaben für den kaiserlichen Hof, die außerordentlichen militärischen Kredite und die Abschließung von Anleihen.

Nach dem Sinne der Gesetze können ordentliche Anleihen nur auf gesetzgeberischem Wege abgeschlossen werden. Nun müßte man denken, daß die Regierung verpflichtet wäre, bei der Aufnahme von Anleihen der Duma einen genauen Gesetzesvorschlag zu machen. Das wäre aber den Langfingern am Staatsfädel und der ganzen Horde von Börsenjobbern, die sich an den Anleihen bereichern, zu unbenommen, so wurde in jenen „Grundgesetzen“ bestimmt, daß die Festlegung der Bedingungen einer Anleihe nicht in die Kompetenz der Volksvertretung fällt! Das Ministerium will sich aber die Sache noch bequemer machen. Gleichzeitig mit der Einbringung des Voranschlags-Budgets für 1907 fordert es von der Duma carte blanche für eine neue Anleihe, sogar ohne Angabe ihrer Höhe! Der Finanzminister ersucht um die Genehmigung, eine beliebige Kreditoperation in dem Umfange zu unternehmen, der sich als notwendig erweisen würde nach dem Finanzabschluss der Jahre 1906 und 1907! Dieser famose Paffus ist in den Voranschlag aufgenommen, mit dem gleichzeitig also auch eine grenzenlose Anleihe votiert werden soll. So leicht machen sich die Herren Stolypin und Kossowitz eine Kontrolle durch die Volksvertretung! Darauf soll das Ausland hineinfallen und neue Unlappen vorschreiben in der trügerischen Hoffnung, daß nun für die Sicherheit der Rückzahlungen eine „parlamentarische Aufsicht“ bürge! Welchen Charakter diese „Aufsicht“ in Wirklichkeit hat, das dürfte nach dem Gesagten klar sein.

Das Ausland muß wissen, daß nach wie vor die Bureaokratie mit dem Gelde nach ihrem Gutdünken schalten und walten wird. Selbst angenommen, daß die Duma das Budget ins Gleichgewicht bringen und auch sonst eine rationellere Ausgestaltung der Einnahme- und Ausgabe-posten bewirken könnte, so würde die Wirtschaft auf dem finanziellen Gebiete, die seit Jahrzehnten, ja seit Jahrhunderten besteht, dadurch kaum geändert werden, solange es an einer Kontrolle der Ausführung des genehmigten Voranschlags mangelt, bezw. solange eine Kontrolle der Geschäftsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Einnahmen und Ausgaben der Verwaltung fehlt. Die Aufsicht unseres Rechnungshofes, des sogenannten Reichskontrollamts, ist rein buchhalterisch.

Der Duma fehlt es an einem Organ, das sorgfältig in alle Winkel der ausführenden wirtschaftlichen und finanziellen Tätigkeit der Verwaltung in ihrem ganzen Umfange hineinleuchten würde. So lange ein solches nicht da ist, wäre auch ein von der Duma genehmigtes Budget bei der Verlotterung und völligen Demoralisation der russischen demokratischen Verwaltung nicht im mindesten eine Bürgschaft für die Solidarität der Finanzgebarung der Regierung, somit auch keine Bürgschaft für eine gesunde Entschuldigungs-politik und eine für die ausländischen Rentenbesitzer dringend notwendige wirkliche Darlehenssicherung.

Außerlich ist das Budget in einer ziemlich anständigen Form vorgelegt,“ sagte der Statredner der R. D. der Exminister Kuller. Das stimmt wohl nicht ganz, charakterisiert aber die Tendenz der Einbringer des Budgets, dieses möglichst zu „frisieren“, um den allgemeinen Ueberblick zu erschweren und über verschiedenes hinwegzutäuschen. „In dieser Weise kann man bekanntlich sogar — so schreibt die konservative „St. Petersburger Zeitung“ — bei der Bilanz einer Aktiengesellschaft operieren. Bilanzen wurden in einer Weise frisiert, daß nicht nur die Aktionäre und Aufsichtsräte, sondern auch die nicht eingeweihten Direktoren ein ganz falsches Bild von der Geschäftslage der Gesellschaften erhielten. Ein Staatsbudget ist aber eine noch ungleichlich kompliziertere Sache; beim Staatsbudget braucht es nicht einmal des Frisierens.“ (Nr. 80 vom 4. April.) Gewiß, es genügt, eine nur etwas geschickte Gruppierung zu machen und jeden Posten mit Regionen von Paragraphen zu garnieren, um die ganze Kritik in Akten und Paragraphen zu „ersäufen“, wie der bureaokratische Kunstausdruck für diese Art von Budgetverfälschung lautet. Mit ihrer Budgetfrisiererei hat die Petersburger Finanzbureaokratie ja sogar geriebene Börsenjobber über's Ohr gebauen! Bedenkt man nach alledem die Beschlüsse der Duma in der Festlegung der Staatsbudgets, so kann das Urteil nur dahin zusammengefaßt werden: Die Duma ist bei ihrer gegenwärtigen Stellung außerstande, die Finanzverhältnisse des Landes zu ordnen, geschweige denn sie zu sanieren.

Um es gleich zu sagen, die Debatten des ersten Tages ließen zu wünschen übrig. Es war ein Duell zwischen dem Ministerium und den Kadetten, die, wie schon erwähnt, den liberalen Exminister Kuller vorgeschickt hatten. Es war ein Fehler, daß die Generaldebatte nicht von der Spezialdebatte geschieden und daß der Debatte dadurch die prinzipielle Basis entzogen wurde. „Die Debatten sanken auf diese Weise,“ schreibt der „Towarischtsch“ mit Recht, „von vornherein aus prinzipieller Höhe in den Sumpf der Kleinigkeiten.“ (Nr. 221 vom 3. April.) Es zeigte sich wieder einmal das Bestreben der Kadetten, der Bureaokratie nachzugeben und sich mit ihr zu verständigen, und wenn sie dabei von der anderen Seite schließlich auch nur Fußstapfen einheimsten. Im Blatt der Kadettengenerale ist über den ersten Budgettag eitel Zeugnisse: „Die erste und sachliche Kritik der allgemeinen Grundlagen des Budgets und der Grenzen der Budgetrechte der Duma trat zusammen,“ so frohlockt es, „mit der Bereitwilligkeit der Minister nachzugeben und sich zu verständigen, aber zum wenigsten mit einem Ausweichen, das man als Bereitwilligkeit auffassen kann.“ („Kjetsch“, Nr. 67 vom 3. April.) „So gnädig ist die „Kjetsch“ noch selten mit den Ministern umgesprungen,“ bemerkt ironisch die „St. Petersburger Zeitung“. (Nr. 80 vom 4. April.) Das Verhalten der Kadetten gegenüber dem Budget ist das eines

Defizienten, der sich auf Gnade und Ungnade ergeben will. Schon am Tage vor dem Beginn der Etatsberatungen erklärten sie in der „Kjetsch“: „Die Volkswirtschaft werden maßschneidend das Budget für 1907 mit gewissen Aenderungen bestätigen.“ Darauf bemerkte der „Towarischtsch“: „Von vornherein die Sanction versprechen, heißt von vornherein der Regierung jeden Wunsch zum Kadgeben nehmen.“ (Nr. 222 vom 3. April.) Die Kadetten scheinen sogar Gewicht darauf zu legen, daß das Budget baldigt in die Kommission gelangt und daß es möglichst wenig im Plenum beleuchtet wird! Das Budget müsse doch einmal votiert werden, staatsmännlich die „Kjetsch“, denn sonst könnte die Regierung mit den zeitweiligen Krediten wirtschaften. Darin steht aber ein wirklich liberales Blatt, der „Towarischtsch“, kein so großes Hebel. Der größte Mißgriff, den die Duma nach seiner Meinung tun könnte, wäre gerade eine eilige Genehmigung des Budgets. (Nr. 220 vom 2. April.) Der am weitesten links stehende Flügel der Liberalen aus dem Lager des „Towarischtsch“ ist nicht für unbedingte Verwerfung des Budgets. Die Duma sollte versuchen, so ist die Meinung der „Demokraten“, die Budgetregeln vom 8. März durch gesetzgeberische Initiative zu besitzeln. „Gelingt ihr das aber nicht und steht sie dann vor der Alternative, entweder das Budget mit unmoesentlichen Aenderungen bestätigen oder es ablehnen zu müssen, so wird sie, so hoffen wir, den letzteren Weg wählen.“ („Tow.“ Nr. 222 vom 4. April.) Den Kadetten ist das zu viel. Sie wollen sich mit der Prüfung begnügen: inwiefern die nach dem Artikel 9 des Statuts vom 8. März unantastbaren Titel und Posten wirklich rechtlich basiert sind. Sie hoffen noch, daß das Ministerium freiwillig auf die Hindernisse verzichtet, die es durch das Statut für die Duma geschaffen hat! Daran glauben wohl aber im Grunde genommen die Kadetten selbst nicht, und auch die von Straube angeländigte peinliche Prüfung der in die Zehntausende gehenden Befehle und Verordnungen wird wohl auch nicht so fürchterlich sein.

Von der revolutionären Opposition der Linken scheint die Arbeitsgruppe sich auf den Standpunkt zu stellen, daß in die Beratung des Budgets erst nach der Aufhebung des Statuts vom 8. März einzutreten ist. Ungeklärt ist auch noch die Stellung der Sozialrevolutionäre und der Volkssozialisten. Nur die sozialdemokratische Fraktion hat sich auf den Standpunkt der unbedingten Ablehnung ohne Kommissionsberatung gestellt. „Die Duma muß,“ so schreibt die „Korodnaja Duma“, „vor dem Volke und vor Europa jede Verantwortung für die Mißwirtschaft der Bureaokratie ablehnen. Die Lösung der ganzen Opposition muß sein: „Keinen Kopfen der unverantwortlichen Regierung!“

Der Parteikongreß der ungarländischen Sozialdemokratie.

Der XIV. Jahreskongreß der ungarländischen sozialdemokratischen Partei tagte am 31. März, 1. und 2. April im großen Saale des Hofhauses der Hauptstadt Budapest. Es waren zugegen 191 Delegierte; den speziellen Verhältnissen des Landes gemäß referierte sich fast die Hälfte davon aus Budapest. Die zugehörige wirtschaftliche und politische Lage ließ den gegenwärtigen Zeitpunkt zu theoretischen Erörterungen vollkommen ungeeignet erscheinen; das gesamte Interesse konzentrierte sich auf die brennenden Tagesfragen; es wurde ausschließlich für den kommenden Tag festgesetzt. Um die ohnehin kurze Zeit, die dem Kongreß zur Verfügung stand, nicht mit langen und leidenschaftlichen Debatten über innere Parteifragen persönlicher Natur zu vergeuden, wurde der Kongreß von einer geschlossenen Delegierten-Vorlesung eingeleitet, die nach fast zehntündiger Debatte den Beschluß faßte, in diesem Jahre keine votierten Parteifunktionen in die Parteileitung wiederzuwählen, ohne aber diesem Beschlusse eine prinzipielle Geltung zu geben. Diesem Beschlusse zufolge mußten an die Stelle von fünf angefallenen Parteileitungsmitgliedern (Wuhinger, Garami, Großmann, Kardos und Weltner) neue Parteiführer treten. So ist es gekommen, daß die größere Hälfte der früheren Parteileitung durch neue Kräfte ersetzt worden ist. Erwähnenswert ist, daß auch der Generalsekretär der ungarländischen Gewerkschaften, Genosse Jászai, in die Parteileitung gewählt worden ist.

Die Verhandlung über Kommunalpolitik und die Beratung eines sozialdemokratischen Kommunalprogramms wurden auf ein Jahr zurückgesetzt, die Fragen der Krankenversicherung und der Sozialpolitik des neuen Jahres nur sehr flüchtig berührt. Das ganze Interesse des Parteitag wendete sich ausschließlich dem Kampfe um das allgemeine Wahlrecht zu. Ueber diesen Punkt referierte Genosse Garbai, der zwar auf die Möglichkeit des Zusammenwirkens mit den radikalen bürgerlichen Parteien verwies, aber dennoch konstatierte mußte, daß die tiefe wirtschaftliche Depression, in der das Land sich befindet, die Gewaltpolitik der feudalen Regierung und die jämmerliche Unverlässlichkeit der bürgerlichen Radikalen den ökonomischen und politischen Massenstreik vorbereite und bereits heute bis hart an die Schwelle des Ausbruchs gebracht habe. Nach einer Debatte, in der die Parteileitung und die Delegierten übereinstimmend die Notwendigkeit einschneidenden Handelns anerkannten, wurde die folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Der XIV. Parteitag der ungarländischen sozialdemokratischen Partei stellt fest, daß die seit einem Jahre herrschende Regierung durch ihre bezahlten Blätter, Erklärungen, Regierungsmahnungen, durch Aenderung der Reihenfolge der dem Abgeordnetenhaus zu unterbreitenden Gesetze die Anwendung des Interesses der öffentlichen Meinung vom allgemeinen, geheimen Wahlrecht erreichen und durch Fälschung der öffentlichen Meinung ein solches Wahlgeseh unterbreiten will, welches auch weiter die entprechende Herrschaft der geistlichen, adeligen, industriellen und kommerziellen Privilegierten sichert.“

Der Parteitag betraut nun die Parteileitung damit, durch Parteiblätter, Flugschriften, Konferenzen, Vorträge, massenhafte Volksversammlungen, Strahendemonstrationen, durch Bezirks- und Komitalkongresse im ganzen Lande und in allen Sprachen die öffentliche Meinung aufzuklären, damit die trotz des Vaktums verfolgte Vertuschungspolitik der Regierung in Sachen des allgemeinen, geheimen Wahlrechtes keinen Erfolg habe.

Der Parteitag erklärt, daß, wenn trotzdem die Regierung ein schlechtes, schändliches, den Interessen des Volkes nicht entsprechendes Wahlgeseh dem Parlament unterbreiten sollte, im Notwendigkeitsfalle folgender Teil des vom vorjährigen Parteitages in Angelegenheit des Wahlrechtes gefaßten Beschlusses verwirklicht werde:

„Der Landesparteitag fordert das gesamte Proletariat Ungarns auf, sich unerschütterlich zum erbittertesten Widerstande vorzubereiten und weist die Parteileitung an, den politischen Massenstreik vorzubereiten, ihn in dem Falle mit vollem Gewicht zur Geltung zu bringen, wenn das Massenparlament das allgemeine, geheime Wahlrecht nicht zum Gesetze erheben will.“

Schließlich ermächtigt der Parteitag die Parteileitung, sämtliche zur Verwirklichung dieses Beschlusses eventuelle notwendigen Maßregeln zu treffen und im Falle der Notwendigkeit einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen.“

Endlich wurden die eingereichten Resolutionen verhandelt. Von prinzipieller Wichtigkeit ist darunter die folgende, die fast einstimmig angenommen wurde:

„Der am 31. März 1907 abgehaltene XIV. Parteitag der ungarländischen sozialdemokratischen Partei erklärt, daß jen-

Genossen, die in der Partei eine Vertrauensstelle bekleiden, und zwar: die Mitglieder der Landes-Parteileitung und der Parteikommission, die Mitglieder der Leitung der Bezirks-, Komitee- und Lokalorganisationen, die Redakteure und internen Mitarbeiter der Parteiblätter und die Parteivertrauensmänner, für bürgerliche politische Tagesblätter in keiner Richtung hin tätig sein dürfen.

Für solche bürgerliche Blätter, die der Partei gegenüber eine feindliche Stellung einnehmen, dürfen Parteimitglieder überhaupt nicht tätig sein.

Durch die Annahme dieses Antrages verlieren sämtliche, in dieser Sache gefassten früheren Beschlüsse ihre Gültigkeit.

Eine andere Resolution, die die Parteileitung beauftragt, eine Revision der Parteiorganisationsstatuten auf mehr demokratischer Basis auszuarbeiten, wurde ebenfalls angenommen. Sehr zu bedauern ist, daß die — selbstverständliche magharische — Mehrheit des Kongresses sich auch diesmal nicht hat entschließen können, für die Ausgestaltung des bisher nur einmal wöchentlich erscheinenden deutschen Zentralorgans der Partei, der „Volksstimme“, finanzielle Opfer zu bringen. Zu bemerken ist noch, daß der Kongreß beschlossen hat, die Punkte Antimilitarismus und Antialkoholismus auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen.

Nach den wirkungsvollen Schlussworten des Genossen Hofmann und des präsidierenden Genossen Großmann nahm der Kongreß unter den Klängen der Marxlieders in gebobener Stimmung sein Ende. Ihn charakterisiert das energische Bestreben der Arbeitervertreter, möglichst wenig zurück in die Vergangenheit, aber desto mehr und aufmerkamer vorwärts in die Zukunft zu blicken, die eigenen Kräfte zu konsolidieren und die Schlagfertigkeit der Partei für die kommenden großen Kämpfe zu sichern.

Während der Tagung des Kongresses traten auch die deutschsprachigen Delegierten zu einer kurzen Landeskonferenz zusammen, an welcher die deutschsprachigen Sozialdemokraten Ungarns durch im ganzen 40 Delegierte vertreten waren. Nach Entgegennahme des Berichtes des deutschen Landesorganisationskomitees wurde beschlossen:

1. für den 29. und 30. Juni dieses Jahres in Temesvár eine deutsche Landeskonferenz einzuberufen; 2. auf die Ausgestaltung der „Volksstimme“ energisch hinzuwirken; 3. das Landesorganisationskomitee durch zwei Mitglieder (J. Sós und R. Schwarz) zu verstärken und es zu beauftragen, bis zur Temesvárer Landeskonferenz ein eigenes deutsches Organisationsstatut auszuarbeiten.

Auch die jugendlichen Arbeiter Ungarns hielten am 31. März und 1. April ihre erste Landeskonferenz ab, auf welcher außer der Hauptstadt auch viele Provinzorte vertreten waren. Wichtig ist bei der Frage des Antimilitarismus von Genossen J. Kipácz eingereichte und begründete und von der Konferenz einstimmig angenommene Beschlüsse, welche folgendermaßen lauten:

„Die am 31. März und 1. April 1907 in Budapest abgehaltene erste Landeskonferenz der jugendlichen Arbeiter ist sich dessen bewußt, daß mit der Entwicklung des Kapitalismus notwendig folgende Verschärfung der Klassengegensätze immer breitere Schichten des Proletariats zum Klassenbewußtsein erwecken und die Schärfe derer immer geringer wird, die durch ihre Unwissenheit die heutige Gesellschaftsordnung stützen; andererseits nimmt mit der Entwicklung des Kapitalismus die Anzahl der zur Verfügung stehenden Kräfte immer mehr ab, welcher Umstand die in den einzelnen Ländern herrschende Kapitalistenklasse zwingt, miteinander in Konkurrenz zu treten und mit den Waffen in der Hand sich einen Markt zu erwerben; demzufolge ist der Klassenkampf mehr und mehr auf die rohe Gewalt angewiesen, immer wichtiger wird die Rolle des Militarismus. Der auf der allgemeinen Wehrpflicht beruhende Militarismus ist jedoch nur solange eine Stütze des Klassenstaates, als die Träger der Bohnen nicht zum Klassenbewußtsein erwacht sind. Ist dies der Fall, so kann das Heer nicht mehr bestehen. Das Heer rekrutiert sich aus der Proletariatsjugend. Gelangt also die das Heer ausmachende Jugend zum Bewußtsein dessen, welches Ziel sie eigentlich zu erfüllen hat, so wird das Heer nicht mehr zur Unterdrückung der modernen Arbeiterbewegung und zur Förderung der Ausbreitung des Kapitalismus verwendet werden können. Die Bewegung der jugendlichen Arbeiter betrachtet daher die Erweckung der jugendlichen Arbeiter zum Klassenbewußtsein und auf diese Weise die Fällung der stärksten Säule des Kapitalismus als ihre wichtigste Aufgabe.

Zur Erreichung dieses empfiehlt die Konferenz vorläufig folgende Mittel: a) Verbreitung der sozialistischen Theorie durch Vorträge und populäre Flugblätter; b) Herausgabe und Verbreitung sozialdemokratischer antimilitaristischer Flugblätter unter den jugendlichen Arbeitern der verschiedenen Nationen; c) Pflege der Klassenbewußtstumsliteratur und Kunst auf gemütlichen Zusammenkünften und Festen, mit besonderer Rücksicht auf den Militarismus; d) Vermeidung der üblichen Luftbarkeiten anlässlich des Einzugs.“

## Aus der Partei.

**Gemeindevahlen.** Einen Achtungserfolg erzielten unsere Genossen bei der Wahl zum Stadtberechtigtenverband am 4. April in Sommerfeld (Wahlkreis Schwiebus-Großen). Die Bürgerlichen erhielten 122 Stimmen, 41 Stimmen brachten die Gewerbetreibler auf, die sich auch hier wieder als Schleppenträger der Fabrikanten gebrauchen ließen. 68 Stimmen erhielt unser Genosse Bogisch. Ohne die Quertreiber der Kirche, die im letzten Augenblick, um die Stichwahl zu verhindern, ihre Leute von der Wahl abhielten, wäre die Stichwahl sicher gewesen.

### Holländisches, Gerichtliches usw.

In den Tod getrieben. Bei der Bekfirma Seidel u. Raumann in Dresden, wo am Sonnabend 2000 Arbeiter wegen fortgesetzter Drangsalierung in den Streik getreten sind, war bis August v. J. ein Lächerer Scheiner in Stellung, der seit seinem 14. Jahre an 30 Jahre lang bei der Firma beschäftigt war und dort seine Kräfte gelassen hatte. Blind und schwach mußte er sich im September v. J. krank melden. Als der 45 Jahre alte Mann nach sechswochiger Krankheit sich wieder bei der Firma zur Arbeit meldete, wurde ihm erklärt: „Ihre Platz ist besetzt.“ Es ist nur zu leicht begreiflich, daß der Mann, der auf diese Weise auf die Straße geworfen wurde, nachdem er 30 Jahre lang seine Kräfte im Dienste der Firma verbraucht hatte, durch diese lauthörliche Mitteilung zur Verzweiflung getrieben wurde. Ohne ein Wort zu sagen, drehte er sich nach dieser grausamen Eröffnung um, ging hin und erhängte sich.

Der empörende Vorfall erbiterte die Arbeiter der Firma Seidel und Raumann aufs äußerste. In einer Versammlung sollte gegen das Verfahren der Firma Protest eingelegt werden. Die Einladung dazu enthielt auch in fettem Druck folgende Anlage:

Dreißig Jahre lang bei Seidel u. Raumann gearbeitet und in den Tod getrieben, da ist das neueste Ergebnis der Unternehmerrbrutalität.

Durch diese Worte fühlte sich die Firma beleidigt und sie strengte Klage an gegen den Genossen Weinkampfen, der als Verleger auf den Hefel angegeben war und den Genossen Kluge als Drucker. Die Staatsanwaltschaft fand sich auch bereit, die Sache im öffentlichen Interesse zu führen, während sich die Firma als Nebenklägerin dem Verfahren angeschlossen hatte.

In der Verhandlung mußten die Vertreter der Firma, insbesondere der Lächerermeister Schulze zugeben, daß die Entlassung des Scheiner nach sechswochiger Krankheit in der geschilderten Weise erfolgt war und der auf diese Weise zur Verzweiflung getriebene deshalb in den Tod gegangen sei. Es wurde ferner durch eine erhebliche Anzahl Zeugen festgestellt, daß die Firma in letzter Zeit, namentlich seitdem der Direktor Ebraucher dort das Regiment hat,

besonders organisierte Arbeiter auf diese Weise nach längerer oder kürzerer Krankheit entlassen worden sind. Kam es wieder in die Fabrik, so hieß es: „Ihre Stelle ist besetzt. Sie müssen warten.“ Sie hätten warten können bis zum Sonntag Rimmerleinstage, wenn sie sich nicht selbst die Entlassungspapiere geholt hätten. Dabei stellte sich mehrmals heraus, daß die Entlassungspapiere schon fix und fertig geschrieben dalagen. Man hatte die Arbeiter nur hingehalten, also eine besonders verwerfliche Form der Entlassung oder Maßregelung angewandt. Mitglieder des Arbeiterausschusses hat man auch auf andere Weise gemahregelt oder hinausgeschickt, namentlich die Vorstehenden und solche Mitglieder, die sich der Interessen ihrer Kollegen besonders annahmen.

Der Direktor Ebraucher versuchte in der Verhandlung den in den Tod getriebenen Arbeiter noch zu beschimpfen, indem er ihn als notorischen Trunksold hinstellte. Mehrere frühere Arbeitskollegen Scheiner's bekundeten aber, daß sie ihn niemals betrunken gesehen haben. Im übrigen will die Direktion nichts von der Entlassung gewußt haben, die der Meister Schulze allein zu verantworten habe. Das gekennzeichnete Entlassungssystem gegen erkrankte Arbeiter würde aber sicher nicht von den Meistern mit solchem Fleiß angewandt worden sein, wenn sie nicht gewußt hätten, daß sie sich auf diese Weise die Zufriedenheit der Direktion erwerben könnten.

— Amtsanwalt und Nebenkläger beantragten eine strenge Verurteilung, während Genosse Rechtsanwalt Heine-Berlin in seiner Verteidigungsrede nachwies, daß der Wahrheitsbeweis erbracht worden sei; er beantragte daher Freisprechung. Das Urteil lautete gegen Weinkampfen auf 300 Mark Geldstrafe eventuell einen Monat Gefängnis, Genosse Kluge dagegen wurde freigesprochen, weil ihm nicht nachzuweisen war, daß er von dem Inhalt der Druckfrist Kenntnis erhalten hatte. In der Begründung hob das Gericht hervor, für die Entlassung des in den Tod getriebenen Arbeiters sei allein der Lächerermeister verantwortlich zu machen, die beleidigenden Worte richteten sich aber gegen die Direktion der Firma.

**Die beleidigten Christen.** Zur schon gemeldeten Beurteilung des Genossen Meerfeld von der „Rheinischen Zeitung“ zu Köln wird uns noch geschrieben: Drei Hauptführer der „Christlichen Gewerkschaften“, der Generalsekretär des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Adam Stegertwald (Köln), der Vorsitzende des Ausschusses der christlichen Gewerkschaften, R. M. Schiffer (Düsseldorf), und der Vorsitzende des christlichen Metallarbeiterverbandes, Franz Sieber (Duisburg), fühlten sich durch einen Artikel der „Rheinischen Zeitung“, unseres Kölner Parteiblattes, beleidigt, der überschrieben war: „Die Interessenten der Arbeiterzerpflügerung“ und der ausging von dem Widerstande, den die „christlichen“ Führer den Einigungsbestrebungen der Bergarbeiterorganisationen entgegensetzten.

In der Verhandlung vor dem Kölner Schöffengericht wandte der verklagte Genosse Meerfeld ein, daß den Klägern die Legitimation zu der Klage fehle, da der Artikel dem Gewerkschaftsverein christlicher Bergleute gelte, dem keiner der drei angekl. Die Führer des christlichen Bergarbeitergewerkschaftsverbandes hatten sich weislich gehalten zu sagen. Auf diese waren die Beweisanträge Meerfelds zugeschnitten, der zunächst die Ladung der Herren August Bruhl und Johann Effert forderte, denen nachzuweisen sei, daß sie entschieden wichtige politische Fragen, wie Vergeltung, Lebensmittelsteuerung, Koalitionserwerb der Landarbeiter und der Eisenbahnangestellten als Zentrumsleute ganz anders beurteilt und behandelt hätten wie als Gewerkschaftler.

Das Gericht lehnte die Beweisanträge ab und erkannte wegen Beleidigung der drei Kläger auf 100 Mark Geldstrafe. Gegen das Urteil wird Berufung an das Landgericht eingelegt werden, um dort eine Beweiserhebung zu ermöglichen. Der Eifer, mit dem die Gewerkschaftskristen sich gegen die Beweisanträge wehrten, ließ erkennen, daß sie ein schlechtes Gewissen haben und lompromittierende Feststellungen fürchten.

## Neunter Verbandstag des Verbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Hamburg, 7. April 1907.  
Im großen Saale des Gewerkschaftshauses wurde der neunte Verbandstag der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands eröffnet. Die nordische Handelsmetropole an der Elbe ist gewissermaßen die Wiege des jetzigen Verbandes, der nahe daran ist, in die Reihe derjenigen gewerkschaftlichen Organisationen einzutreten, deren Mitglieder nach Hunderttausenden zählen.

Die Geschichte der baugewerblichen Hilfsarbeiter läßt sich bis 1865 zurückverfolgen. Die Hamburger Maurerarbeitenleute erklärten sich mit ihren Vätern, die damals im Sommer nach unserem Gelde 2,10 Mark resp. 1,85 Mark täglich bezogen, unzufrieden. Sie verlangten für Arbeiten am Neubau 2,70 Mark und für gewöhnliche Arbeiten 2,40 Mark. Die Arbeitszeit muß damals noch erheblich länger gewesen sein, denn es wurde gefordert, sie von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends mit insgesamt zweistündiger Etpause festzusetzen. Leider läßt sich nicht feststellen, was mit der Forderung geworden ist, da es zu einer Organisationsgründung nicht kam. Eine solche kam zum ersten Male in Altona zustande, kurz nachdem das Koalitionsrecht durch das Gesetz gewährleistet war.

Auch deren Schicksal ist unbekannt. Die erste Vereinsgründung der Bauarbeiter kam in Hamburg im Jahre 1874 zustande. Zehn 300 Bauarbeiter vereinigten sich unter dem Namen „Verein Maurerarbeitenleute Hamburg“ und brachten es bis auf 700 Mitglieder, die sich 1876 dem „Bau-, Erd-, Land- und Fabrikarbeiter-Verband“ anschlossen. Aus dieser Zeit her hat der Hamburger Zweigverein noch wenige Mitglieder. Im Jahre 1878 wurde an dem Namen eine Umtaufe vollzogen in „Verein der deutschen Arbeiter“. Aus dieser Zeit datiert auch der erste Lohnarif der Bauarbeiter Hamburgs, der in Zeit- und Allverdienst zergliedert war und für gewöhnliche Tagelöhner auf 4.— Mark, für Stein- und Kalkträger auf 4,50 Mark grob lag lautete. Für 1000 Steine des damaligen sogenannten Hamburger Formats wurden 2,70 Mark, für Preßsteine 2,80 Mark gefordert.

Das Ausnahmegericht vernichtete wie so viele andere auch diese Organisation. Erst 1885 regte es sich wieder. Es gab partielle Arbeitseinstellungen zur Erlämpfung des 40 Pfennig-Stundenlohnes. Der Berliner Steinträgerstreik wurde von den Hamburgern mit einer für damalige Verhältnisse recht hohen Summe von 800 Mark unterstützt. Die günstige Konjunktur im privaten Baugesamte wurde noch erheblich gesteigert durch die Erbauung des Freihafens. Im Jahre 1888 wurde wieder ein Fachverein der Maurerarbeitenleute gegründet, der es bis zum Jahre 1890 auf 1200 Mitglieder brachte und sich 1891 am 11. Juni dem wenige Monate vorher in Halle a. S. gegründeten „Verband deutscher Bauarbeiter und Berufsgenossen“ anschloß. Vorher wurde die Verbindung unter den Bauarbeitern Deutschlands durch die auf dem ersten Kongreß in Halle a. S. 1889 eingesetzte Agitationskommission hergestellt, die ihren Sitz in Hamburg hatte. Im Jahre 1892, vom 8.—6. Dezember, tagte der erste Verbandstag in Hamburg in der „Besinghalle“. Er stand unter dem Zeichen des Mikrometers. Die Hoffnungen, die auf die Gründung des Verbandes gesetzt waren, waren gänzlich fehlgeschlagen. Die Organisation war nicht kräftiger geworden, im Gegenteil, ihre schwachen Kräfte waren noch mehr als bisher zerplittert. Eine ganze Anzahl von Vereinen hielt an der isolierten Organisationsform fest. So wies der erste Verbandstag nur 29 Jahrestellen mit 2583 Mitgliedern auf. Selbst in diesen Jahrestellen war der Uebertritt nicht einmal allgemein erfolgt. Man kann sich sehr lebhaft denken, wie den 24 Mann, die die deutschen Bauhilfsarbeiter damals zu vertreten hatten, zu Mut gewesen ist. Der Hauptkassierer schloß seine erste Jahresabrechnung, die sich über 18 Monate hinaus erstreckte, mit einer Gesamteinnahme von 6715,29 Mark.

Inzwischen hat dann dank rastloser Arbeit der Verband an dem glänzenden Aufstieg der deutschen Gewerkschaftsbewegung hervorragenden Anteil genommen. Die Mitgliederzahl stieg von 29 027 am Ende des Jahres 1904 auf 84 613 am Ende des Jahres 1906.

Das Verbandsorgan „Der Bauhilfsarbeiter“ hat die Auflage von 90 000 bereits überschritten. Die Zahl der Zweigvereine beträgt 370. Die Verbandskasse hatte im Jahre 1906 eine Einnahme von 1 276 552,16 Mark zu verzeichnen. Das Vermögen betrug am 1. Januar d. J. 828 294,14 Mark. Und die Zahl der Vertreter auf dem 9. Verbandstag wird 133 betragen. In der Berichtsperiode 1905/06 war die Organisation direkt beteiligt an 250 Angriffen, 94 Abwehrkämpfen, 51 Ausperrungen und wurde in 209 Fällen anderweitig in Mitleidenschaft gezogen. Beteiligt waren 35 645 Personen, davon verheiratet 16 527, die 27 978 Kinder hatten. (1899/1900 waren die entsprechenden Ziffern 4396, 3517, 6318.) Erreicht wurde für 17 690 Beteiligte eine Verkürzung der Arbeitszeit um 82 986 Stunden pro Woche und eine Lohnerhöhung für 109 280 Beteiligte um 188 800 Mark pro Woche. Vorausgabi wurden für diesen Zweck 703 108 Mark. (1899/1900 111 935 Mark.)

Der Bericht des Vorstandes liegt in einer 100 Seiten starken Broschüre, die viel interessantes Material über die innere Organisationsarbeit enthält, gedruckt vor. Auf denselben näher einzugehen, ist an dieser Stelle nicht möglich, da die allgemein interessierenden Angaben in obiger Darstellung enthalten sind, und im übrigen ja die Verhandlungen des Verbandstages zu einem wesentlichen Teile der Besprechung des Berichtes gewidmet sein werden. Es sei nur noch erwähnt, daß leider die Fluktuation der Mitglieder eine unerschöpflich hohe ist. Eingetretten, respektive von anderen Verbänden übergetreten sind in den letzten zwei Jahren nicht weniger als 154 268 Personen, von diesen haben nicht weniger als 108 617 der Organisation wieder den Rücken gekehrt. Interessant ist ferner die Statistik darüber, in welchen Landesanteilen der Mitgliederzuwachs, der für den ganzen Verband 117,8 Proz. beträgt, am stärksten bzw. schwächsten ist. Die geringsten Fortschritte machte der sächsische Gau, welcher das Königreich Sachsen und die sächsischen Wahlkreise Görlitz und Hohenstein umfaßt, mit nur 28 Proz., die größten dagegen der 8. Gau (Elsäß-Lothringen, Baden, Pfalz, Hessen, Kreis Aachenburg, Regierungsbezirk Wiesbaden, Bezirk Trier links der Mosel und Kreis Kreuznach) mit 538,7 Proz. und der 9. Gau (Sachsen und Württemberg) mit 390 Proz. Der Gau Hamburg verzeichnet genau 100 Proz. — Der Verbandstag findet eine sehr reichhaltige Tagesordnung vor und wird eine sehr umfangreiche Arbeit zu erledigen haben. Nicht weniger als 263 Anträge liegen vor.

Der Vorsitzende des Hamburger Zweigvereins, Gäßmeyer, begrüßte die Delegierten und Gäste im Namen der Hamburger Kollegenschaft. Er weist darauf hin, daß schon einmal vor langen Jahren in Hamburg ein Verbandstag der Bauhilfsarbeiter tagte. Seit der Zeit hat die Bauhilfsarbeiter-Organisation unerschöpfliche Fortschritte gemacht. Die Bauhilfsarbeiter Deutschlands kämpft aber nicht nur gewerkschaftlich, sie und besonders die Hamburger Bauhilfsarbeiter betrachten sich vielmehr als einen Teil der großen Armee der Klassenkämpferischen Arbeiter Deutschlands. Seine Mitteilung, daß die Hamburger Bauhilfsarbeiter-Organisation die projektierte Hafensahrt der Delegierten zu hintertreiben, löst unter den Anwesenden Beifall aus. Redner wünscht dem Verbandstag, daß er seine Arbeiten zum Segen der Bauhilfsarbeiter und zum Heile der gesamten Arbeiterklasse durchführen möge.

Der erste Vorsitzende des Verbandes, Gust. Wehrndt, begrüßt die ausländischen Gäste aus Oesterreich und Holland und gleichfalls den Reichstags-Abgeordneten Bömelburg, der den Zentralverband der Maurer vertritt. Vor fünfzehn Jahren gab es in Deutschland keine einzige Stadt, wo den Bauhilfsarbeitern ein Minimallohn von 30 Pf. bezahlt wurde. Heute schwankt der Lohn zwischen 32 und 85 Pf. Das sei ein Resultat der Tätigkeit des Verbandes. Gleichfalls ist die Arbeitszeit im ganzen Reich für das Baugesamte wesentlich verkürzt worden. Die Unternehmer sind gezwungen worden, mit den Bauhilfsarbeitern, die sie den „Ausfluß der Menschheit“ nannten, zu unterhandeln und sich bei diesen Unterhandlungen eines anständigen Tones zu befleißigen. Die Delegierten seien berufen, in der „Hamburger Waffenschmiede“, wie Wehrndt das Hamburger Gewerkschaftshaus nannte, für die Bauhilfsarbeiter Deutschlands weitere Waffen zum Kampf zu schärfen. Es seien noch 76 Proz. der Bauhilfsarbeiter Deutschlands zu organisieren.

Nachdem das Bureau gewählt, die Tagesordnung festgestellt, die provisorische Geschäftsordnung anerkannt und einige Kommissionen eingesetzt sind, wird die Vorberhandlung geschlossen.

Daran schließt sich ein Kommerz zu Ehren der Delegierten. In der Sitzung vom Montagvormittag wurde zunächst das Andenken einiger verstorbenen, um die Organisation besonders verdienten Kollegen — darunter Georg Hamann-Hamburg — in der üblichen Weise gekehrt, sodann ergänzte der Verbandsvorsitzende Wehrndt den Vorstandsbereich und erörterte eingehend die Frage der Kartellverträge mit anderen Verbänden, die bei richtiger Auslegung und Anwendung geeignet seien, das Zusammenarbeiten der verschiedenen Branchen gegenüber dem isolierten Unternehmertum zu erleichtern und wirksamer zu machen. Der Verbandstag wolle sich darüber aussprechen, ob er nach wie vor die einheitliche Organisation von Maurern und Bauhilfsarbeitern für notwendig halte. Der Ueberweisung der Plegler an den Fabrikarbeiterverband habe aus rechtlichen und praktischen Gründen zugestimmt werden müssen.

Zum Massenbericht gab der Hauptkassierer Lange einige Erläuterungen und mahnt die Saumligen, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Insbesondere ersuchte er um eine schärfere Kontrolle, damit keine Veruntreuungen vorkommen könnten und tabelte, daß vielfach nicht dem verdienten Lohne entsprechende Beiträge gezahlt würden. Die weiteren Berichte entbehren des öffentlichen Interesses.

Der Redakteur des Verbandsorgans, Töpfer, verweist auf den gedruckten Bericht. Aus dem Bericht der Proklommision ist ersichtlich, daß diese sich in der Beschwerte freudig-könig anlässlich der Erörterung des „Vorwärts“-Konflikts in der Hauptsache auf Seite der Redaktion gestellt hat.

Die Kommereze-Hamburg als Vertreter der Revisoren konstatierte, ist die Kassensführung in allen Teilen in tabelloser Ordnung befunden worden.

Die bei diesem Punkte zur Beratung stehenden Anträge betreffen außer verwaltungsrechtlichen Fragen, Herausgabe fremdsprachiger Flugblätter, Errichtung einer Wanderbibliothek, Bekämpfung des Alkoholenusses durch Presse und Versammlungen, Kündigung des Kartellvertrages mit den Maurern, Regelung der Allfrage, Gründung eines Industrieverbandes usw.

## 6. ordentliche Generalversammlung des Verbandes der Kupferschmiede.

Breslau, 6. April 1907.

(Letzter Tag der Verhandlung.)

Mit 37 gegen 3 Stimmen wird beschlossen, den Sitz des Verbandes nach Berlin zu verlegen.

Zum nächsten Gewerkschaftskongreß wurde der Vorsitzende des Verbandes und Koch-München delegiert.

Der Sitz des Ausschusses wird nach Magdeburg verlegt; der Antrag wird mit 39 gegen 7 Stimmen gefaßt. Zum Vorsitzenden des Ausschusses wurde Meyer-Magdeburg bestimmt.

Die Vorstandswahl ist eine geheime. Der bisherige Kassierer Lindner-Hamburg wünscht an seinem bisherigen Wohnort zu verbleiben und lehnt es ab, mit nach Berlin zu gehen. Gewählt wird deshalb als erster Vorsitzender Saube-Magdeburg mit 23 gegen 14 Stimmen, als zweiter Vorsitzender Gecht-Berlin mit 22 gegen 15 Stimmen, und als Kassierer der bisherige Vorsitzende Bischoff mit 24 gegen 7 Stimmen.

Der Vertreter der Generalkommission, Genosse Imbreit, weist auf die gegenwärtigen Ausperrungen in der Holzindustrie und in der Schneiderei hin und empfiehlt, für die kämpfenden Brüder eine Sympathieunterstützung zu erlassen, worauf folgende Resolution einstimmig zur Annahme gelangt:

„Die nächste ordentliche Generalversammlung des Verbandes der Kupferschmiede Deutschlands erblickt in der Waffenschmiede“

**Sperrungen, von denen die Berufe der Holzarbeiter und Schneider betroffen sind, das Bestreben des organisierten Unternehmertums, die Arbeiterklasse niederzuringen und die Gewerkschaften zum Weichbluten zu bringen. In seiner rücksichtslosen Durchrechnung bestehender Tarife bekundet das Unternehmertum, daß ihm weniger an der dauernden friedlichen Ordnung der Arbeitsverhältnisse auf vertraglicher Grundlage, als vielmehr an der einseitigen Durchführung seiner Klassen-Interessen und Machtgelüste gelegen ist, und daß es sich in deren Verfolgung um keinerlei rechtliche und gesetzliche Schranken kümmert.**

Demgegenüber ist ein solidares Zusammenhalten aller Arbeiter-Organisationen notwendig, um die Pläne der Arbeitgeber zunichte zu machen.

Die Generalversammlung sichert den ausgesperrten Arbeitsgenossen ihre vollste Sympathie zu und erwartet von den Berufs-Genossen, daß sie die kämpfenden Genossen in ihrem Widerstande auf das tatkräftigste unterstützen.

Der wöchentliche Beitrag wird auf 60 Pf. festgesetzt. Hieraus wird beschloffen, die Beitragserhöhung am 1. Juli d. J., die Sperrlegung am 1. Oktober d. J. und das gesamte neue Statut am 1. Januar 1908 in Kraft treten zu lassen.

Zwischen der Beitragserhöhung und der Einführung der Gewerkschaftenunterstützung liegen mühselig sechs Monate zur Ansammlung eines gewissen Fonds für den neuen Unterhaltungszeitung.

In der Nachmittags-Sitzung referierte Norbom in Berlin über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Berufe und die Einführung von Normaltarifen. Nach einer längeren, sehr eingehenden Debatte wird der Vorstand mit der Ausarbeitung allgemeiner Tarifnormen beauftragt.

Die Generalkommission wird ersucht, dahin zu wirken, daß die Eintrittsbedingungen in die Organisationen der überseeischen Länder denen der diesseitigen Gewerkschaften gleichgestellt werden.

Der Vorsitzende erklärt hierauf die Verhandlungen für beendet. Er dankt den Delegierten für den an den Tag gelegten Arbeitsifer und bittet sie, dahem energisch im Sinne der gefassten Beschlüsse zu wirken.

## Soziales.

### Ländliche Fortbildungsschulen zur Vernichtung der Sozialdemokratie.

In Ostpreußen hat man einen neuen Plan zur Ausrottung der Sozialdemokratie ausgedacht. Vor einigen Tagen fand in Marienburg (Ostpreußen) der 7. ostpreussische Fortbildungsschulitag statt. Es wurde hier auf über ländliche Fortbildungsschulen gesprochen und ein Herr Eichelbaum aus Insterburg bezeichnete in der Diskussion die ländlichen Fortbildungsschulen für eine der bedeutendsten Waffen gegenüber der Sozialdemokratie. Wir würden es nur begrüßen, wenn man überall auf dem Lande wirkliche Fortbildungsschulen einrichtet und den Kindern, die sich in der Dorfschule nur sehr mangelhafte Kenntnisse erwerben, recht viel Wissen und Fähigkeiten beibringen würde. Mit dieser Art von Belämpfung würden wir hoch zufrieden sein. Aber man denkt nicht daran, Fortbildungsschulen im wirklichen Sinne des Wortes auf dem Lande zu gründen. Es sollen Dressuranstalten errichtet werden, in denen die Arbeiterkinder, denen man bisher fast nur Religion und „Patriotismus“ eingeimpft hat, zu gehorsamen Untertanen und wüßigen Arbeitssklaven abgerichtet werden sollen. Das geht aus folgenden Zeitfragen, die man auf dem Fortbildungsschulitag einstimmig angenommen hat, hervor.

1. Die ländliche Fortbildungsschule ist notwendig aus religiös-sittlichen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gründen.

2. Die zur Förderung und Ausgestaltung der ländlichen Fortbildungsschule bezuziehenden und verpflichtenden Faktoren sind Schule, Kirche, Gemeinde und Staat. Die statistischen Nachrichten lassen eine stetige erfreuliche Zunahme und steigendes Interesse für diese erkennen.

3. Ziel der ländlichen Fortbildungsschule ist nach den amtlichen Bestimmungen: Befestigung, Ergänzung und Erweiterung der Volksschulbildung mit besonderer Berücksichtigung auf die ländlichen Gewerbe und den Betrieb der Landwirtschaft, Befähigung zu selbständigem Ueberlegen und Befestigung der sittlichen Tüchtigkeit.

4. Die ländliche Fortbildungsschule wird dieses Ziel erreichen: unter Wahrung ihres allgemein bildenden Charakters durch sachliche Ausgestaltung des Unterrichts, in dem der Verus des Schülers im Mittelpunkt steht, durch Gruppierung der Schüler nach ihrem Verus in ländlich-gewerbliche und rein ländliche Abteilungen in den gegebenen und möglichen Fällen, durch innere Organisation vermittelst guter Lehrpläne, in denen die örtlichen Verhältnisse berücksichtigt werden, durch Pflege religiös-sittlichen und patriotischen Lebens, durch die Einführung obligatorischen Unterrichts.

5. Lehrer der ländlichen Fortbildungsschule sind in der Regel die Volksschullehrer. Sie sind dazu durch das Seminar, eigene praktische Tätigkeit in der Landwirtschaft und besonders kurze methodisch und sachlich vorbereitete.

6. Als Mittel zur Fortbildungsschularbeit sind zu nennen: gute Lehr- und Lernmittel, eine gute Bibliothek, eine gute Fachzeitung, Zusammenschluß aller Freunde der Schule und gemeinsame Arbeit in Konferenzen und Vereinen. Wir glauben, solche Fortbildungsschulen werden selbst unseren bildungsfeindlichen Junkern angenehm sein: In Billigkeit und Unterwürfigkeit dreifache Arbeitskräfte möchte der Junker haben. Die Arbeiter haben alle Ursache, sich für eine Fortbildungsschule zu bedanken, die nicht der Entwicklung, sondern der Dämmung der geistigen Fähigkeiten ihrer Kinder dienen soll.

### Gebührenordnung über Benutzung städtischer Kanäle.

Eine Gebührenordnung betreffend die Benutzung der städtischen Kanäle, welche in Halle am 17. Januar 1906 erlassen ist, bestimmt: „Für die Benutzung der städtischen Straßenkanäle durch mittelbare oder unmittelbare Zuleitung von wasserwirtschaftlichen oder gewerblichen Abwässern werden fortlaufend Gebühren erhoben.“ Nach den weiteren Bestimmungen der Ordnung werden solche Gebühren außer von Grundbesitzern auch von Wohnungsmeistern erhoben. Die Mieter haben einen bestimmten Prozentsatz des Nutzungswertes der Wohnung der in der Mietschuld ausgebracht ist, zu zahlen. — Die Gültigkeit dieser Bestimmungen weicht der durch seine Klagen für eigene Sachen bekannte Rechtsanwalt Suchland, der als Mieter seiner Wohnung zur Kanalbenutzungsgebühr herangezogen war, in Verwaltungsstreitverfahren an. Das Oberverwaltungsgericht als letzte Instanz wies am 5. April seine Preisstellungsfrage mit folgender Begründung ab: Irrig sei der Einwand des Klägers, daß es sich hier um eine verbotene Mietschuld handele, die nach § 23 des Kommunalabgabengesetzes nicht hätte neu eingeführt werden dürfen. Vielmehr habe man es nur zu tun mit einer Gebühr, mit einer Gegenleistung für die Benutzung der städtischen Kanäle durch Abführung der Abwässer aus den Wohnungen usw. Der Mietschuld der Wohnung werde lediglich als Berechnungsmassstab herangezogen. Er sei aber auch als solcher zulässig, da er nicht als absolut ungeschätzt erscheine. Wenn er auch in einzelnen Fällen nicht im genauen Verhältnis zur Benutzung stehen möge, so läme eben in Betracht, daß es sich um eine Wahrscheinlichkeitsrechnung handele, die hier nur möglich sei. Die Gebührenordnung sei demnach gültig.

### Bahn frei für Berufsorganisationen der Landarbeiter!

Nicht nur die Landarbeiter, sondern auch die Industriearbeiter haben alle Ursache, durch politische Betätigung dafür zu sorgen, daß endlich das staatsrechtliche Ausnahmegesetz, durch welches die Landarbeiter wirtschaftlich zu Boden gedrückt werden, aus der Welt geschafft wird. Erst wenn die Landarbeiter sich in Berufsorganisationen zusammenzuschließen können, wird es möglich

sein, die unantwärtliche Ausbeutung der Arbeitskraft durch rücksichtslose Junker zu verhindern. Dann werden die Landarbeiter nicht mehr gezwungen sein, den ländlichen Gefilden Balet zu sagen und durch Hinströmen nach den Industriezentren ihren städtischen Arbeitsbrüdern als gefährliche Konkurrenten auf den Leib zu rücken; gefährlich, weil durch zu viel Angebot stets eine Verschlechterung des Lohnes und der Arbeitszeit herbeigeführt wird. Wie dringend nötig den Landarbeitern aber Berufsorganisationen sind, zeigt wieder einmal in geradezu charakteristischer Weise ein Arbeitsvertrag, den ein westpreussischer Junker mit seinen Arbeitern abgeschlossen hat und der typisch für die Arbeitsverträge in Ostpreußen ist. Nachstehend bringen wir die wichtigsten Bestimmungen aus diesem Vertrage:

Jeder Injtmann muß sich täglich zur herrschaftlichen Arbeit stellen und zwar vom 1. April bis 1. Oktober von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang, in den übrigen Monaten jedoch von früh bis spät, soweit das Tageslicht die Arbeit gestattet.

Bei Beginn der Arbeit und zu jeder Mähzeit wird mit der Hocklocke geläutet und muß diesem Signal pünktlich Folge geleistet werden, widrigenfalls Geldstrafe eintritt. Die Frau muß vom 1. April bis Ende der Gackfruchtperiode täglich nachmittags zur Arbeit gehen. Wird die Frau im Hofe bei der Wäsche gebraucht, so muß sie zu jeder Jahreszeit auf Verlangen auch von früh morgens kommen und erhält 50 Pf. pro Tag ohne Deputat.

In der Erntezeit sowie sonst mitunter bei vorkommenden dringenden Arbeiten ist jeder Injtmann mit seinen Scharwerkern verpflichtet, auch Sonntags oder Feiertags auf Verlangen der Gutsherrschaft zur Arbeit zu kommen.

Will der Injtmann oder einer seiner Arbeiter von der Arbeit auszubleiben, so muß er sich dazu vorher die Erlaubnis vom Gutsherrn oder dessen Stellvertreter einholen. Unterläßt er dieses, so tritt Strafe nach dem Ermessen des Gutsherrn ein.

Jeder Injtmann erhält bis Johanni jeden Jahres sechs junge, starke Hähne unentgeltlich an die Gutsherrschaft abzuliefern. Sämtliche königlichen und andere ihn treffende Abgaben muß jeder Injtmann selbst bezahlen. An Abgaben hat jeder Injtmann an die Gutsherrschaft zu zahlen: Weidegeld für eine Kuh 3 R., Weidegeld für Schweine 1 R., Weidegeld für Ferkel 50 Pf.

Der Injtmann erhält nachstehende Vergütungen:

1. Freie Wohnung.
2. 1/2 Morgen (90 □-Auten) Gartenland.
3. 1/4 Morgen (185 □-Auten) Kartoffelfeld auf dem Felde.
4. Deputat für je 80 Arbeitstage: 80 Pfd. Roggen, 22 1/2 Pfd. Erbsen, 17 1/2 Pfd. Gerste.
5. Brennmaterial: 5 Klafter Torf oder 85 Zentner Kohlen und 2 Meter Holz. Für den Torf pro Klafter oder für 7 Zentner Kohlen muß er 1,50 R. Stecherlohn zahlen.
6. An Tagelohn wird gezahlt:

Dem Mann von Martini bis 1. April 30 Pf., vom 1. April bis 1. Juni 40 Pf., vom 1. Juni bis 1. September 50 Pf., vom 1. September bis Martini 30 Pf.

Dem Scharwerker von Martini bis 1. April 30 Pf., vom 1. April bis 1. September 40 Pf., vom 1. September bis Martini 30 Pf.

Der Frau für jeden Nachmittag vom 1. Juni bis Ende Getreideernte 25 Pf., Sonst für jeden Nachmittag 20 Pf.

Dasselbe Tagelohn gilt auch für den 2. Scharwerker.

Ein solcher Vertrag sollte die Landarbeiter dringend zur Vorsicht bei Abschließen von Verträgen mit Besitzern mahnen, um sich diesen nicht voll auszuliefern. Nach obigem Vertrag ist die Arbeitszeit eine grenzenlose; es liegt ganz in dem Belieben des „herrschaftlichen Besitzers“, wie lange „seine Leute“ schuften müssen. Selbst das Gebot: Du sollst den Feiertag heiligen, ist für den Besitzer Luft, wenn sein Profit in Frage kommt. Die Strafen verfügt der Besitzer, ein echter Jar im kleinen, nach eigenem Ermessen, wie er auch einseitig die Höhe der Geldstrafen festsetzt. Die Heiligkeit der Familie der Arbeiter wird dadurch hochgehalten, daß die Frau sich auf Verlangen zur „herrschaftlichen“ Arbeit stellen muß. Punktum. Für diese Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft zahlt der Besitzer, neben dritztägigen Deputat, dem Injtmann 7 Monate im Jahre pro Tag 30 Pf., 3 Monate pro Tag 40 Pf. 1 2 Monate pro Tag 50 Pf. 1 Wäghelb ein städtischer Lohn.

Ständen die Landarbeiter den Junkern als geschlossene Berufsorganisation gegenüber, dann wären solche Arbeitsverträge nicht mehr möglich. Als einzelne aber sind sie fast schulplos dem Befehl der Junker ausgeliefert. Doch es anders werde, sollte eine der vornehmsten Sorgen unserer Landarbeiter, aber auch der Industriearbeiter sein.

## Aus der Frauenbewegung.

### Dienstbotennot.

Die „Deutsche Tageszeitung“ entrüstet sich über die Ansprüche der Dienstboten. Das steht dem Organ der bescheidenen Agartier besonders gut. Am liebsten sei es den Mädchen schon, wenn sie ihr Kind — in der „Deutschen Tageszeitung“ Adore genannt — auch noch mitbringen könnten. Das klingt fast so, als ob selbstverständlich jedes Dienstmädchen ein Kind habe.

Wer nun einmal in der zweifelhaft-angenehmen Lage war, Stellung suchen zu müssen, wird wissen, daß es den Herrschaften immer noch recht gut möglich ist, eine Auslese unter den sich vorstellenden Mädchen zu halten und daß solche Mädchen, die nicht Prima-Zeugnisse aufzuweisen haben, gewöhnlich lange warten können, ehe sie eine anständige Stellung finden, trotzdem die Hausfrauen wissen mühten, wie wenig Gewicht auf Zeugnisse im allgemeinen zu legen ist.

Der „Deutschen Tageszeitung“ ist jeder Wunsch der „Dienenden“ natürlich ein Veruel, und für der Dienstboten Begehrligkeit wird die Sozialdemokratie verantwortlich gemacht. Der Drang nach Verbesserung ihrer Lage besteht naturgemäß bei den Dienenden. Diese wissen nur nicht, wie das am besten zu erreichen ist. Da greifen sie dann oft dazu, der festen Stelle zu entsagen und als Aushülfe zu geben. Solchen Aushülfen stehen die Herrschaften, obgleich sie deren häufig bedürfen, feindlich gegenüber. Diese Aushülfen kann man nicht so unter der Hand halten. Die „feinen Leute“ können es absolut nicht begreifen, daß eine Untergebene dieselben Gefühle hegen kann, wie sie selbst. Sie können es nicht verstehen, daß die Dienstboten lieber eine Art Romadenleben führen, anstatt in „Familienzugehörigkeit“ bei einer Herrschaft zu leben. Ach, diese vielgepriesene Familienzugehörigkeit ahnelt gar zu sehr der Hörigkeit. Da lebt sich's denn doch manchmal im engen beschränkten Heim einer Schlafstube — die Zimmer der Dienstboten bei den Herrschaften sind ja gewöhnlich auch keine Salons — noch weit gemüthlicher in dem Bewußtsein, wenigstens für Stunden sein eigener Herr zu sein.

Die Betrachtungen der „Deutschen Tageszeitung“, welche so recht zeigen, wie Dienstboten eingeschätzt werden, sprechen allen Tassaden Hohn. Sie sind bezeichnend für die Behandlung, die die Mädchen sich gefallen lassen müssen. Wegen diese Zustände kämpft der einzelne Dienstbote vergebens. Alle Parteigenossen und Genossinnen sollten ihnen bekannte Dienstboten der bestehenden Dienstbotenorganisation zuführen, damit es gelingt, auch dieser Kategorie von Arbeiterinnen ein freies, menschenwürdiges Dasein zu verschaffen.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

Schöneberg. Montag, den 15. April, in „Ob's Festhale“: Vortrag des Genossen Helmig: „Weltanschauung“. Am 27. April Lichtbildervortrag „Das Leben und Treiben im Bergwerk“ und seine Gefahren.

Freiburg. Dienstag, den 9. April, 8 1/2 Uhr, bei Grube: Vortrag. Wilmersdorf. Donnerstag, den 11. April, 8 1/2 Uhr, im „Luisenpark“, Wilhelmstraße 112, Vortrag des Herrn Kayenfeld: „Verbesserung in der Hauswirtschaft“.

Brix. Donnerstag, den 11. April, bei Weniger, Werderstraße. Am 20. April Stiftungsfest im „Landhaus“, Chausseestraße.

Steglich. Donnerstag, den 11. April, 8 1/2 Uhr, bei Wahrensdorf, Schloßstr. 117, Vortrag.

Weihensee. Donnerstag, den 11. April, 8 Uhr, bei Schmutz, Reip-Chaussee 38, Vortrag des Genossen Schmutz: „Vormundschaft und Waisenpflege“.

Lichtenberg. Sonntag, den 14. April, bei Biedenbagen, Scharnweberstr. 60: Vortrag des Herrn Spiederemann: „Frankenlaffengesetz“, Gemüthliches Beisammensein.

## Gerichts-Zeitung.

**Beamten-Veileidigung.** Ein Prozeß wegen Beamten-Veileidigung, der am Sonnabend vor der Stöttinger Strafkammer als Berufungsinstanz verhandelt wurde, nahm einen merkwürdigen und für den betreffenden Beamten nichts weniger als schmeichelhaften Verlauf. Der Igl. Förster Kiene in Lutterberg hatte den Eisenbahnarbeiter Aug. Duhre im Verdacht der Wilddieberei, nahm bei ihm eine Hausdurchsuchung vor und erstattete Anzeige. Vor dem Schöffengericht Hann-Wänden, das den Duhre als unschuldig freisprach, behauptete dieser, der Förster habe sich bei der Hausdurchsuchung „unmenschlich“ benommen, ferner habe er selbst den Förster im Jahre 1900 beim Wildern betrogen. Diese Behauptungen zogen Duhre eine Anklage wegen Veileidigung zu und das Wändener Schöffengericht verurteilte ihn zu vierzehn Tagen Gefängnis. In der Berufungsverhandlung mußte sich nun aber der Förster die peinliche Tatsache vorhalten lassen, daß er selbst schon wegen Jagdvergehens im Jahre 1890 mit zwei Monaten Gefängnis und außerdem beim Wildern wegen Soldateneinmischung bestraft worden ist. Die Strafkammer gelangte zu einer weit milderen Auffassung und wandelte die Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe von zehn Mark um.

### Liberale Stimmen für vier gute Groschen.

Unter dieser Spitzmarke brachte die „Münchener Post“ einen Tag vor der Stichwahl eine Korrespondenz aus Hausen bei Staroberg, worin mitgeteilt wurde, daß der Gutbesitzer Feldner in Hausen seinen beiden Anechten je 50 Pf. gegeben habe mit dem Auftrag liberal zu wählen. Der liberale Herr bezeichnete in einem eingeschriebenen Briefe an die Redaktion der „M. P.“ den Inhalt der Korrespondenz als gemeine Lüge und verlangte eine entsprechende Richtigstellung. Als die Redaktion darauf nicht reagierte, stellte der liberale Gutbesitzer gegen den verantwortlichen Redakteur, Genossen Martin Gruber Klage wegen „Veileidigung“. In der am Freitag vor dem Schöffengericht München I durchgeführten Verhandlung erklärte Gruber den Wahrheitsbeweis antreten zu wollen. Der Zeuge Josef Gröber, Dienstknecht bei Gutbesitzer Feldner, sagte aus, daß am Wahltag der Gutbesitzer gesagt habe, die Anechte könnten um 3 Uhr zur Wahl nach Unterbrunn gehen. Die Anechte haben dann von Feldner einen Wählzettel verlangt, Feldner habe dann jedem einen Zettel und 50 Pf. gegeben mit dem Vermerk, sie sollten bei Gastwirt Bed in Unterbrunn eine Maß Bier trinken. Die Zettel lauteten auf den liberalen Rechtsanwält Kohl. Der Zeuge hätte aber einen Sollmarzettel gemocht. Daß sie den Wählzettel in das Wahlbüchlein legen sollten, habe Feldner nicht gesagt. Der lägerische Gutbesitzer wendete gegen die Aussage ein, daß er den Anechten den Auftrag gegeben, das Geld in der Tasche der Wirtschaft zu vertrinken. Er wollte sich damit bei Bed nur rebandieren, da ihm Bed wiederholt eine Dampfdruckmaschine zur Verfügung stellte. Die Straßwärtterin Stader, die Schwelmer des Zeugen Gröber, sagte aus, daß ihr Gruber einige Tage nach der Wahl bei ihr war. Sie habe ihm Vorhalt gemacht, warum er Kohl und nicht Sollmarzettel gewählt habe. Darauf habe er Gruber geantwortet: Um zwei Maß Bier konnte ich doch leicht liberal wählen. Der Dienstknecht Ertl sagte aus, daß ihm sein Herr 50 Pf. gegeben habe, aber nicht bezahlt, daß er liberal wählen solle. Er habe öfter Bier bezahlt. Um 50 Pf. lasse er sich nicht beeinträchtigen, das wäre ihm schon zu wenig. Er habe den Zettel selbst von Feldner verlangt. Das Schöffengericht sprach Redakteur Gruber unter Ueberbördung der sämtlichen Kosten auf den Privatkläger frei. Das Gericht konnte sich bei der Unklarheit der Zeugenaussagen keine Meinung darüber bilden, ob Feldner mit den 50 Pf. die Stimmen seiner Anechte laufen wollte. Das Gericht billigte Gruber den Schuldsatz § 193 zu. Aus der Form oder den begleitenden Umständen könne nicht geschlossen werden, daß Gruber die Absicht einer Veileidigung hatte, zumal der dringende Verdacht gegeben sei, daß Feldner es auf Stimmenkauf abgesehen habe.

## Verfammlungen.

**Zentralverband der Töpfer.** In der am Freitag abgehaltenen Verfammlunq der Bauvertrauensmänner hielt Eugen Brückner einen Vortrag über die Arbeitgeberorganisation. Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Dierauf diskutierte die Verfammlunq ein vom Vorkande vorgelegtes Regulativ, welches die Pflichten der Bauvertrauensmänner festlegt. Das Regulativ bestimmt in der Hauptsache, daß auf jedem Bau ein Vertrauensmann zu bestellen ist, der zu kontrollieren hat, ob die auf dem Bau beschäftigten Kollegen ihre Pflicht der Organisation gegenüber erfüllen haben, auch soll der Vertrauensmann dem Verbandsbureau Bericht erstatten über die auf dem Bau herrschenden Arbeitsverhältnisse. Nach Schluß der Diskussion wurde das Regulativ angenommen.

Im weiteren Verlauf der Verfammlunq wurden die Verhältnisse auf einzelnen Bauten besprochen. Bei dieser Gelegenheit kam auch ein Schreiben der Töpferinnung zu Kiel zur Verlesunq. Das selbe ist an die hiesigen Töpfermeister gerichtet und stellt sich als eine schwarze Liste dar. Derselbe enthält Namen, Geburtsort und Geburtsdatum von 97 Ofensehern, welche von den Kieler Töpfermeistern unter Vertragsbruch ausgesperrt worden sind. Wie aus dem Schreiben der Kieler Töpferinnunq hervorgeht, läuft der dort bestehende Tarifvertrag erst am 15. Mai ab. Die Arbeitgeber haben aber die Arbeiter schon am 18. März ausgesperrt, weil ihnen die für die Reuberatunq des Tarifs gestellten Forderungen als unerfüllbar gelten und weil angeblich die Arbeiter über Kiel die Sperte verhängt hatten. Die Kieler Töpferinnunq empfindet die Sperrung der von den Meistern ausgesperrten Arbeiter mit folgenden Worten: „Wir fügen nun umfänglich eine Liste der ausgesperrten Ofenseher bei und bitten unsere Kollegen um gefällige Unterstützung, denn wenn wir hier gezwungen werden sollten, solche außergewöhnlich hohe Löhne zu zahlen, so würde sich dies auch bald auf andere Orte in unserem Gewerbe übertragen.“

## Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrs-Arbeiter Deutschlands. Verwaltungsstelle Berlin II.

Bureau u. Arbeitsnachweis: „Gewerkschaftshaus“, Engel-Hfer 15 II Zimmer 13—17. Telefon: Arbeitsnachweis: Kund IV, 3045. Bureau: 4747

Bei der am 7. April er. zur Hauptgeneralversammlung kallgeordneten Delegiertenwahl wurden 193 gültige Stimmzettel abgegeben. Die absolute Mehrheit betrug demnach 98 Stimmen.

Danon erhielten Stimmen: Werner, August 1745, Steinke, Paul 1699, Meuser, Christian 638, Schläge, Paul 1392, Fromke, Karl 1198, Schulz, Gustav 1455, Bodin, Heinrich 567, Wilsch, Gustav 1100, Knittel, Karl 1280, Seibert, Emil 683, Groll, Margarete 1624, Wilsch, Fritz 1141, Frins, Hermann 1212, Rabomitsch, Paul 630, Viet, Adolf 950, Nischke, Otto 1257, Reimer, Rudolf 764, Uebel, Albert 616, Feig, Germano 356, Waller, Germano 1474.

Gewählt sind demnach Werner, Steinke, Paul, Schulz, Schläge, Frins, Knittel, Nischke, Wilsch, Fromke und Wilsch.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Dienstag, den 9. April.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Kgl. Opernhaus. Don Carlos. Anfang 8 Uhr.  
Kgl. Schauspielhaus. Wallensteins Tod.  
Deutsches. Der Keffior. Beginn. Marquise.  
Anfang 8 Uhr.  
Neues Schauspielhaus. Hertha Hochzeit.  
Berliner. Der Hund von Baskerville.  
Schiller O. (Wallner-Theater.) Traummulus.  
Schiller-Theater Charlottenburg. Die Räuber.  
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Das letzte Mittel.  
Römische Oper. Hoffmanns Erzählungen.  
Vorführung. Der Wollschmid. Neutral. Wiener Blut. Wessen. Die lustige Witwe. Kleines. Bunduz.  
Neues. Der Dieb.  
Residenz. Haben Sie nichts zu verzollen?  
Pulstheaterhaus. Ostfriesen. Deutsch-Amerikanisches. Romyette Klause.  
Thalia. Olympische Spiele. Nacht. ahl.  
Luffen. Lumpacivagabundus.  
Trianon. Fräulein Josette — meine Frau.  
Bernhard Hofe. Sherlock Holmes.  
Metropol. Der Teufel lacht dazu.  
Gebr. Herrfeld. Ein verrücktes Hotel.  
Wintergarten. Cleo de Mérode. Spezialitäten.  
Apolo. Der Triumph des Weibes. Spezialitäten.  
Kallio. Nick Carter. Spezialitäten.  
Walhalla. Spezialitäten.  
Folies Caprice. Eine Nacht in der Apotheke. Im Inspektionszimmer.  
Nigaro. Geschlossen.  
Antimes. Eine vom Ballett. — Papstentwurf.  
Hronia. Tondentstraße 18/19. Abends 8 Uhr: Die Feuergefallen der Erde.

**Ferdinand Honns**  
**Berliner Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Der Hund von Baskerville.**  
Mittwoch: Sherlock Holmes.  
Donnerstag: Geschlossen.

**Neues Schauspielhaus**  
Anfang 8 Uhr.  
**Herthas Hochzeit.**  
Mittwoch zum 50. Male:  
**Herthas Hochzeit.**  
**Neues Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der Dieb.**  
Mittwoch und folgende Tage:  
**Der Dieb.**

**Kleines Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Eine triviale Komödie für seriöse Leute.** (Sunday.)  
Mittwoch: Allerleien.  
Donnerstag: Ein idealer Gatte.

**Lortzing-Theater**  
Beilsteinstr. 7/8.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Der Waffenschmied.**  
Abendmenschen gültig!  
Mittwoch:  
**Fra Diavolo.**  
**Lustspielhaus.**  
Täglich abends 8 Uhr:  
**Sujarenfieber.**  
**Zentral-Theater.**  
(Operette.) Täglich abends 8 Uhr:  
Wiener Blut.  
Operette in 3 Akten v. Joh. Strauß.  
**Luisen-Theater**  
Reichenbergerstr. 34.  
Abends 8 Uhr:  
**Lumpacivagabundus**  
oder: Das Hederliche Kleeblatt.  
Morgen zum erstenmal: Marianne, ein Weib aus dem Volke.  
Donnerstag: Marianne.  
Freitag: Venere.  
Sonntag 4 Uhr zu kleinen Preisen:  
Hänsel und Gretel, 8 Uhr: Dorf und Stadt.  
Sonntag 3 Uhr: Sherlock Holmes.  
8 Uhr: Marianne.

**Passage-Theater.**  
Jeden Abend 8 Uhr:  
Das großartige  
**April-Programm!**  
**Ki-ta-faku**  
die beste Japaner-Truppe der Welt.  
**Paul Corradini**  
Berlins beliebtester Komiker und die ersten 14.  
**14 Attraktionen 14.**

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Ad. Hill. Stammstr. 10.  
**Sängerin und Näherin.**  
Vollständig mit Orchestern von Anfang.  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.  
Ehren- und Vergütungen gültig.  
Mittwoch 8. letztmal: Die Ahefrau.  
Donnerstag 8. letztmal: Sängerin und Näherin.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Neu:  
**Ballettschule Klappermats.**  
Bursche u. F. Reitel.  
Anfang Sonntag 8 Uhr.  
Sonntag 7 Uhr.

**Schiller-Theater N.**  
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater  
Abends 8 Uhr:  
Das letzte Mittel.

## Urania.

Wissenschaftliches Theater.  
8 Uhr:  
**Die Feuergefallen der Erde.**  
**Residenz-Theater.**  
Direktion Richard Alexander.  
Anfang 8 Uhr.  
**Haben Sie nichts zu verzollen?**  
Schwan in 3 Akten v. R. Hennequin und S. Leber.  
Robert de Triebel: Rich. Alexander.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Eine Hochzeitnacht.

**Metropol-Theater**  
Anfang 8 Uhr.  
**Der Teufel lacht dazu.**  
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.  
**Mussary, Wolf, Bender, Giampietro, Josephi.**  
Kanchen überall gestattet.  
Sonntag, 14. April, nachm. 3 Uhr:  
**Auf in's Metropol.**

**Apollo Theater**  
8 Uhr: Bedeutende Spezialitäten.  
9 Uhr: Merlians  
Original-Opern- und Hand-Theater.  
**Ein treuloses Weib.**  
9 1/2 Uhr: Die neue Operetten-Buch.  
**Der Triumph des Weibes**  
v. Benno Jacobson. Musik v. Josef Hellmesberger und Paul Lincke.

**Deutsch-Amerikanisches Theater.**  
Reden abends 8 Uhr  
Gastspiel Theater des Besten:  
**Mamselle Nitouche.**  
Celestin. Edm. Löwe a. G.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr:  
**Der Wildschütz.**

**BERNHARD ROSE THEATER**  
Or. Frankfurterstr. 132.  
Abends 8 Uhr:  
**Sherlock Holmes.**  
Detektivromäne in 4 Aufzügen nach der Romanze des Canon Doyle.  
Morgen: Der Pfarrer von Kirchfeld.  
Eiltvorverkauf schon für 8 Tage vorher ohne Vorverkaufgebühr von 10—1 Uhr und von 6—9 Uhr an der Theaterkasse.

**WINTER GARTEN**  
**Cleo de Mérode**  
Neues Programm.

**Passage-Theater.**  
Jeden Abend 8 Uhr:  
Das großartige  
**April-Programm!**  
**Ki-ta-faku**  
die beste Japaner-Truppe der Welt.  
**Paul Corradini**  
Berlins beliebtester Komiker und die ersten 14.  
**14 Attraktionen 14.**

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Ad. Hill. Stammstr. 10.  
**Sängerin und Näherin.**  
Vollständig mit Orchestern von Anfang.  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.  
Ehren- und Vergütungen gültig.  
Mittwoch 8. letztmal: Die Ahefrau.  
Donnerstag 8. letztmal: Sängerin und Näherin.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Neu:  
**Ballettschule Klappermats.**  
Bursche u. F. Reitel.  
Anfang Sonntag 8 Uhr.  
Sonntag 7 Uhr.

## Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Traummulus.**  
Schauspiel in 5 Akten von Arno Holz und Oskar Neufeld.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Mathias Gollinger.**  
Donnerstag abends 8 Uhr:  
**Mathias Gollinger.**  
Schiller-Theater Charlottenburg.  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Die Räuber.**  
Schauspiel in 5 Aufzügen von Friedrich Schiller.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Traummulus.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Traummulus.**

## Zirkus Schumann

Heute Dienstag, den 9. April: Schluss der Endkämpfe u. d. Schluss d. großen internationalen Ringkampf-Konturrenz um goldenen Kranz von Berlin und 10 000 Mark Preisverteilung.  
Heute: **Entscheidungskampf um 1. Preis (5000 Mark in bar und „Goldenen Kranz“)**  
**Jakob Koch** (Deutschland) und **Paul Pons** (Frankreich)  
Vorher: **Gala-Programm** und zum Schluss:  
**St. Hubertus.**  
Heute: Erhöhte Preise. Bonds und sonstige Ermäßigungen haben keine Gültigkeit.

**Zirkus Busch.**  
Dienstag, 9. April, 7 1/2 Uhr:  
Große Gala-Wohltätigkeits-Vorstellung zum Besten des Zweigvereins vom „Roten Kreuz“ des Kreises Niederbarnim.  
Die neugestalteten **Geschwister Fourcaux**  
Um 9 Uhr: **ROM.**  
Große Orig.-Musik-Pantomime in 7 Bildern.  
Besonders hervorzuheben:  
**Die Todesfahrt über die zer sprengte Brücke.**  
X **Radium-Ballett.** X  
Beeindruckende Licht- und Wasserspiele.

**Palast-Theater.**  
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börsen.  
Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
**Der brillante April-Spielplan.**  
u. a.: **Hasson u. Jenny**  
Kugelschläger.  
**Alcide und Alberti**  
Lustspiel.  
**Die vier Lunas**  
Damen-Quartett  
und 10 erstklassige Nummern.  
Familienkarten, wochentags zum halben Kaffeepreis gültig. In Barbier-, Friseur- u. Haarwuschgeschäften gratis.

**Gebr. Herrfeld-Theater**  
Anfang 8 Uhr. 11-2 Uhr  
57 Kommandantenstraße 57.  
Die hübsch bejadelte Herrfeldblade  
**Ein verrücktes Hotel.**  
Komödie in 3 Akten mit Antoin und Donat Herrfeld in den Hauptrollen.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**Walhalla-Varieté-Theater**  
Weinbergweg 19/20, Holtenauer.  
Heute abends 8 Uhr:  
Das neue April-Programm.  
10 Pers. **Geni Family** Pers.  
Circensische Spiele zu Pferde.  
**Grete Gallus**  
Charakter-Soubrette.  
12 erstklassige Nummern 12.

**Fröbels Allerlei-Theater**  
Schönhäuser Allee 148.  
Gastspiel Bernh. Hofe-Theater.  
**Romeo und Julia.**  
Dramatische Komödie in 5 Akten.  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.  
Billetvorverkauf:  
Kond. Handwerker, Schön. Allee 153.  
Krüger & Oberbeck, Antanienallee 1.

**Sanssouci.** Kottbusor-Direktion Wilhelm Reimer, StraÙe 42.  
Heute Dienstag:  
Letzter Theater-Abend:  
Benefiz i. Frl. Franz. Höfer:  
Zum erstenmal:  
**Griseidis.**  
Schausp. in 5 Akten v. Palm.  
Ab. Sonntag, Montag, Donnerstag.  
**Nord. Sänger.**  
Sonnt. Beg. 3, wochent. 8 U.

**Steidl-Theater- und Konzerthaus.**  
Brückenstr. 2.  
Zubel! **Bureau Vesperbrint.**  
Anfang 8 Uhr. Vorher:  
**Militär-Konzert.**  
**Steidl-Restaurant:**  
Großes Militär-Konzert. Heute:  
3. Gardebregment. Dir. Hüblich.  
Vorabgl. 8 Uhr.

Schiller-Theater Charlottenburg.  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Die Räuber.**  
Schauspiel in 5 Aufzügen von Friedrich Schiller.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Traummulus.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Traummulus.**

**Zirkus Schumann**  
Heute Dienstag, den 9. April: Schluss der Endkämpfe u. d. Schluss d. großen internationalen Ringkampf-Konturrenz um goldenen Kranz von Berlin und 10 000 Mark Preisverteilung.  
Heute: **Entscheidungskampf um 1. Preis (5000 Mark in bar und „Goldenen Kranz“)**  
**Jakob Koch** (Deutschland) und **Paul Pons** (Frankreich)  
Vorher: **Gala-Programm** und zum Schluss:  
**St. Hubertus.**  
Heute: Erhöhte Preise. Bonds und sonstige Ermäßigungen haben keine Gültigkeit.

**Trianon-Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Fräulein Josette — meine Frau.**  
Sonntag nachmittags 3 Uhr: **Die Liebeskantele.**

**Kasino-Theater**  
Lothringenstr. 37. Täglich 8 Uhr.  
**Neu! „Nesemann“**  
der beliebte aktuelle Humorist.  
Das vollständig neue April-Programm  
**Nick Carter.**  
Nick Carter, Detektiv: Dir. Hans Berg.  
Sonntag 4 Uhr: Zingvögeln.  
Der Hahn im Korbe.

**Folies Caprice**  
Folies Caprice  
Koloßaler Erfolg!  
**Eine Nacht in der Apotheke.**  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf an der Theaterkasse und bei Bertheim.

**Gustav Behrens-Theater.**  
Schöneberg-Berlin W., Goltstraße 9.  
Nur noch wenige Auf-führungen der jugkräftigen Operette:  
**Die lustige Witwe von Schöneberg.**  
In Vorbereitung:  
Die tolle Ausstattungs-Operette:  
**Meschuggemann im Sündenpfehl Berlin.**

**Buggenhagen**  
Moritzplatz.  
Jeden Dienstag:  
**Gustav Gottschalks**  
Gesellschafts-Konzert (Sollsten-Abend).

**Konsum-Genossenschaft**  
haben noch Geschäftsguthaben abzugeben:  
494 Weber, 629 Pfeiler, 815 Klominger, 1011 Wolfram, 1141 Reichenberg, 1245 Koppel, 1290 Böhring, 1520 Rathe, 1542 Gerall, 1623 Hähling, 1628 Dreifachneider, 1727 Witt, 1735 Wente, 2041 Bähle, 2119 Hedde, 2202 Rorschach, 2257 Hennis, 2301 Bränge, 2372 Wied, 2621 Reiguer, 2707 Behrendt, 2928 Reichert, 2944 Rudland, 2955 Schneider, 3026 Wigel, 3130 Augustin, 3230 Replak, 3482 Wörm, 3469 Heier, 4040 Runkel, 4125 Genscht, 4260 Ehrentraut, 4617 Wippa.  
Sollten die Geschäftsanteile bis zum 23. April 1907 nicht abgehoben sein, so verfallen sie auf Grund § 9 Absatz 2 unseres Statuts dem Reservefonds der  
**Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend**  
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.  
Max Wenzel, Liquidator. 100/10\*

**Möbel-Fabrik**  
von  
**A. Schulz, 5 Reichenbergerstr. 5**  
empfehl. Wohnungs-Einrichtungen von 240—10 000 M.  
in nur anerkannt bester Ausführung in jeder Holz- und Metallart sowie aus **Vollholzwaren** eigener Fabrikation zu äußerst billigen Preisen. Streng reelle und gewissenhafte Bedienung. Kulante Zahlungen. Tel. Amt IV 6577. (44152\*)

**Moabiter Gesellschaftshaus**  
Berlin NW., Wielestraße 24.  
Hiermit zur gefälligen Kenntnis, daß ich oben genanntes Etablissement übernommen habe und dasselbe nach beendeter Renovation und Neu-einrichtung eröfne und dasselbe in veränderter Weise als bisher fort-führen werde. Besellungen auf Säte für Festlichkeiten und Besam-mungen nehme schon jetzt entgegen.  
Nachachtungsboll  
**Wilhelm Brüning.**

**Sozialdemokratisch. Wahlverein**  
des  
**6. Berliner Wahlkreises.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 7. April verstarb unser Mitglied, der Händler  
**Hermann Deutsch**  
Liebenwalderstr. 5.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet morgen Mittwoch nachmittags 5 Uhr von der Halle des städtischen Friedhofes in der Müllerstraße (früher Charitékirchhof) aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
243/14 Der Vorstand.

**Lese- und Diskutierklub „Nordkante“.**  
Den Genossen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied und Gründer unseres Klubs, unser Genosse  
**Hermann Deutsch**  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 10. April, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes Müller- u. Ede Straße (früher Charitékirchhof) aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
289/5 Der Vorstand.

**Verband d. baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.**  
Zweigverein Berlin u. Umgegend.  
Bezirk Moabit.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Kollege  
**August Kausewitz**  
an Leberkrebs verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 9. April (heute), nachmittags 3 Uhr, vom Moabiter Krankenhaus aus nach dem Dellandskirchhof, Pöhlensee, statt.  
Bezirk Friedrichshagen.  
**Nachruf.**  
Am 3. April d. J. verstarb unser treuer Kollege  
**Karl Lucht**  
insolge eines vorausgegangenen Unfalls.  
Ehre seinem Andenken!  
Der Zweigvereinsvorstand.

**Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer E. H.**  
Zentrale Berlin XII.  
**Nachruf.**  
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Mitglied, der Schmied  
**Hugo Klewer**  
nach langem, schwerem Leiden im Alter von 55 Jahren am 5. April verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
253/7 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Stukkateure (Filiale Berlin).**  
Somabend, den 6. d. Mts., verstarb unser Mitglied  
**Adolf Reichenberg**  
nach kurzem Krankenlager im 31. Lebensjahre.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet von der Wohnung, N. Logothstraße 4, aus nach dem Razareth-Kirchhof am Mittwoch, den 10. April, nachmittags 3 Uhr statt.  
Zahlreiche Teilnahme erwartet.  
Die Ortsverwaltung.

**Gesangverein „Steinleke“**  
(R. d. N.-S.-B.)  
Am 6. April verstarb unser Mitglied  
**Adolf Reichenberg.**  
Die Beerdigung findet am 10. April, nachmittags 3 Uhr, von Logothstr. 4 aus nach dem neuen Razareth-Kirchhof statt.  
05/13 Der Vorstand.

**Todes-Anzeige.**  
Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau  
**Anna Andersch**  
geb. Böhling  
nach kurzem, aber schwerem Krankenlager am 7. April verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am 11. April, nachmittags 3 Uhr, von der Reichenhölle des Emmaus-Kirchhofes in Brix, Hermannstraße, aus statt.  
Dies geht tiefbetrübt an der trauernde Gatte  
**Franz Andersch**, Rantaustraße 27.

**Todes-Anzeige.**  
Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser Tochterchen **Allee** am 7. April nach langen Leiden sanft entschlafen ist.  
45142  
Die Beerdigung findet am 10. April, nachmittags 4 Uhr, von der Reichenhölle des Michaeliskirchhofes, Marienborger Weg, aus statt.  
Um stille Anteil bitten  
**J. Hopka** nebst Frau u. Tochter.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme und die großen Kranz-spenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres herrlichen Saters  
**Otto Grau**  
sagen wir allen unseren herzlichsten Dank.  
Witwe Emma Grau und Kinder.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und vielen Kranzspenden, insbesondere meinen Stammgästen, bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Gattwirts **August Winkler**, sage ich allen Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank.  
2761b  
Witwe Agnes Winkler nebst Tochter und Mutter.

**Dankfagung.**  
Für die erzeigte Teilnahme bei der Beerdigung meines geliebten Mannes sagen wir allen unseren herzlichsten Dank.  
2754b  
Frau Anna Solbrig u. Kinder.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme sowie die zahlreichen Kranz-spenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Saters, des Restaurateurs  
**Wilhelm Günther**  
sagen wir allen Freunden und Bekannten sowie dem sozialdemokratischen Arbeiterverein Rixdorf (11. Bezirk) unseren herzlichsten Dank.  
2754b  
**Anna Günther** geb. Rauscherl und Kinder.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme sowie die zahlreichen Kranz-spenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Saters, des Restaurateurs  
**Wilhelm Günther**  
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank.  
2757b  
Witwe Berta Langner nebst Kind.

**Verband der Stukkateure (Filiale Berlin).**  
Somabend, den 6. d. Mts., verstarb unser Mitglied  
**Adolf Reichenberg**  
nach kurzem Krankenlager im 31. Lebensjahre.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet von der Wohnung, N. Logothstraße 4, aus nach dem Razareth-Kirchhof am Mittwoch, den 10. April, nachmittags 3 Uhr statt.  
Zahlreiche Teilnahme erwartet.  
Die Ortsverwaltung.

**Gesangverein „Steinleke“**  
(R. d. N.-S.-B.)  
Am 6. April verstarb unser Mitglied  
**Adolf Reichenberg.**  
Die Beerdigung findet am 10. April, nachmittags 3 Uhr, von Logothstr. 4 aus nach dem neuen Razareth-Kirchhof statt.  
05/13 Der Vorstand.

**Todes-Anzeige.**  
Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau  
**Anna Andersch**  
geb. Böhling  
nach kurzem, aber schwerem Krankenlager am 7. April verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am 11. April, nachmittags 3 Uhr, von der Reichenhölle des Emmaus-Kirchhofes in Brix, Hermannstraße, aus statt.  
Dies geht tiefbetrübt an der trauernde Gatte  
**Franz Andersch**, Rantaustraße 27.

**Todes-Anzeige.**  
Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser Tochterchen **Allee** am 7. April nach langen Leiden sanft entschlafen ist.  
45142  
Die Beerdigung findet am 10. April, nachmittags 4 Uhr, von der Reichenhölle des Michaeliskirchhofes, Marienborger Weg, aus statt.  
Um stille Anteil bitten  
**J. Hopka** nebst Frau u. Tochter.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme und die großen Kranz-spenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres herrlichen Saters  
**Otto Grau**  
sagen wir allen unseren herzlichsten Dank.  
Witwe Emma Grau und Kinder.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und vielen Kranzspenden, insbesondere meinen Stammgästen, bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Gattwirts **August Winkler**, sage ich allen Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank.  
2761b  
Witwe Agnes Winkler nebst Tochter und Mutter.

**Dankfagung.**  
Für die erzeigte Teilnahme bei der Beerdigung meines geliebten Mannes sagen wir allen unseren herzlichsten Dank.  
2754b  
Frau Anna Solbrig u. Kinder.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme sowie die zahlreichen Kranz-spenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Saters, des Restaurateurs  
**Wilhelm Günther**  
sagen wir allen Freunden und Bekannten sowie dem sozialdemokratischen Arbeiterverein Rixdorf (11. Bezirk) unseren herzlichsten Dank.  
2754b  
**Anna Günther** geb. Rauscherl und Kinder.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme sowie die zahlreichen Kranz-spenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Saters, des Restaurateurs  
**Wilhelm Günther**  
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank.  
2757b  
Witwe Berta Langner nebst Kind.

**Otto Pritzkow, Münzstr. 16.**  
**Welt-Ausstellungs-Biograph** (St. Louis)  
Theater lebender Photographien.  
Der Untergang des Dampfers „Berlin“.  
168 Tote, 12 Gerettete.  
Den ganzen Tag Vorstellung.

**Otto Pritzkow, Münzstr. 16.**  
**Welt-Ausstellungs-Biograph** (St. Louis)  
Theater lebender Photographien.  
Der Untergang des Dampfers „Berlin“.  
168 Tote, 12 Gerettete.  
Den ganzen Tag Vorstellung.

**Otto Pritzkow, Münzstr. 16.**  
**Welt-Ausstellungs-Biograph** (St. Louis)  
Theater lebender Photographien.  
Der Untergang des Dampfers „Berlin“.  
168 Tote, 12 Gerettete.  
Den ganzen Tag Vorstellung.

**Otto Pritzkow, Münzstr. 16.**  
**Welt-Ausstellungs-Biograph** (St. Louis)  
Theater lebender Photographien.  
Der Untergang des Dampfers „Berlin“.  
168 Tote, 12 Gerettete.  
Den ganzen Tag Vorstellung.

Anherordentliche Generalversammlung des Deutschen Senefelder-Bundes.

Schlusssitzung. Auf der Tagesordnung standen Wahl des Sitzes des Hauptvorstandes und der Kontrollkommission, sowie Wahlen zum Hauptvorstande und zur Kontrollkommission.

Ein Antrag Wiesbaden, den die Mitglieder des Hauptvorstandes von Berlin nach Frankfurt a. M. zu verlegen, wurde zurückgezogen. Mehrere Redner empfahlen, den Sitz des Hauptvorstandes in Berlin zu belassen, dort seien auch die geeigneten Ratgeber, falls wiederum eine Klage gegen den Senefelder-Bund kommen sollte.

Es wurde einstimmig beschlossen, den Sitz des Hauptvorstandes in Berlin, ebenso den Sitz der Kontrollkommission in Dresden zu belassen.

Es folgte die Wahl der Mitglieder des Hauptvorstandes. H. Müller-Berlin schlug als Vorsitzenden den Kollegen Müller-Berlin, Mitglied des Zentral-Arbeitersekretariats, vor. Müller sei für das Ehrenamt sehr befähigt und habe das besondere durch die klare Begründung der Vorschläge für die Neuorganisation des Bundes bewiesen. Der bisherige Vorsitzende des Hauptvorstandes, Sillier-Berlin, sei als Vorsitzender der neuen gewerkschaftlichen Organisation gedacht. Da Gegenständigkeitsverträge abzuschließen seien, wäre es notwendig, daß die beiden Organisationen verschiedene Vorsitzende hätten.

Die Wahl wurde durch Abgabe von Stimmzetteln vollzogen. Abgegeben wurden 92 Stimmzettel. Davon lauteten 59 auf Müller-Berlin, 3 Jettel waren unbeschrieben.

Müller-Berlin war also als Vorsitzender des Hauptvorstandes gewählt und nahm die Wahl an.

Als Hauptkassierer wurde der bisherige Hauptkassierer Drall-Berlin mit 81 Stimmen wiedergewählt. Ein Stimmzettel war unbeschrieben. Drall nahm die Wahl an und versprach, auch in Zukunft seine Schuldigkeit zu tun.

Als Sekretär des Hauptvorstandes wurde der bisherige Sekretär Lange-Berlin mit 57 von 61 Stimmen wiedergewählt. Eine Stimme erhielt Leinen-Dresden, drei Stimmzettel waren unbeschrieben. Lange nahm die Wahl an.

Allgemeine Anträge, die auf der Tagesordnung standen und die Anstellung besoldeter Beamten in Rheinland-Westfalen, Schlesien, Hamburg und Dresden forderten, wurden dem für den Nachmittag anberaumten Kongress überwiesen, auf dem die Konstituierung der neuen gewerkschaftlichen Organisation erfolgen soll.

Die Mitgliedschaft Dresden beantragte: Die Kassentextoren wählen einen Obmann; dieser gibt dem Hauptvorstand seine Adresse an. Der Hauptvorstand hat in jeder Jahresliste jährlich mindestens eine unbeschriebene Kassentextoren anzuordnen.

Der Antrag Dresden wurde angenommen. Die Mitgliedschaft Wauern beantragte Schaffung eines Kommentars zum Statut, welcher die Unklarheiten desselben beseitigt und eine einheitliche Auslegung der statutarischen Bestimmungen gewährleistet. Der Vorstand erklärte, er werde dem Antrage nachkommen.

Es folgte die Wahl des Ortes, an dem die nächste Generalversammlung abgehalten werden soll. Gewählt wurde München.

Lange-Berlin, der Bundessekretär, teilte mit, daß von der jetzt abgetrennten Gewerkschaftsklasse circa 100 000 M. beim Spar- und Bauverein Berlin durchaus sicher angelegt seien. Er beantragte, das Kapital auf den Namen der Bundeskasse umzuschreiben. Der Antrag wurde angenommen.

Als Publikationsorgan für den Bund soll die „Graphische Presse“ benutzt werden. Die Tagesordnung war hiermit erledigt.

Wauern-Stuttgart sprach dem Bureau für seine umsichtige Geschäftsleitung und den hannoverschen Kollegen für das Arrangement der Generalversammlung und die freundliche Aufnahme den besten Dank der Delegierten aus.

Der Vorsitzende Lange, brante, die Generalversammlung habe elastisch gezeitigt, wie notwendig sie gewesen sei. Anfangs habe es so ausgesehen, als ob nicht unerhebliche Differenzen zwischen den Delegierten hinsichtlich der Umgestaltung des Bundes bleiben würden. Aber sie seien durch eine Einigkeit ausgeglichen, wie sie noch auf keiner früheren Generalversammlung geherrscht habe. Namentlich die erfreuliche Einstimmigkeit bei Annahme des neuen Statuts werde nicht nur auf alle Mitglieder, sondern auch auf die offenen und versteckten Gegner des Bundes bedeutend einwirken. Mit dem Wunsche, daß die reiche und gewissenhafte Arbeit der Delegierten zum Wohle der ganzen Kollegenschaft ausfallen möge, schloß der Vorsitzende die Generalversammlung.

Der Antrag Dresden wurde angenommen. Die Mitgliedschaft Wauern beantragte Schaffung eines Kommentars zum Statut, welcher die Unklarheiten desselben beseitigt und eine einheitliche Auslegung der statutarischen Bestimmungen gewährleistet. Der Vorstand erklärte, er werde dem Antrage nachkommen.

Es folgte die Wahl des Ortes, an dem die nächste Generalversammlung abgehalten werden soll. Gewählt wurde München.

Lange-Berlin, der Bundessekretär, teilte mit, daß von der jetzt abgetrennten Gewerkschaftsklasse circa 100 000 M. beim Spar- und Bauverein Berlin durchaus sicher angelegt seien. Er beantragte, das Kapital auf den Namen der Bundeskasse umzuschreiben. Der Antrag wurde angenommen.

Als Publikationsorgan für den Bund soll die „Graphische Presse“ benutzt werden. Die Tagesordnung war hiermit erledigt.

Wauern-Stuttgart sprach dem Bureau für seine umsichtige Geschäftsleitung und den hannoverschen Kollegen für das Arrangement der Generalversammlung und die freundliche Aufnahme den besten Dank der Delegierten aus.

Der Vorsitzende Lange, brante, die Generalversammlung habe elastisch gezeitigt, wie notwendig sie gewesen sei. Anfangs habe es so ausgesehen, als ob nicht unerhebliche Differenzen zwischen den Delegierten hinsichtlich der Umgestaltung des Bundes bleiben würden. Aber sie seien durch eine Einigkeit ausgeglichen, wie sie noch auf keiner früheren Generalversammlung geherrscht habe. Namentlich die erfreuliche Einstimmigkeit bei Annahme des neuen Statuts werde nicht nur auf alle Mitglieder, sondern auch auf die offenen und versteckten Gegner des Bundes bedeutend einwirken. Mit dem Wunsche, daß die reiche und gewissenhafte Arbeit der Delegierten zum Wohle der ganzen Kollegenschaft ausfallen möge, schloß der Vorsitzende die Generalversammlung.

Der Antrag Dresden wurde angenommen. Die Mitgliedschaft Wauern beantragte Schaffung eines Kommentars zum Statut, welcher die Unklarheiten desselben beseitigt und eine einheitliche Auslegung der statutarischen Bestimmungen gewährleistet. Der Vorstand erklärte, er werde dem Antrage nachkommen.

Es folgte die Wahl des Ortes, an dem die nächste Generalversammlung abgehalten werden soll. Gewählt wurde München.

Lange-Berlin, der Bundessekretär, teilte mit, daß von der jetzt abgetrennten Gewerkschaftsklasse circa 100 000 M. beim Spar- und Bauverein Berlin durchaus sicher angelegt seien. Er beantragte, das Kapital auf den Namen der Bundeskasse umzuschreiben. Der Antrag wurde angenommen.

Als Publikationsorgan für den Bund soll die „Graphische Presse“ benutzt werden. Die Tagesordnung war hiermit erledigt.

Wauern-Stuttgart sprach dem Bureau für seine umsichtige Geschäftsleitung und den hannoverschen Kollegen für das Arrangement der Generalversammlung und die freundliche Aufnahme den besten Dank der Delegierten aus.

Der Vorsitzende Lange, brante, die Generalversammlung habe elastisch gezeitigt, wie notwendig sie gewesen sei. Anfangs habe es so ausgesehen, als ob nicht unerhebliche Differenzen zwischen den Delegierten hinsichtlich der Umgestaltung des Bundes bleiben würden. Aber sie seien durch eine Einigkeit ausgeglichen, wie sie noch auf keiner früheren Generalversammlung geherrscht habe. Namentlich die erfreuliche Einstimmigkeit bei Annahme des neuen Statuts werde nicht nur auf alle Mitglieder, sondern auch auf die offenen und versteckten Gegner des Bundes bedeutend einwirken. Mit dem Wunsche, daß die reiche und gewissenhafte Arbeit der Delegierten zum Wohle der ganzen Kollegenschaft ausfallen möge, schloß der Vorsitzende die Generalversammlung.

Der Antrag Dresden wurde angenommen. Die Mitgliedschaft Wauern beantragte Schaffung eines Kommentars zum Statut, welcher die Unklarheiten desselben beseitigt und eine einheitliche Auslegung der statutarischen Bestimmungen gewährleistet. Der Vorstand erklärte, er werde dem Antrage nachkommen.

Es folgte die Wahl des Ortes, an dem die nächste Generalversammlung abgehalten werden soll. Gewählt wurde München.

Lange-Berlin, der Bundessekretär, teilte mit, daß von der jetzt abgetrennten Gewerkschaftsklasse circa 100 000 M. beim Spar- und Bauverein Berlin durchaus sicher angelegt seien. Er beantragte, das Kapital auf den Namen der Bundeskasse umzuschreiben. Der Antrag wurde angenommen.

Als Publikationsorgan für den Bund soll die „Graphische Presse“ benutzt werden. Die Tagesordnung war hiermit erledigt.

Wauern-Stuttgart sprach dem Bureau für seine umsichtige Geschäftsleitung und den hannoverschen Kollegen für das Arrangement der Generalversammlung und die freundliche Aufnahme den besten Dank der Delegierten aus.

Der Vorsitzende Lange, brante, die Generalversammlung habe elastisch gezeitigt, wie notwendig sie gewesen sei. Anfangs habe es so ausgesehen, als ob nicht unerhebliche Differenzen zwischen den Delegierten hinsichtlich der Umgestaltung des Bundes bleiben würden. Aber sie seien durch eine Einigkeit ausgeglichen, wie sie noch auf keiner früheren Generalversammlung geherrscht habe. Namentlich die erfreuliche Einstimmigkeit bei Annahme des neuen Statuts werde nicht nur auf alle Mitglieder, sondern auch auf die offenen und versteckten Gegner des Bundes bedeutend einwirken. Mit dem Wunsche, daß die reiche und gewissenhafte Arbeit der Delegierten zum Wohle der ganzen Kollegenschaft ausfallen möge, schloß der Vorsitzende die Generalversammlung.

Der Antrag Dresden wurde angenommen. Die Mitgliedschaft Wauern beantragte Schaffung eines Kommentars zum Statut, welcher die Unklarheiten desselben beseitigt und eine einheitliche Auslegung der statutarischen Bestimmungen gewährleistet. Der Vorstand erklärte, er werde dem Antrage nachkommen.

Es folgte die Wahl des Ortes, an dem die nächste Generalversammlung abgehalten werden soll. Gewählt wurde München.

Lange-Berlin, der Bundessekretär, teilte mit, daß von der jetzt abgetrennten Gewerkschaftsklasse circa 100 000 M. beim Spar- und Bauverein Berlin durchaus sicher angelegt seien. Er beantragte, das Kapital auf den Namen der Bundeskasse umzuschreiben. Der Antrag wurde angenommen.

Als Publikationsorgan für den Bund soll die „Graphische Presse“ benutzt werden. Die Tagesordnung war hiermit erledigt.

Wauern-Stuttgart sprach dem Bureau für seine umsichtige Geschäftsleitung und den hannoverschen Kollegen für das Arrangement der Generalversammlung und die freundliche Aufnahme den besten Dank der Delegierten aus.

Der Vorsitzende Lange, brante, die Generalversammlung habe elastisch gezeitigt, wie notwendig sie gewesen sei. Anfangs habe es so ausgesehen, als ob nicht unerhebliche Differenzen zwischen den Delegierten hinsichtlich der Umgestaltung des Bundes bleiben würden. Aber sie seien durch eine Einigkeit ausgeglichen, wie sie noch auf keiner früheren Generalversammlung geherrscht habe. Namentlich die erfreuliche Einstimmigkeit bei Annahme des neuen Statuts werde nicht nur auf alle Mitglieder, sondern auch auf die offenen und versteckten Gegner des Bundes bedeutend einwirken. Mit dem Wunsche, daß die reiche und gewissenhafte Arbeit der Delegierten zum Wohle der ganzen Kollegenschaft ausfallen möge, schloß der Vorsitzende die Generalversammlung.

oder vorher die heute bestehende Beschränkung des Koalitionsrechtes und die gegen die Gewerkschaften geübte reaktionäre Polizeipraxis beseitigt wird. Der Kongress fordert deshalb, daß das öffentliche Gewerkschaftsrecht zunächst zeitweilig umgestaltet und dem Kulturzustande angepaßt, und dann das zivile Gewerkschaftsrecht ausgebaut wird.

Aus den zuletzt angeführten Gründen müßte jeder Gesetzentwurf, der ähnliche reaktionäre Bestimmungen enthält, wie der dem letzten Reichstage vorgelegte, abgelehnt werden. Derartige Gesetze würden der Willkür der Unternehmer, sowie der politischen Schikanierung Tür und Tor öffnen. Auch aus zivil- und privatrechtlichen Gründen würde in Ansehung unserer heutigen Rechtsprechung, die der Senefelder-Bund zu kennen heutzutage Gelegenheit hatte, ein derartiger Gesetzentwurf zu verwerfen sein.

Angenommen wurde auch der folgende Antrag Wülfinger: Der Hauptvorstand wird ermächtigt, auf Kosten des Bundes einige tüchtige Kollegen an den Unterrichtsursen der Generalkommission teilnehmen zu lassen.

Die Mitgliedschaft Lübeck stellte folgenden Antrag: Auf dem nächsten Gewerkschaftskongress ist folgender Antrag zu stellen: Bei größeren Ausperrungen, wo die Generalkommission das finanzielle Eingreifen sämtlicher organisierten Arbeiter für nötig hält, ist anstatt der Sammellisten eine wöchentliche Kopfstener für sämtliche organisierten Arbeiter in den Gewerkschaften aufzuschreiben.

Der Antrag wurde angenommen. Auf Antrag Sillier sollen zum Gewerkschaftskongress statt 2 in Zukunft 3 Delegierte geschickt werden, und zwar ein Mitglied des Hauptvorstandes, des Ausschusses und der Redakteur des Verbandsorgans.

Im Laufe dieses Jahres soll in Stuttgart ein Internationaler Arbeiterkongress abgehalten werden. Müller-Berlin wies auf die eminente Bedeutung des Kongresses hin. Alle Arbeiter der Welt seien einig in dem Bestreben, die Lohnsklaverei zu beseitigen und ein menschenwürdiges Dasein in einer neuen, freien Gesellschaft zu schaffen.

Ein Antrag, ein Mitglied des Hauptvorstandes zum Kongress als Delegierten zu entsenden, wurde angenommen.

Sillier-Berlin referierte über den letzten Internationalen Lithographenkongress in Mailand und bedauerte, daß die Uebereiser so unfähig gewesen seien. Beschlossen wurde, zum nächsten Kongress in Kopenhagen drei Delegierte zu entsenden, und zwar ein Mitglied des Hauptvorstandes, ein Mitglied des Ausschusses und den Redakteur des Verbandsorgans.

Es begann nun die Beratung des Statuts der Gewerkschaftskasse. H. Müller-Berlin berichtet über die Vorschläge der Kommission für die Gestaltung des Statuts.

Unter Abänderung eines Vorschlages der Kommission wird auf Antrag Sillier der Titel des Verbandes wie folgt festgesetzt: Verband der Lithographen, Steinbruder und verwandter Berufe. (Deutscher Senefelder-Bund.)

H. Müller-Berlin trug die von der Statutenkommission vorgeschlagenen Abänderungen des alten Statuts, soweit es sich auf gewerkschaftliche Zwecke bezieht, vor. Die Anträge wurden in der Mehrheit angenommen.

Nach § 1 bezweckt der Verband die Vertretung der gewerblichen sowie die Förderung der geistigen und materiellen Interessen seiner Mitglieder. Er besteht aus folgenden drei Klassen: 1. Gewerkschaftskasse, 2. Allgemeine Unterstüthungs- und Erbverlässe, 3. Invaliden- und Witwenkasse. Die Unterstüthungen bei Krankheits- und Wunden betragen wöchentlich drei Viertel des Lohnes. Neu ist hier die Bestimmung, daß es unter drei vollen Arbeitstagen keine Unterstüthung gibt. — Im § 45 ist neu der folgende Passus: Vorstand und Ausschuss sind berechtigt, auf der Grundlage eines Gegenseitigkeitsvertrages die in den Klassen 2 und 3 genannten Unterstüthungen einer anderen Organisation zu übertragen. Sind Mitglieder des Verbandes schon vor Abschluß des Vertrages Mitglied der in Frage kommenden Organisation gewesen, so findet der Gegenseitigkeitsvertrag auch auf sie Anwendung.

Im Streikreglement wurden zwei Klassen von Unterstüthungen geschaffen. Mitglieder, die mehr als 26 Wochenbeiträge zahlten, erhalten höchstens: Ledige 14 M., Verheiratete 17 M.; Mitglieder, die weniger zahlten, erhalten höchstens: Ledige 12 M., Verheiratete 15 M. In jedem Falle wird noch für jedes Kind 1 M. gezahlt. Bei nur dreitägigem Streik fällt die Unterstüthung aus.

Das Statut wurde schließlich einstimmig genehmigt. Den Delegierten werden die sämtlichen Abänderungen als Material für die Berichterstattung zugeandt.

Nach den Uebergangsbestimmungen bleiben die Mitglieder bis zum Inkrafttreten des mit dem Deutschen Senefelder-Bund abzuschließenden Gegenseitigkeitsvertrages von den Beiträgen zur Allgemeinen Unterstüthungs- und Invaliden- und Witwenkasse befreit.

Der Berliner Vorschlag zur Grundlage des Gegenseitigkeitsvertrages wurde angenommen. Hiernach überträgt der Verband die Durchführung der Unterstüthung seiner Mitglieder dem Deutschen Senefelder-Bund.

(Folgen die Unterstüthungen der Allgemeinen Unterstüthungs- und der Invaliden- und Witwenkasse.) Es heißt dann in einer angenommenen Resolution weiter: Die Generalversammlung beschließt:

„Soll das Fortbestehen des Bundes in Frage gestellt wird und dieser sich genötigt sieht, zu liquidieren, so verpflichtet sich die Gewerkschaftsorganisation, allen in die Gewerkschaft über tretenden ehemaligen Bundesmitgliedern die im Bunde zurückgelegten Karenzzeiten voll anzurechnen. Sie verpflichtet sich weiter, allen Invaliden und Kranken, die noch bezugsberechtigt sind, wenn das Vermögen des Bundes aufgebraucht ist, Kranken-, Witwen- und Invalidenunterstüthung nach den statutarischen Bestimmungen des Verbandes aus Verbandsmitteln weiter zu gewähren. Den nur-Krankenassistentenmitgliedern des Bundes steht der Beitritt in die betreffende Klasse der Gewerkschaft ohne Zwang zur Mitgliedschaft in den anderen Klassen offen.“

Zur Annahme gelangte auch der folgende Dringlichkeitsantrag: Solche Bundesmitglieder, die nach den Beschlüssen der 13. (Berliner) Generalversammlung am 1. April 1907 Mitglied der Gewerkschaftskasse des Bundes sein müßten, in die selbstständige Gewerkschaft jedoch nicht eingetreten sind, müssen, wenn sie auf Grund der vorstehenden Bestimmungen nach erfolgter Liquidation des Senefelder-Bundes die Mitgliedschaft des Verbandes erwerben, die inzwischen fällig gewordenen Gewerkschaftskassenbeiträge des Verbandes nachzahlen.

Beschlossen wurde, den Sitz der Kommission von Frankfurt a. M. nach Leipzig zu verlegen. Der Sitz der Redaktion soll in Zukunft am Orte des Hauptvorstandes sein. Es wurde beschlossen, den Hauptvorstand mit der Ausschreibung der Stelle zu beauftragen. Der Hauptvorstand soll dann in Verbindung mit dem Ausschuss eine geeignete tüchtige Kraft engagieren.

Als Sitz des Hauptvorstandes wurde Berlin, als Sitz des Ausschusses Dresden gewählt.

In den Hauptvorstand wurden gewählt Sillier-Berlin als Vorsitzender, Drall-Berlin als Kassierer und Obier, der bisherige Redakteur der „Graphischen Presse“, als Sekretär. Die Genannten nahmen die Wahl dankend an.

Sillier hat die Delegierten, den Hauptvorstand treu zu unterstützen. Wenn Schwierigkeiten von den Gegnern dem neuen Verbande bereitet würden, so sollten die Mitglieder wie ein Mann zusammenstehen. Die Gegner dürften kein schlechtes Wort über die Neuorganisation sagen, denn sie selbst seien es gewesen, welche den Kampf aufgezwungen, den Frieden zerstört hätten. Mit freudiger Stimmung konnten Vorstand und Mitglieder mit festgeschlossenen Gliedern in die neue Organisation eintreten (Beifall.)

Es wurden noch einige allgemeine Anträge beraten. Die Mitgliedschaften Aachen, Rheidt, Bonn, Düsseldorf, Köln und Elberfeld wünschten die Anstellung eines besoldeten Bezirksleiters für Rheinland und Westfalen. Welche Ansprüche werden für Schlesien und Posen, für Hamburg und Dresden erhoben. Insbesondere die Vertreter aus Rheinland und Westfalen warnten vor der außerordentlich regen und strupplos betriebenen Agitation der christlichen Gewerkschaften, für die auch die Geistlichen eintreten. Geistliche Lieben zu den Eltern der Ausgeleiteten, schimpften auf die sozialdemokratische Organisation und versuchten, die jungen Leute für ihren christlichen Verband einzufangen. Angesichts der Anstrengungen der Gegner, die nach der Trennung im Senefelder-Bund erst recht Deute zu machen hoffen, tue Hilfe not. Ein tüchtiger, energischer Agitator des Verbandes werde viel nützen, viel retten können. Gleiches gelte für Schlesien.

Ulrich-Hamburg erklärte, in Hamburg sei die Arbeit für die Verwaltung zu groß. Sie müßten einen besoldeten Lokalbeamten für die Zahlstelle haben. Viel Geld gehe beim Kassieren nicht ein, weil man keine Statistik habe machen können und oft nicht wisse, wo die Mitglieder wohnen.

Auf Antrag Lange wurde die folgende Resolution angenommen: Die Generalversammlung erklärt, daß neue Beamtenstellen zu schaffen sind. Mit der Ausschreibung werden Hauptvorstand und Ausschuss beauftragt, wobei die hier gestellten Anträge zu berücksichtigen sind. In erster Linie sind Rheinland und Schlesien vorzuziehen.

Der Kongress war jetzt am Ende seiner Arbeiten angekommen. Der Vorsitzende Lange warf einen Rückblick auf die von den Delegierten während einer ganzen Woche geleistete große Arbeit. Das Beste habe sie für die Kollegenschaft Deutschlands erreicht, erzielen, schaffen wollen. Zu bewundern sei es, wie einmütig die beiden Statuten beschlossen worden seien. Man habe sich auf dem richtigen Wege befunden, um die Kollegenschaft vorwärts zu bringen. Die Delegierten könnten jetzt die dräuenden Gefahren ablegen und sich auf den Weg machen, was in den beiden Generalversammlungen geleistet worden sei. Quertreiber hätten den Weg, auf dem die Arbeiter sich die Verbesserung ihrer sozialen Lage erkämpfen könnten, versperrt wollen. Nur kurze Zeit sei es möglich gewesen. Der Weg, der zum sicheren Siege führe, sei wieder frei. Die beiden Generalversammlungen seien die denkwürdigsten Momente während der Bewegung gewesen. Mit einem donnernden Hoch auf den neuen gewerkschaftlichen Verband wurde der Kongress geschlossen. Bevor die Delegierten den Saal verließen, sangen sie begeistert die Arbeitermarxhymne.

Der Kongress war jetzt am Ende seiner Arbeiten angekommen. Der Vorsitzende Lange warf einen Rückblick auf die von den Delegierten während einer ganzen Woche geleistete große Arbeit. Das Beste habe sie für die Kollegenschaft Deutschlands erreicht, erzielen, schaffen wollen. Zu bewundern sei es, wie einmütig die beiden Statuten beschlossen worden seien. Man habe sich auf dem richtigen Wege befunden, um die Kollegenschaft vorwärts zu bringen. Die Delegierten könnten jetzt die dräuenden Gefahren ablegen und sich auf den Weg machen, was in den beiden Generalversammlungen geleistet worden sei. Quertreiber hätten den Weg, auf dem die Arbeiter sich die Verbesserung ihrer sozialen Lage erkämpfen könnten, versperrt wollen. Nur kurze Zeit sei es möglich gewesen. Der Weg, der zum sicheren Siege führe, sei wieder frei. Die beiden Generalversammlungen seien die denkwürdigsten Momente während der Bewegung gewesen. Mit einem donnernden Hoch auf den neuen gewerkschaftlichen Verband wurde der Kongress geschlossen. Bevor die Delegierten den Saal verließen, sangen sie begeistert die Arbeitermarxhymne.

Auf Antrag Lange wurde die folgende Resolution angenommen: Die Generalversammlung erklärt, daß neue Beamtenstellen zu schaffen sind. Mit der Ausschreibung werden Hauptvorstand und Ausschuss beauftragt, wobei die hier gestellten Anträge zu berücksichtigen sind. In erster Linie sind Rheinland und Schlesien vorzuziehen.

Der Kongress war jetzt am Ende seiner Arbeiten angekommen. Der Vorsitzende Lange warf einen Rückblick auf die von den Delegierten während einer ganzen Woche geleistete große Arbeit. Das Beste habe sie für die Kollegenschaft Deutschlands erreicht, erzielen, schaffen wollen. Zu bewundern sei es, wie einmütig die beiden Statuten beschlossen worden seien. Man habe sich auf dem richtigen Wege befunden, um die Kollegenschaft vorwärts zu bringen. Die Delegierten könnten jetzt die dräuenden Gefahren ablegen und sich auf den Weg machen, was in den beiden Generalversammlungen geleistet worden sei. Quertreiber hätten den Weg, auf dem die Arbeiter sich die Verbesserung ihrer sozialen Lage erkämpfen könnten, versperrt wollen. Nur kurze Zeit sei es möglich gewesen. Der Weg, der zum sicheren Siege führe, sei wieder frei. Die beiden Generalversammlungen seien die denkwürdigsten Momente während der Bewegung gewesen. Mit einem donnernden Hoch auf den neuen gewerkschaftlichen Verband wurde der Kongress geschlossen. Bevor die Delegierten den Saal verließen, sangen sie begeistert die Arbeitermarxhymne.

Auf Antrag Lange wurde die folgende Resolution angenommen: Die Generalversammlung erklärt, daß neue Beamtenstellen zu schaffen sind. Mit der Ausschreibung werden Hauptvorstand und Ausschuss beauftragt, wobei die hier gestellten Anträge zu berücksichtigen sind. In erster Linie sind Rheinland und Schlesien vorzuziehen.

Der Kongress war jetzt am Ende seiner Arbeiten angekommen. Der Vorsitzende Lange warf einen Rückblick auf die von den Delegierten während einer ganzen Woche geleistete große Arbeit. Das Beste habe sie für die Kollegenschaft Deutschlands erreicht, erzielen, schaffen wollen. Zu bewundern sei es, wie einmütig die beiden Statuten beschlossen worden seien. Man habe sich auf dem richtigen Wege befunden, um die Kollegenschaft vorwärts zu bringen. Die Delegierten könnten jetzt die dräuenden Gefahren ablegen und sich auf den Weg machen, was in den beiden Generalversammlungen geleistet worden sei. Quertreiber hätten den Weg, auf dem die Arbeiter sich die Verbesserung ihrer sozialen Lage erkämpfen könnten, versperrt wollen. Nur kurze Zeit sei es möglich gewesen. Der Weg, der zum sicheren Siege führe, sei wieder frei. Die beiden Generalversammlungen seien die denkwürdigsten Momente während der Bewegung gewesen. Mit einem donnernden Hoch auf den neuen gewerkschaftlichen Verband wurde der Kongress geschlossen. Bevor die Delegierten den Saal verließen, sangen sie begeistert die Arbeitermarxhymne.

Auf Antrag Lange wurde die folgende Resolution angenommen: Die Generalversammlung erklärt, daß neue Beamtenstellen zu schaffen sind. Mit der Ausschreibung werden Hauptvorstand und Ausschuss beauftragt, wobei die hier gestellten Anträge zu berücksichtigen sind. In erster Linie sind Rheinland und Schlesien vorzuziehen.

Der Kongress war jetzt am Ende seiner Arbeiten angekommen. Der Vorsitzende Lange warf einen Rückblick auf die von den Delegierten während einer ganzen Woche geleistete große Arbeit. Das Beste habe sie für die Kollegenschaft Deutschlands erreicht, erzielen, schaffen wollen. Zu bewundern sei es, wie einmütig die beiden Statuten beschlossen worden seien. Man habe sich auf dem richtigen Wege befunden, um die Kollegenschaft vorwärts zu bringen. Die Delegierten könnten jetzt die dräuenden Gefahren ablegen und sich auf den Weg machen, was in den beiden Generalversammlungen geleistet worden sei. Quertreiber hätten den Weg, auf dem die Arbeiter sich die Verbesserung ihrer sozialen Lage erkämpfen könnten, versperrt wollen. Nur kurze Zeit sei es möglich gewesen. Der Weg, der zum sicheren Siege führe, sei wieder frei. Die beiden Generalversammlungen seien die denkwürdigsten Momente während der Bewegung gewesen. Mit einem donnernden Hoch auf den neuen gewerkschaftlichen Verband wurde der Kongress geschlossen. Bevor die Delegierten den Saal verließen, sangen sie begeistert die Arbeitermarxhymne.

Auf Antrag Lange wurde die folgende Resolution angenommen: Die Generalversammlung erklärt, daß neue Beamtenstellen zu schaffen sind. Mit der Ausschreibung werden Hauptvorstand und Ausschuss beauftragt, wobei die hier gestellten Anträge zu berücksichtigen sind. In erster Linie sind Rheinland und Schlesien vorzuziehen.

Der Kongress war jetzt am Ende seiner Arbeiten angekommen. Der Vorsitzende Lange warf einen Rückblick auf die von den Delegierten während einer ganzen Woche geleistete große Arbeit. Das Beste habe sie für die Kollegenschaft Deutschlands erreicht, erzielen, schaffen wollen. Zu bewundern sei es, wie einmütig die beiden Statuten beschlossen worden seien. Man habe sich auf dem richtigen Wege befunden, um die Kollegenschaft vorwärts zu bringen. Die Delegierten könnten jetzt die dräuenden Gefahren ablegen und sich auf den Weg machen, was in den beiden Generalversammlungen geleistet worden sei. Quertreiber hätten den Weg, auf dem die Arbeiter sich die Verbesserung ihrer sozialen Lage erkämpfen könnten, versperrt wollen. Nur kurze Zeit sei es möglich gewesen. Der Weg, der zum sicheren Siege führe, sei wieder frei. Die beiden Generalversammlungen seien die denkwürdigsten Momente während der Bewegung gewesen. Mit einem donnernden Hoch auf den neuen gewerkschaftlichen Verband wurde der Kongress geschlossen. Bevor die Delegierten den Saal verließen, sangen sie begeistert die Arbeitermarxhymne.

Auf Antrag Lange wurde die folgende Resolution angenommen: Die Generalversammlung erklärt, daß neue Beamtenstellen zu schaffen sind. Mit der Ausschreibung werden Hauptvorstand und Ausschuss beauftragt, wobei die hier gestellten Anträge zu berücksichtigen sind. In erster Linie sind Rheinland und Schlesien vorzuziehen.

Der Kongress war jetzt am Ende seiner Arbeiten angekommen. Der Vorsitzende Lange warf einen Rückblick auf die von den Delegierten während einer ganzen Woche geleistete große Arbeit. Das Beste habe sie für die Kollegenschaft Deutschlands erreicht, erzielen, schaffen wollen. Zu bewundern sei es, wie einmütig die beiden Statuten beschlossen worden seien. Man habe sich auf dem richtigen Wege befunden, um die Kollegenschaft vorwärts zu bringen. Die Delegierten könnten jetzt die dräuenden Gefahren ablegen und sich auf den Weg machen, was in den beiden Generalversammlungen geleistet worden sei. Quertreiber hätten den Weg, auf dem die Arbeiter sich die Verbesserung ihrer sozialen Lage erkämpfen könnten, versperrt wollen. Nur kurze Zeit sei es möglich gewesen. Der Weg, der zum sicheren Siege führe, sei wieder frei. Die beiden Generalversammlungen seien die denkwürdigsten Momente während der Bewegung gewesen. Mit einem donnernden Hoch auf den neuen gewerkschaftlichen Verband wurde der Kongress geschlossen. Bevor die Delegierten den Saal verließen, sangen sie begeistert die Arbeitermarxhymne.

Auf Antrag Lange wurde die folgende Resolution angenommen: Die Generalversammlung erklärt, daß neue Beamtenstellen zu schaffen sind. Mit der Ausschreibung werden Hauptvorstand und Ausschuss beauftragt, wobei die hier gestellten Anträge zu berücksichtigen sind. In erster Linie sind Rheinland und Schlesien vorzuziehen.

Der Kongress war jetzt am Ende seiner Arbeiten angekommen. Der Vorsitzende Lange warf einen Rückblick auf die von den Delegierten während einer ganzen Woche geleistete große Arbeit. Das Beste habe sie für die Kollegenschaft Deutschlands erreicht, erzielen, schaffen wollen. Zu bewundern sei es, wie einmütig die beiden Statuten beschlossen worden seien. Man habe sich auf dem richtigen Wege befunden, um die Kollegenschaft vorwärts zu bringen. Die Delegierten könnten jetzt die dräuenden Gefahren ablegen und sich auf den Weg machen, was in den beiden Generalversammlungen geleistet worden sei. Quertreiber hätten den Weg, auf dem die Arbeiter sich die Verbesserung ihrer sozialen Lage erkämpfen könnten, versperrt wollen. Nur kurze Zeit sei es möglich gewesen. Der Weg, der zum sicheren Siege führe, sei wieder frei. Die beiden Generalversammlungen seien die denkwürdigsten Momente während der Bewegung gewesen. Mit einem donnernden Hoch auf den neuen gewerkschaftlichen Verband wurde der Kongress geschlossen. Bevor die Delegierten den Saal verließen, sangen sie begeistert die Arbeitermarxhymne.

Auf Antrag Lange wurde die folgende Resolution angenommen: Die Generalversammlung erklärt, daß neue Beamtenstellen zu schaffen sind. Mit der Ausschreibung werden Hauptvorstand und Ausschuss beauftragt, wobei die hier gestellten Anträge zu berücksichtigen sind. In erster Linie sind Rheinland und Schlesien vorzuziehen.

Der Kongress war jetzt am Ende seiner Arbeiten angekommen. Der Vorsitzende Lange warf einen Rückblick auf die von den Delegierten während einer ganzen Woche geleistete große Arbeit. Das Beste habe sie für die Kollegenschaft Deutschlands erreicht, erzielen, schaffen wollen. Zu bewundern sei es, wie einmütig die beiden Statuten beschlossen worden seien. Man habe sich auf dem richtigen Wege befunden, um die Kollegenschaft vorwärts zu bringen. Die Delegierten könnten jetzt die dräuenden Gefahren ablegen und sich auf den Weg machen, was in den beiden Generalversammlungen geleistet worden sei. Quertreiber hätten den Weg, auf dem die Arbeiter sich die Verbesserung ihrer sozialen Lage erkämpfen könnten, versperrt wollen. Nur kurze Zeit sei es möglich gewesen. Der Weg, der zum sicheren Siege führe, sei wieder frei. Die beiden Generalversammlungen seien die denkwürdigsten Momente während der Bewegung gewesen. Mit einem donnernden Hoch auf den neuen gewerkschaftlichen Verband wurde der Kongress geschlossen. Bevor die Delegierten den Saal verließen, sangen sie begeistert die Arbeitermarxhymne.

Auf Antrag Lange wurde die folgende Resolution angenommen: Die Generalversammlung erklärt, daß neue Beamtenstellen zu schaffen sind. Mit der Ausschreibung werden Hauptvorstand und Ausschuss beauftragt, wobei die hier gestellten Anträge zu berücksichtigen sind. In erster Linie sind Rheinland und Schlesien vorzuziehen.

Der Kongress war jetzt am Ende seiner Arbeiten angekommen. Der Vorsitzende Lange warf einen Rückblick auf die von den Delegierten während einer ganzen Woche geleistete große Arbeit. Das Beste habe sie für die Kollegenschaft Deutschlands erreicht, erzielen, schaffen wollen. Zu bewundern sei es, wie einmütig die beiden Statuten beschlossen worden seien. Man habe sich auf dem richtigen Wege befunden, um die Kollegenschaft vorwärts zu bringen. Die Delegierten könnten jetzt die dräuenden Gefahren ablegen und sich auf den Weg machen, was in den beiden Generalversammlungen geleistet worden sei. Quertreiber hätten den Weg, auf dem die Arbeiter sich die Verbesserung ihrer sozialen Lage erkämpfen könnten, versperrt wollen. Nur kurze Zeit sei es möglich gewesen. Der Weg, der zum sicheren Siege führe, sei wieder frei. Die beiden Generalversammlungen seien die denkwürdigsten Momente während der Bewegung gewesen. Mit einem donnernden Hoch auf den neuen gewerkschaftlichen Verband wurde der Kongress geschlossen. Bevor die Delegierten den Saal verließen, sangen sie begeistert die Arbeitermarxhymne.

Auf Antrag Lange wurde die folgende Resolution angenommen: Die Generalversammlung erklärt, daß neue Beamtenstellen zu schaffen sind. Mit der Ausschreibung werden Hauptvorstand und Ausschuss beauftragt, wobei die hier gestellten Anträge zu berücksichtigen sind. In erster Linie sind Rheinland und Schlesien vorzuziehen.

Der Kongress war jetzt am Ende seiner Arbeiten angekommen. Der Vorsitzende Lange warf einen Rückblick auf die von den Delegierten während einer ganzen Woche geleistete große Arbeit. Das Beste habe sie für die Kollegenschaft Deutschlands erreicht, erzielen, schaffen wollen. Zu bewundern sei es, wie einmütig die beiden Statuten beschlossen worden seien. Man habe sich auf dem richtigen Wege befunden, um die Kollegenschaft vorwärts zu bringen. Die Delegierten könnten jetzt die dräuenden Gefahren ablegen und sich auf den Weg machen, was in den beiden Generalversammlungen geleistet worden sei. Quertreiber hätten den Weg, auf dem die Arbeiter sich die Verbesserung ihrer sozialen Lage erkämpfen könnten, versperrt wollen. Nur kurze Zeit sei es möglich gewesen. Der Weg, der zum sicheren Siege führe, sei wieder frei. Die beiden Generalversammlungen seien die denkwürdigsten Momente während der Bewegung gewesen. Mit einem donnernden Hoch auf den neuen gewerkschaftlichen Verband wurde der Kongress geschlossen. Bevor die Delegierten den Saal verließen, sangen sie begeistert die Arbeitermarxhymne.

Auf Antrag Lange wurde die folgende Resolution angenommen: Die Generalversammlung erklärt, daß neue Beamtenstellen zu schaffen sind. Mit der Ausschreibung werden Hauptvorstand und Ausschuss beauftragt, wobei die hier gestellten Anträge zu berücksichtigen sind. In erster Linie sind Rheinland und Schlesien vorzuziehen.

Der Kongress war jetzt am Ende seiner Arbeiten angekommen. Der Vorsitzende Lange warf einen Rückblick auf die von den Delegierten während einer ganzen Woche geleistete große Arbeit. Das Beste habe sie für die Kollegenschaft Deutschlands erreicht, erzielen, schaffen wollen. Zu bewundern sei es, wie einmütig die beiden Statuten beschlossen worden seien. Man habe sich auf dem richtigen Wege befunden, um die Kollegenschaft vorwärts zu bringen. Die Delegierten könnten jetzt die dräuenden Gefahren ablegen und sich auf den Weg machen, was in den beiden Generalversammlungen geleistet worden sei. Quertreiber hätten den Weg, auf dem die Arbeiter sich die Verbesserung ihrer sozialen Lage erkämpfen könnten, versperrt wollen. Nur kurze Zeit sei es möglich gewesen. Der Weg, der zum sicheren Siege führe, sei wieder frei. Die beiden Generalversammlungen seien die denkwürdigsten Momente während der Bewegung gewesen. Mit einem donnernden Hoch auf den neuen gewerkschaftlichen Verband wurde der Kongress geschlossen. Bevor die Delegierten den Saal verließen, sangen sie begeistert die Arbeitermarxhymne.

Auf Antrag Lange wurde die folgende Resolution angenommen: Die Generalversammlung erklärt, daß neue Beamtenstellen zu schaffen sind. Mit der Ausschreibung werden Hauptvorstand und Ausschuss beauftragt, wobei die hier gestellten Anträge zu berücksichtigen sind. In erster Linie sind Rheinland und Schlesien vorzuziehen.

Der Kongress war jetzt am Ende seiner Arbeiten angekommen. Der Vorsitzende Lange warf einen Rückblick auf die von den Delegierten während einer ganzen Woche geleistete große Arbeit. Das Beste habe sie für die Kollegenschaft Deutschlands erreicht, erzielen, schaffen wollen. Zu bewundern sei es, wie einmütig die beiden Statuten beschlossen worden seien. Man habe sich auf dem richtigen Wege befunden, um die Kollegenschaft vorwärts zu bringen. Die Delegierten könnten jetzt die dräuenden Gefahren ablegen und sich auf den Weg machen, was in den beiden Generalversammlungen geleistet worden sei. Quertreiber hätten den Weg, auf dem die Arbeiter sich die Verbesserung ihrer sozialen Lage erkämpfen könnten, versperrt wollen. Nur kurze Zeit sei es möglich gewesen. Der Weg, der zum sicheren Siege führe, sei wieder frei. Die beiden Generalversammlungen seien die denkwürdigsten Momente während der Bewegung gewesen. Mit einem donnernden Hoch auf den neuen gewerkschaftlichen Verband wurde der Kongress geschlossen. Bevor die Delegierten den Saal verließen, sangen sie begeistert die Arbeitermarxhymne.

Auf Antrag Lange wurde die folgende Resolution angenommen: Die Generalversammlung erklärt, daß neue Beamtenstellen zu schaffen sind. Mit der Ausschreibung werden Hauptvorstand und Ausschuss beauftragt, wobei die hier gestellten Anträge zu berücksichtigen sind. In erster Linie sind Rheinland und Schlesien vorzuziehen.

Der Kongress war jetzt am Ende seiner Arbeiten angekommen. Der Vorsitzende Lange warf einen Rückblick auf die von den Delegierten während einer ganzen Woche geleistete große Arbeit. Das Beste habe sie für die Kollegenschaft Deutschlands erreicht, erzielen, schaffen wollen. Zu bewundern sei es, wie einmütig die beiden Statuten beschlossen worden seien. Man habe sich auf dem richtigen Wege befunden, um die Kollegenschaft vorwärts zu bringen. Die Delegierten könnten jetzt die dräuenden Gefahren ablegen und sich auf den Weg machen, was in den beiden Generalversammlungen geleistet worden sei. Quertreiber hätten den Weg, auf dem die Arbeiter sich die Verbesserung ihrer sozialen Lage erkämpfen könnten, versperrt wollen. Nur kurze Zeit sei es möglich gewesen. Der Weg, der zum sicheren Siege führe, sei wieder frei. Die beiden Generalversammlungen seien die denkwürdigsten Momente während der Bewegung gewesen. Mit einem donnernden Hoch auf den neuen gewerkschaftlichen Verband wurde der Kongress geschlossen. Bevor die Delegierten den Saal verließen, sangen sie begeistert die Arbeitermarxhymne.

Auf Antrag Lange wurde die folgende Resolution angenommen: Die Generalversammlung erklärt, daß neue Beamtenstellen zu schaffen sind. Mit der Ausschreibung werden Hauptvorstand und Ausschuss beauftragt, wobei die hier gestellten Anträge zu berücksichtigen sind. In erster Linie sind Rheinland und Schlesien vorzuziehen.

Der Kongress war jetzt am Ende seiner Arbeiten angekommen. Der Vorsitzende Lange warf einen Rückblick auf die von den Delegierten während einer ganzen Woche geleistete große Arbeit. Das Beste habe sie für die Kollegenschaft Deutschlands erreicht, erzielen, schaffen wollen. Zu bewundern sei es, wie einmütig die beiden Statuten beschlossen worden seien. Man habe sich auf dem richtigen Wege befunden, um die Kollegenschaft vorwärts zu bringen. Die Delegierten könnten jetzt die dräuenden Gefahren ablegen und sich auf den Weg machen, was in den beiden Generalversammlungen geleistet worden sei. Quertreiber hätten den Weg, auf dem die Arbeiter sich die Verbesserung ihrer sozialen Lage erkämpfen könnten, versperrt wollen. Nur kurze Zeit sei es möglich gewesen. Der Weg, der zum sicheren Siege führe, sei wieder frei. Die beiden Generalversammlungen seien die denkwürdigsten Momente während der Bewegung gewesen. Mit einem donnernden Hoch auf den neuen gewerkschaftlichen Verband wurde der Kongress geschlossen. Bevor die Delegierten den Saal verließen, sangen sie begeistert die Arbeitermarxhymne.

Auf Antrag Lange wurde die folgende Resolution angenommen: Die Generalversammlung erklärt, daß neue Beamtenstellen zu schaffen sind. Mit der Ausschreibung werden Hauptvorstand und Ausschuss beauftragt, wobei die hier gestellten Anträge zu berücksichtigen sind. In erster Linie sind Rheinland und Schlesien vorzuziehen.

Der Kongress war jetzt am Ende seiner Arbeiten angekommen. Der Vorsitzende Lange

aber auch einige Punkte der Tagesordnung für die Gewerkschaften besonders beachtenswert. Bezüglich der Delegation, wie sie für die Gewerkschaften seitens der Generalkommission angedeutet ist, schlug Redner vor, daß die 14 Delegierten, welche auf die Rauerer entfallen, wie folgt verteilt werden: 2 Vertreter des Vorstandes, 1 Vertreter des Ausschusses, 1 Mitglied der Redaktion und die übrigen 10 Delegierten Gauweise aus dem gesamten Bezirke des Verbandes. — Zum

#### Internationaler Maurer-Kongress

schlug Bömelburg vor, die Delegation so einzurichten, daß die 14 Delegierten gleichzeitig als Vertreter dieses Kongresses gelten, da beide in Stuttgart tagen werden. — Nachdem einige Redner zu der Sache gesprochen, erhielt der österreichische Delegierte Tetenkoff das Wort, der seiner Freude Ausdruck gibt, daß es den österreichischen Kollegen mit Hilfe der deutschen gelungen sei, sich eine Organisation zu schaffen, die zwar noch schwach, aber doch auf dem besten Wege sei, gut zu werden. Redner betonte die Einführung gleicher Mitgliedsbücher und setzte dann auseinander, daß die Organisationsbestrebungen in Österreich stark unter dem Nationalitätenstreit zu leiden haben. Die tschechisch-slavische Organisation mache den zentralistischen Einigungsbestrebungen erhebliche Schwierigkeiten. Es müsse ausgesprochen werden, daß auf den Kongressen nur die Angehörigen der Zentralorganisationen Zutritt hätten, dann werde mit Hilfe des „großen Bruders“ in Deutschland es auch gelingen, die föderalistischen Bestrebungen unschädlich zu machen.

Rüller-Holland überbringt die Grüße der holländischen Organisation, die allerdings noch recht klein und den Deutschen äußerst gering erscheinen möge. Von circa 17000 Maurern seien erst etwas über 1000 organisiert, dazu noch in drei Richtungen, der anarchischen mit circa 400 Mitgliedern, der christlichen mit circa 300 und der freien zentralistischen mit 700, wovon aber die Hälfte als Hilfsarbeiter in Frage kämen. Redner gab ein Bild von der Entwicklung auf industriell-ökonomischem Gebiete in Holland, das bis in die jüngste Zeit rückständig gewesen sei. Dann machte er auch der Anarchismus der Arbeiterbewegung sowie Schwierigkeiten, so daß die langsame Entwicklung der dortigen Organisationen erst kürzlich erscheinend. Der holländische Delegierte hofft, bei der nächsten Zusammenkunft ein besseres Resultat erzielen zu können, wenn ihnen der deutsche Kollege die Mithilfe am weiteren Aufbau der Organisation nicht verweigere.

Nachdem ein Schlußantrag angenommen, gab Bömelburg sowohl den holländischen wie den österreichischen Kollegen die Versicherung, daß der „große Bruder“ den beiden schwächeren zur Seite stehen werde, sobald es erforderlich sei.

Es wurde dann der Vorstandsantrag angenommen, wonach zum nächsten Gewerkschafts-Kongress 18 Delegierte nach den einzelnen Landesbezirken gewählt und 2 Vertreter des Vorstandes, ein Vertreter des Ausschusses und ein Mitglied der Redaktion entsandt werden sollen. Der Verbandstag beschloß, die Wahlen noch vom Verbandstage vorzunehmen zu lassen.

Wien, 6. April 1907.

#### Äußerer Verhandlungstag

Nach Erledigung geschäftlicher Mitteilungen referiert der Sekretär der Bauarbeiterschuss-Kommission, Heinke-Hamburg, über:

#### „Bauarbeiterschuss“

Einleitend betont Redner, daß für die Arbeiter der Baugewerbe internationale Verhandlungen herbeigeführt werden müßten bezüglich der an die Gesetzgebung zu stellenden Forderungen. Er wünschte deshalb, daß dieser Punkt mit in die Tagesordnung des in Stuttgart stattfindenden internationalen Maurer-Kongresses aufgenommen werde. Redner hält sodann einen sehr instruktiven Vortrag über die gesetzlichen Bestimmungen, die auf diesem Gebiete bestehen, dabei betonend, daß selbst die völlig unzureichenden Vorschriften auch noch nicht im engersten Maße zur Anwendung gelangten. Es sei daher dringend nötig, immer wieder auf die Regierung einzuwirken zu suchen. Der bestehende Schuß bleibe ein papierner, wenn nicht die Arbeiter drängten, daß mehr geschähe. Wenn heute manchmal an hoher Stelle schöne Worte über soziale Reformen gesprochen würden, so liege das daran, daß die Gesundheitsfürsorge auf jeden einwirkte, der sich freiwillig oder beruflich mit diesen Sachen zu befassen habe. Wie gegenständig das Institut der polizeilichen Bautenkontrolle unter Mitwirkung von Arbeiterkontrollleuten wie, z. B. Bayern. Dort sei die Zahl der Unfälle seit der Mitwirkung der Arbeiter ganz erheblich gesunken. 1902 seien in Bayern auf 1000 vollbeschäftigte Arbeiter 19,50 entschädigungspflichtige Verletzte und 1,19 tödlich Verunglückte zu verzeichnen gewesen. 1903 sei die Zahl der Verletzten auf 17,16 und die der tödlich Verunglückten auf 1,03 gesunken, 1904 auf 14,30, während die der Toten eine Steigerung auf 1,17 erfahren habe. 1905 sei ein weiteres Fallen der Unfälle auf 11,85 bzw. 0,72 zu verzeichnen. Seit der Mitwirkung der Arbeiter in der Bautenkontrolle sei demnach ein Rückgang um 7,72 Proz. in der Kategorie der Verletzten und um etwa die Hälfte in der Kategorie der Getöteten zu verzeichnen. Da hierdurch eine erhebliche Ersparnis der Entschädigungskosten einträte, so werde jetzt von verschiedenen Versicherungsgesellschaften immer mehr Gewicht auf die technische Bautenkontrolle gelegt. Das genüge indes nicht, wenn nicht gesetzliche Maßnahmen getroffen würden, die eine erhebliche Verbesserung des wägen Arbeiterstandes von heute herbeiführen könnten. In diesem Sinne empfiehlt Redner in den einzelnen Zweigvereinen Propaganda zu treiben.

Silberschmidt-Berlin referierte über:

#### „Affordarbeit“

In marxistischer, klar durchdachter Form schilderte Redner die Schädigungen, die das Affordsystem mit sich bringt und kritisierte scharf das Verhalten derjenigen, die sich immer noch nicht von dem Affordsystem trennen können, obwohl sie organisiert seien. Leider lasse sich aber mit Zwangsmaßnahmen nichts erreichen, es würde dadurch das Heer der Affordanhänger nur gestärkt. Der Inhalt des Vortrages wurde in folgender „Resolution“ zusammengefaßt:

Der 9. Verbandstag des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands ist, wie auch seine Vorgänger, von der Schädlichkeit der Affordarbeit für die Allgemeinheit und die Bauarbeiterschaft im besonderen überzeugt. Der Verbandstag hält daher eine Befreiung der Affordarbeit für notwendig und beauftragt die Zweigvereine und die Funktionäre des Verbandes, unaufgefordert an der Befreiung des Uebels zu wirken. Für die diesbezügliche Tätigkeit sollen folgende Normen gelten:

1. Befreiung in Zweigvereinsbezirken in allen oder auch nur in einzelnen Spezialbranchen Affordarbeit, so muß hier durch ständige Belehrung und Aufklärung über die Schädlichkeit der Affordarbeit auf deren Befreiung hingewirkt werden.

2. Wenn in einem Zweigvereinsbezirke die Affordarbeit nicht besteht oder durch Beschluß der Organisation verboten ist, sind solche Beschlässe von allen Angehörigen der Organisation streng einzuhalten.

3. Ferner beauftragt der Verbandstag alle Instanzen der Organisation, vornehmlich den Verbandsvorstand, die Redaktion des „Grundstein“ und die Gauvorstände, energischer wie bisher in Wort und Schrift systematisch Aufklärung über die Schäden der Affordarbeit unter den Mitgliedern zu verbreiten.

Silberschmidt, Friedrich, Horter, Jakob, Rober, Metzler. Ein drittes Referat erstattete Rober-Hamburg über:

#### „Lehrlingswesen“

Redner führte aus, daß heute von einer ordnungsgemäßen Ausbildung der Lehrlinge keine Rede sein könne. Die Tendenz der Lehrlingsausbildung gehe dahin, billige Arbeitskräfte zu haben. Selbst von einem ordnungsgemäßen Lehrverhältnis könne in großen und ganzen nicht mehr geredet werden. Da sich im Maurergewerbe bisher noch der handwerksmäßige Betrieb erhalten habe, sei es Pflicht, auf eine sachmännliche Ausbildung zu achten. Der Redner übte scharfe Kritik an dem vorherrschenden Kost- und Logiswesen in der Lehrlingsstellung, sowie an dessen Behandlung, die häufig auch seitens der Gesellen die zu wünschen übrig lasse. Auf Grund des § 128 der Gewerbeordnung könne zwar die Behörde einem Lehrmeister das Recht der Lehrlingsausbildung

entziehen, wenn die ordnungsgemäße Ausbildung der Lehrlinge leide, in der Praxis sehe die Sache aber anders aus. In irgend einer Weise müsse Remedur geschaffen werden. Da aber zu einer positiven Arbeit nach dieser Richtung noch nicht die nötigen Unterlagen vorhanden, so gelangte folgende „Resolution“ zur Annahme:

Der Vorstand der Organisation wird beauftragt, die Frage des Lehrlingswesens auf dem nächsten Verbandstage von neuem zur Erörterung zu bringen. Ferner wird der Verbandsvorstand beauftragt, dem Verbandstage Material zu unterbreiten und an der Hand desselben Vorschläge zur Verbesserung des Lehrverhältnisses zu machen.

Sodann erstattete Hüttmann-Frankfurt a. M. den Bericht der Beschwerdekommmission. Dem Verbandstage sind Beschwerden aus Lübeck, Lüneburg, Lüneburg, Berlin, Waldheim, Raumburg, Demmin, Potsdam und Briesch zugegangen. Die Beschwerdekommmission empfahl, sämtliche Beschwerden bis auf die aus Raumburg als unbegründet zurückzuweisen. Nach ausführlicher Klarlegung der Beschwerdefälle entschied der Verbandstag im Sinne der Beschwerdekommmission.

Sodann erstattete Heuse-Hamburg im Namen der Kommission zur Regelung der Gehaltsfrage Bericht. Die Kommission, in der sich 3 Angestellte und 8 nichtangestellte Delegierte befinden, geht in ihren Vorschlägen über die vom Ausschuss empfohlenen Sätze zum Teil erheblich hinaus. Die Einteilung nach 3 Gruppen bleibt bestehen, nämlich Gruppe A (Vorstandsmitglieder und Redakteure), B (Gaubeamte), C (Zweigvereinsbeamte bzw. Lokalbeamte) — für Vorstandsmitglieder und Redakteure wird ein Anfangsgehalt von 2400 M., steigend um 100 M. pro Jahr bis zum Höchstbetrage von 3000 M. vorgeschlagen, außerdem sollen der 1. Vorsitzende, 1. Kassierer und 1. Redakteur je 300 M. Repräsentationsgelder erhalten. — Für die Gaubeamten wird ein Anfangsgehalt von 2100 M., steigend um 100 M. pro Jahr bis zum Höchstbetrage von 2800 M. empfohlen. Außerdem können diese Angestellten für Wohnungsmiete in besonderen Fällen bis zu 200 M. gewährt werden. — Das Anfangsgehalt der Zweigvereins- bzw. Lokalbeamten soll im allgemeinen 2000 M., jedoch in solchen Orten, wo noch unter 50 Pf. Stundenlohn gezahlt wird, 1800 M. betragen. Auch hier beträgt die jährliche Steigerung 100 M. bis zu 2600 M. Die Hilfsbeamten erhalten das Anfangsgehalt ihrer Gruppen. Außerdem sollen sämtlichen Angestellten jährlich 14 Tage Ferien gewährt werden. In Städten werden für die Gauklasse 7 M. und für die Vorstandsklasse 8 M. pro Tag festgelegt. Dem Vorsitzenden des Ausschusses sollen jährlich 500 M. als Entschädigung gezahlt werden.

Mit den Vorschlägen für den Zentralvorstand sind alle einverstanden, das Gehalt der Gau- bzw. Lokalbeamten wird von mehreren Rednern als „zu hoch“ bemängelt, auch wird die Kompetenz des Verbandstages in dieser Hinsicht bestritten. Der Verbandstag erklärt sich gegen 43 Stimmen für kompetent. — Die Vorschläge der Kommission bezüglich der Vorstandsgehälter werden gegen 2 Stimmen angenommen, die der Gaubeamten gegen 34 Stimmen, die der Hilfsarbeiter gegen 13 Stimmen und die der Zweigvereinsbeamten ebenfalls mit überwiegender Majorität. Auch die Diätenfrage werden nach dem Vorschlage der Kommission abgelehnt, ebenso die geforderte Entschädigung für den Ausschussvorsitzenden, letztere einstimmig.

Das Gesamtstatut wird hierauf einstimmig genehmigt und bestimmt, daß dasselbe am 1. Juni d. J. in Kraft treten soll.

Es erfolgt sodann die Delegatenteilung für den Ausschuss, dem die Wahlen für den Verbandsvorstand folgen. Sämtliche Vorstandsmitglieder werden einstimmig wiedergewählt. Silberschmidt, der aus der Generalkommission ausgeschieden ist, wird einstimmig als Vertreter des Vorsitzenden für die Augenblicke bestimmt. Auch die Wiederwahl der drei Redakteure des „Grundstein“ erfolgt einstimmig. Dem Kassierer Rötter, der am 17. Juni d. J. 70 Jahre alt wird, soll eine Hilfskraft zur Seite gestellt werden.

Nachdem Bömelburg im Namen des Vorstandes den Dank für das dem Vorstände einmütig übertragene Vertrauen ausdrückt und der Verband mit seinen Arbeiten zu Ende war, erhielten noch die Vertreter der ausländischen Bruderorganisationen das Wort.

Tatenka-Oesterreich widmete den Leistungen der deutschen Organisation anerkennende Worte und drückte die Hoffnung aus, von dem Gehörten auch für die österreichische Organisation profitieren zu können. Er hofft, daß die Oesterreicher dem nächsten deutschen Verbandstage berichten könnten, daß die 40000 Mitglieder von heute auf 100000 angewachsen sein würden, wobei Redner auch für die Zukunft auf die Hälfte der Deutschen rechne.

Quaglini-Italien gibt ein Bild der geschäftlichen Entwicklung des italienischen Verbandes, der alle Baubetriebe, Maurer, Steinmetzen, Stuckateure, Bauhilfsarbeiter, Biegelarbeiter und Maler umfaßt und 35000 Mitglieder zählt. Da die Maler allein 23000 stellen, so entfallen nur 12000 auf die anderen Berufe. Der Lohn für Maurer stand 1899 noch auf 1 bis 3 Frank pro Tag, heute werden insofern mehrerer günstiger Lohnbewegungen 3 bis 4 Frank gezahlt. Auch in Italien haben die Arbeitgeber bereits Verbände geschlossen, wodurch die Arbeitgeber zusammengegriffen werden. Das Solidaritätsgefühl sei noch wenig entwickelt, doch hofft Redner, daß mit Hilfe der Deutschen die Ausgewanderten zum Massenbewußtsein erzogen würden. In der italienischen Heimat werde ebenfalls alles geschehen, was möglich sei, um so bald wie möglich das unliebsame Odium der Lohnbrüderlei, das heute noch mit Recht auf dem italienischen Arbeiter lasse, in das Reich der Vergangenheit verwelfen zu können. Daß der gute Wille noch nicht immer von Erfolg gekrönt sei, liege in den Verhältnissen begründet.

Rüller-Holland weist nochmals auf die schädigende Wirkung der anarchischen Strömungen in Holland hin, hofft aber, daß die gute Sache auch in der holländischen Arbeiterbewegung bald den Sieg davon tragen werde. Redner appellierte nochmals an den „großen deutschen Bruder“ und sprach den Dank für die Gastfreundschaft aus.

Nachdem der Vorsitzende Horter einen Rückblick auf die Verhandlungen geworfen und die üblichen geschäftlichen Formalitäten erledigt waren, wurde der Verbandstag mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung geschlossen.

#### Dritter Verbandstag des Verbandes deutscher Hoteldiener.

Vergangene Woche tagte in Leipzig der dritte Verbandstag der Hoteldiener, der seine Bedeutung dadurch erhielt, daß er, wie wir schon in der Sonnabendnummer berichteten, den Anschluß des Verbandes an die Generalkommission der Gewerkschaften vollzog und im Prinzip der Verschmelzung mit dem Gastwirtsgehilfenverbande zustimmte.

Anwesend waren 63 Delegierte aus 80 Städten, ferner als Vertreter der Generalkommission Anoll und als Vertreter des Gastwirtsgehilfenverbandes der Vorsitzende Bösch.

Aus dem Geschäftsbericht, der die letzten zwei Jahre umfaßt, entnehmen wir, daß der Verband am 1. Januar 1905 1697 Mitglieder zählte, am 31. Dezember 1906 dagegen 3109. Der Kassendefizit am 31. Dezember 1904 betrug 10 891,25 M., die Einnahme in der Berichtsperiode 47 439,51 M., die Ausgabe 34 998,33 M., so daß am 31. Dezember 1906 ein Bestand von 23 964,53 M. verblieb. Für Kranken- und Reiseunterstützung und Sterbegeld wurden rund 8770 M. ausbezahlt. Lohnbewegungen sind in der Berichtsperiode nicht geführt worden, die Haupttätigkeit des Verbandes bildete die Stellenvermittlung, wodurch den Stellenvermittlern 23 115 M. Gebühren entzogen wurden. Die Verbandsarbeitsnachweise vermittelten 1695 Stellen und verursachten dem Verband 11 643 M. Vertriebskosten. Die Ausgabe für das Nachorgan ist von 3302 auf 5858 M. gestiegen. Für Agitation wurden 2184 M., für Rechtschutz 415 M. ausbezahlt.

Ueber den Anschluß an den Verband der Gastwirtsgehilfen referierte am zweiten Tage, 3. April, Kommerz-Berlin. Er hielt die Verschmelzung sowohl aus praktischen Gründen, wie auch prinzipiell für notwendig und die vom Verband der Gastwirtsgehilfen angebotenen Uebertretungsbedingungen für durchaus entgegenkommend und annehmbar. Korreferent Engels-Frankfurt versuchte Stimmung gegen die Verschmelzung zu machen, indem er Differenzen, die vor langer Zeit zwischen den beiden Verbänden bestanden haben, ausgrub. Aus praktischen Gründen sprach er gegen die Verschmelzung auf diesem Verbandstage.

Bösch, als Vertreter des Gastwirtsgehilfenverbandes, betonte, daß seinem Verbande nichts daran liege, durch theokratische Kräfte den Uebertritt zu erreichen. Zweifellos notwendig sei aber eine zentrale Organisation aller Gastwirtsangehörigen.

Diehing, der Vorsitzende der Hoteldiener, und Anoll-Berlin traten für die Verschmelzung der beiden Verbände ein. Das Resultat der lebhaften Debatte war die Annahme folgender Resolution:

„Der dritte Verbandstag des Verbandes der Hoteldiener erklärt seine grundsätzliche Zustimmung zur Verschmelzung mit dem Verbande der Gastwirtsgehilfen, da eine solche für die Mitglieder beider Verbände in prinzipieller und praktischer Hinsicht nur von Vorteil sein kann und muß.“

Da jedoch die Verhältnisse eine sofortige Verschmelzung noch nicht tunlich und praktisch erscheinen lassen, so verpflichten sich die Delegierten, in den Kreisen der Mitglieder in christlicher und rücksichtsvoller Weise für die Verschmelzung zu wirken, damit sie auf dem nächsten Verbandstage zur Tatsache werden kann. In demselben Sinne ist auch in den Nachorganen beider Verbände zu wirken; ferner wird den beiden Hauptvorständen die Verpflichtung auferlegt, auf ihre Ortsverwaltungen dahin einzuwirken, daß bei Aktionen von gemeinsamem Interesse noch Möglichkeit Hand in Hand gearbeitet wird. Zur Regelung dieser Frage empfiehlt der Verbandstag den beiden Hauptverwaltungen den Abschluß eines Kartellvertrages.

Unter der Voraussetzung, daß der Verband der Hoteldiener in diesem Sinne wirkt, zieht der Verband der Gastwirtsgehilfen seinen Einspruch gegen die Anschluß des Hoteldienerverbandes an die Generalkommission zurück.“

Nachdem Diehing den Anschluß an die Generalkommission damit begründet, daß auch die Hoteldiener teilnehmen wollen an der modernen Arbeiterbewegung, wird der Anschluß einstimmig beschlossen.

Damit hatte der Verbandstag seine Hauptaufgabe erledigt. In dem folgenden Referat über die

#### Schlußfolgerung für das Gastwirtsgegewerbe

unterzog Diehing die Haltung der Unternehmer in der Frage der Sonntagsruhe und der Beständigen Ruhepause, sowie des Kost- und Logiswesens einer gründlichen Kritik. Er schloß seine Ausführungen mit der Aufforderung, unabhängig an der Stärkung der Organisation zu arbeiten, damit durch diese endlich auch den Gastwirtsangehörigen die gefühlte Ruhezeit und eine menschenwürdige Behandlung zuteil werde.

In der Diskussion wendete sich Waller-Bonn gegen die sozialdemokratische Tendenz des Referats und behauptete, das Zentrum habe im Reichstag ebensoviel getan für die Hoteldiener wie die Sozialdemokratie (Rebhaase-Oberste). Wenn es nun doch nicht mehr in der Weise tue, sei der Verband daran schuld durch seine Schwächung und durch die Haltung des Nachorgans.

Bösch und Anoll wandten sich gegen Waller. Ein Gewerkschaftsreferat, sagte Anoll, der bei der Reichstagswahl die Mitglieder nicht darauf hinwies und sie darüber nicht aufkläre, daß bei der Sozialdemokratie ihre Interessen am besten aufgehoben seien, verdiene seines Postens entsetzt zu werden.

Nach längerer Diskussion, die noch eine Menge oft ungläublicher Zustände in der Behandlung der Hoteldiener zutage förderte, wurde eine Resolution angenommen, in der gefordert wird, die Bundesratsverordnung auch auf die Hoteldiener auszudehnen sowie die Hoteldiener der Unfallversicherung zu unterstellen.

In seinem Referat über die

#### Stellenvermittlung

trat Waller-Bonn für die Beibehaltung der Stellenvermittlung durch den Verband ein, wenn sie auch ein Drittel der Gesamtausgabe des Verbandes erfordere. Es wurde eine Resolution angenommen, die den Vorstand beauftragt, bei den gesetzgebenden Körperschaften dahin zu wirken, daß, so lange nicht die gewerksmäßige Stellenvermittlung durch Gesetz beseitigt sei, sie streng überwacht und Uebertretungen der Bestimmungen empfindlich geahndet werden.

Um die Agitation intensiver zu gestalten, wurde nach einem Referat von Prähe-Berlin beschlossen, für die östlichen Provinzen ein Flugblatt in polnischer Sprache herauszugeben und die Verbandssetzung an die Berufscollegen zu verteilen.

Rilde-Berlin referierte über Tarifangelegenheiten und belämpfte energisch das Trümpelberufswesen. Eine Resolution, die den Vorstand verpflichtet, die Tarifangelegenheit zu forcieren, wurde angenommen.

Die Beratung der Statuten ergab folgende wesentliche Änderungen: Der bisherige Monatsbeitrag von 1 M. wird in einen Wochenbeitrag von 30 Pf. umgewandelt. Die Krankenunterstützung wird von 5 auf 6 M. erhöht und die Bezugsberechtigung von 6 auf 7 Wochen verlängert. Die Sterbeunterstützung, die sich bisher auf 35—60 M. belief, wurde auf 45—70 M. festgesetzt. Den Ortsverwaltungen wurde empfohlen, Lokalfonds zu gründen, um eventuelle Lohnbewegungen usw. aus eigenen Mitteln führen zu können. Weiter wurde beschlossen, einen zweiten Beamten mit 1800 M. Gehalt anzustellen. Der Sitz des Verbandes bleibt in Berlin, der Sitz des Ausschusses in Hannover. Zum 1. Vorsitzenden wurde Diehing wiedergewählt, auch wurde er mit der Vertretung des Verbandes auf dem internationalen Kongress in Stuttgart beauftragt. Der nächste Verbandstag wird 1908 in München stattfinden.

Mit einem Hoch auf den Verband und die moderne Arbeiterbewegung wurde der Verbandstag geschlossen.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Heute Dienstag, den 9. April, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr:  
Vertrauensmänner - Versammlung der Stellmacher.

Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Kommission. 2. Bericht der Vertrauensleute. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.  
Die Kommission.

## Neubau der Arminhallen

Kommandantenstraße 58/59, neben Gobr. Herrnsfeld-Theater.

Eröffnung Anfang Oktober d. J.

Wir empfehlen Festsaal (mit und ohne Bühne), 1150, 700, 400, 250 und 100 Personen fassend. 5 Vereinszimmer. 8 moderne Parkett-Kegelbahnen.  
Bestellungen erbitten

Fernsprecher: Amt I, 8985. Gebr. Miellitz Kommandantenstraße 21, 11.





Am Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Zahlabend statt.

Die Stadtverordnetenwahl im 39. Kommunalwahlbezirk

findet morgen — Mittwoch, 10. April, — statt. Kandidat der Sozialdemokratie ist

Arbeitssekretär Adolf Ritter.

Der 39. Wahlbezirk gehört zum sechsten Reichstags-Wahlkreis, ist ein Teil der Oranienburger Vorstadt und umfasst vom Stettiner Bahnhofsviertel die Stadtbezirke 268, 269, 270, 271, 272, 274A, 274B. Für die Abstimmung ist er wegen der Größe seiner Wählerzahl in drei Teile geteilt worden, die jeder ihr besonderes Wahllokal haben. Gewählt wird:

von den Wählern der Stadtbezirke 271 und 272, d. h. der Grundstücke Bergstr. 65, Vorfigstr. 1-27, Esfasserstr. 16-30, Garbanstr. 1-82 und 86-115, Invalidenstr. 6-23 und 129-147, Schlegelstr. 16-17, Schröderstraße ganz, Liedstr. 14-27;

im Wahllokal Gartenstr. 6, Schmidt's Festhale;

von den Wählern der Stadtbezirke 271 und 272, d. h. der Grundstücke Vorfigstr. 28-34, Chausseestr. 1-27 und 94-123, Eichendorffstraße ganz, Esfasserstr. 31-40, Gartenstr. 84, Hamoverschestr. 1-8, Invalidenstr. 24-37 und 111-128, Novakiststraße ganz, Schlegelstr. 1-15 und 18-33, Liedstr. 1-18 und 41;

im Wahllokal Chausseestr. 103a, Germania-Prachtställe,

von den Wählern der Stadtbezirke 274A und 274B, d. h. der Grundstücke Chausseestr. 28-56 und 82-98, Kesselfstraße ganz, Flugstr. ganz, Schwartzkopffstraße ganz, Wöhlerstraße ganz; im Wahllokal Flugstr. 9, Wöhler-Garten.

Wahlberechtigt ist jeder, der in der Wählerliste steht. In den Listen der Kommunalwähler Berlins muß jeder stehen, der zur Zeit der Listenaufstellung in Berlin einen eigenen Wohnsitz hatte oder wenigstens über ein eigenes Zimmer verfügte (also als Chambregarnist galt), auch zu dieser Zeit mindestens 24 Jahre alt war, die Staatsangehörigkeit zu Preußen hatte, mindestens ein Jahr in Berlin wohnte und seit mindestens einem Jahre nicht aus öffentlichen Mitteln unterstützt worden war. Wer nur zu einem Jahreseinkommen von 600-900 M. eingeschätzt und demnach zu 1 M. Steuern veranlagt war, ist gleichfalls wahlberechtigt, obwohl diese Steuer nicht erhoben wird.

Die Listen der Kommunalwähler werden nur einmal in jedem Jahre in der Zeit vom 1.-15. Juli aufgestellt, die morgige Ersatzwahl im 39. Wahlbezirk muß daher noch auf Grund der alten Listen vorgenommen werden. Wähler haben an dieser Ersatzwahl auch noch diejenigen Wähler teilzunehmen, die im Juli 1906 im 39. Wahlbezirk wohnten, aber dann aus ihm weggezogen sind. Auch diese Wähler müssen es als ihre Pflicht ansehen, ihre Wahlrechte noch auszuüben.

Der Magistrat hat den Wählern Legitimationskarten übersandt. Es ist möglich, daß diese Karten nicht allen Wählern zugegangen sind; namentlich werden diejenigen sie nicht erhalten haben, die inzwischen aus dem Bezirk weggezogen sind. Wähler, die keine Legitimationskarte vorweisen können, werden gut tun, sich mit anderen Papieren zu versehen, die gleichfalls als Legitimation gelten, z. B. mit Steuerquittung, Mietkontrakt, Militärpapieren usw.

Die Wahlzeit ist festgesetzt auf die Stunden von 10 Uhr morgens bis 8 Uhr abends. Punkt 8 Uhr wird das Wahllokal geschlossen; wählen darf dann nur noch, wer bereits im Lokal ist. Jeder sollte möglichst zeitig den Gang nach dem Wahllokal erledigen, damit nicht unsere im Wahlbezirk tätigen Genossen noch in der letzten Stunde Stundenläufiger Wähler an ihre Pflicht zu mahnen brauchen.

Die Mehrheit der Wählerschaft des 39. Wahlbezirks will, wie bisher, wieder durch einen Sozialdemokraten im Rathaus vertreten sein, weil die wertigste Bevölkerung eine Besserung unserer kommunalen Zustände nur von der Sozialdemokratie zu erwarten hat. Möge aber keiner, der der Sozialdemokratie diesen Bezirk erhalten zu sehen wünscht, sich der irdigen Meinung hingeben, daß es auf seine einzelne Stimme nicht ankomme. Möge keiner unserer Genossen und Freunde glauben, daß der 39. Wahlbezirk bereits ein absolut sicherer Besitz der Sozialdemokratie sei. Wir haben ihn vor vier Jahren mit rund 1000 Stimmen erobert, aber damit waren wir dem Freisinn immer erst um rund 250 Stimmen voraus.

Bei den Anstrengungen des Freisinn, den Bezirk zurückzugewinnen, kommt es für uns auf jede Stimme an.

Nicht einer der Wähler, die den Einfluß des Freisinn im Rathaus einzudämmen wünschen, darf zurückbleiben. Jeder von ihnen muß am morgigen Mittwoch seine Pflicht tun und seine Stimme abgeben für den Kandidaten der Sozialdemokratie, den Arbeitssekretär Adolf Ritter.

Wer von den Parteigenossen keine Zeit hat, am Tage der Wahl zu helfen, kann sich Mittwoch morgen 8 Uhr im Restaurant von Wilhelm Dams, Schlegelstr. 9, melden. Dieses Ersuchen ist besonders an die zurzeit ausgesperrten Schneider und Holzarbeiter gerichtet, deren Arbeitgeber ja auch vielfach angelegene Stützen unseres Gegners, des Liberalismus, sind!

Vom Restaurant Dams aus erfolgt die Verteilung der Hilfskräfte nach den einzelnen Wahlbezirken und Lokalen. Auch die Mitarbeit derjenigen Genossen, die Radfahrerdienste verrichten können, ist sehr erwünscht!

Die Parteigenossen, denen in ihrer Eigenschaft als Vertrauensmann eines Betriebes oder einer Werkstatt bekannt sein sollte, daß ihre Kollegen zwar nicht mehr im 39. Kommunalwahlbezirk wohnen, aber dort noch wahlberechtigt sind, werden ersucht, diese Wähler auf die Wichtigkeit dieser Wahl hinzuweisen, um sie zur Stimmabgabe für unseren Kandidaten zu veranlassen.

Die Freisinnigen machen verzweifelte Anstrengungen, uns den Sieg diesmal wieder streitig zu machen.

Wenn jeder von den Parteigenossen am Mittwoch den 10. April, auf dem Posten ist, muß der Bezirk wieder unser werden.

Das Resultat wird auf den Zahlabenden bekannt gegeben und erhalten die Bezirksführer Nachricht bei W. Dams, Schlegelstr. 9;

B. Ktzen, Pflugstr. 5 (Amt III 2271); Karl Fahren, Ravenstraße 6 (Amt III 2137).

Das sozialdemokratische Wahlkomitee

Partei-Angelegenheiten.

Schmargendorf. Die nächste Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Mittwoch, den 10. April, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Zum Lindenbaum“, Köfenerstr. 6, statt. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Ableshof. Heute, Dienstagabend 8 1/2 Uhr, im Lokal von Paul, Bismarckstr. 10: Generalversammlung des Wahlvereins. Vortrag des Genossen Heinrich Schulz über „Jugendorganisation“. Die Genossen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

Stralau. Die Zahlabende finden von jetzt ab wie folgt statt: 1. Bezirk jeden dritten Mittwoch im Monat im Lokal von Schöps, Alt-Stralau 17. 2. Bezirk jeden zweiten Mittwoch im Monat im Lokal von Rittow, Alt-Stralau 5. Regelmäßiges und pünktliches Erscheinen ist erforderlich. Der Vorstand.

Lichtenberg. Dienstag, den 9. April, Flugblattverbreitung. Zum Zahlabend am Mittwoch sind sämtliche noch ausstehende Reichstags- und Gemeindevahllisten sowie die Wilslets vom Stiftungsfest abzurechnen. — Am Donnerstag, den 11. April, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Gebr. Arnold, Frankfurter Chaussee 5, eine öffentliche Versammlung für Frauen und Männer statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Rühle: Die Entstehung der Frauenbewegung und ihre Erfolge. 2. Diskussion. 3. Wahl der örtlichen Vertrauensperson. Zahlreiches Besuch, besonders der Frauen, erwartet. Der Vorstand.

Karlshorst. Achtung, Parteigenossen! Der Zahlabend findet am Mittwoch, den 10. April, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale Sabrowski, Treseow-Allee, Ecke Krausenstraße, statt. Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend erwünscht. Der Vorstand.

Advenid. Am Mittwochabend findet in den bekannten Lokalen der Zahlabend statt. Da wichtige Fragen behandelt werden sollen, ersuchen wir um vollzähliges Erscheinen der Mitglieder. Die Zahlabende finden bei Schuler für die Dammvorstadt, Müller (Altstadt), Zeidler (Kieckvorstadt), Seidel (Köllnische Vorstadt) statt. Der Vorstand.

Reinickendorf-West. Die Zahlabende finden nunmehr ständig in folgenden Lokalen statt: 1. Bezirk Bettwell, Mittelstraße. 2. Bezirk J. Franke, Eichbornstraße. 3. Bezirk Fröhlich, Antonienstraße. 4. Bezirk Komdrat, Schamweberstraße. 5. und 6. Bezirk Otto, Berlinerstraße. Die ordentliche Mitgliederversammlung findet bei Engel, Eichbornstr. 73, statt. Vortrag über: Das Parteiprogramm. Der Vorstand.

Pankow. Zu dem am Mittwoch, den 10. April, stattfindenden Zahlabend kommen die Wilslets für die Raifeier zur Verausgabe. Zahlreiches Erscheinen der Genossen und die weitgehendste Verbreitung der Wilslets erwartet. Der Vorstand.

Potsdam. Die Versammlung des Wahlvereins findet am Mittwoch, den 10. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Radentz in statt. Tagesordnung: Vortrag, Raifeier, Wahl eines Kassierers und Revisors. Zu dieser wichtigen Versammlung ist zahlreiches Besuch. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Neber den Bau der Untergrundbahn bringt die Zeitung des Vereins Deutscher Eisenbahnverwaltungen einen interessanten Aufsatz, dem wir, da unsere Leser über die Berliner Baufrage fortlaufend unterrichtet sind, einiges über die Fortschritte der Arbeiten auf Westender Gebiet einreichen. Wir haben seinerzeit geschrieben, wie die Bahn hinter der Haltestelle Bismarckstraße die Döberitzer Chaussee bis zum Sophie-Charlotte-Platz und weiter bis zur Ringbahn und der vorläufigen Endstation am Platz B verläuft, und welche Schwierigkeiten die Durchquerung des alten verorteten Speerarmes und die Kreuzung des Ringbahneinschnittes verursachten. Kurz vor dem Königsweg tritt der Tunnel aus dem Grundwasser heraus, um dann zur Ringbahnbrücke emporzusteigen. Um die Gefahr einer nachträglichen Senkung auszuschließen, ist aber auch nach dem Austritt aus dem Grundwasser die alte Bauweise mit geschlossener Belsohle beibehalten worden; erst später, wo der Tunnel ganz in trockenem und gewachsenem Boden liegt, hat man getrennte Fundamente für beide Seitenwände hergestellt. Die 70 Meter lange Brücke über den Ringbahneinschnitt ist fertiggestellt; die Gleise liegen zwischen den hohen Pufferträgern, in ihrer Mitte ist eine Laufbrücke für das Betriebspersonal angeordnet. Wenn zum Schluß die beiden äußeren Träger zum Schutze gegen den Rauch und Dampf des sich darunter abspielenden Bahnbetriebes verschalt werden, so sind es eigentlich zwei Höhlen, mit denen die Untergrundbahn den Ringbahneinschnitt überspannt. Auf dieser durch Konsole nach beiden Seiten verbreiterten Brücke liegt die Fahrbahn der Straßenbrücke, auf welcher zwei Straßenbahngleise die Ringbahn überschreiten und deren Ausführung die Stadt Charlottenburg mit Rücksicht auf die künftige Prachtstraße hat bewirken lassen. Die größeren Arbeiten sind hier beendet, man ist allenthalben noch mit dem inneren Ausbau beschäftigt, besonders in den Stationen, wo neben dem Notwendigen auch der künstlerischen Ausschmückung ein bescheidener Platz gegönnt ist, um die in dieser Hinsicht freilich spröde Beton-Eisen-Bauweise dem gesteigerten Geschmack der Gegenwart annehmbarer zu machen.

Aus dem Sommerfahrplan der Eisenbahndirektion Berlin haben wir die wichtigsten Neuerungen unmittelbar nach seiner Genehmigung mitgeteilt. Der endgültige Fahrplan bringt jetzt eine Zusammenstellung der wichtigsten Änderungen. Es sind noch folgende Einzelheiten zu entnehmen: Auf der Stadtbahn gehen neue Züge nach Grunewald ab Schlesischer Bahnhof 8,53 und ab Charlottenburg 8,54 abends, von Grunewald 9,28 nach Schlesischer Bahnhof und 9,01 nach, nach Bahnhof Nichtenberg. Auf dem Nordring gibt es einen Zug ab Gesundbrunnen 12,25 nach, nach Westend, von dort 11,45 vorm. Auf dem Südring gehen Züge ab Westend 11,06 und 11,36 vorm. nach Potsdamer Bahnhof, von dort zurück 11,25 und 11,55. Auf der Strecke Potsdam-Stadtbahn-Erkner-Fürstentum gehen Züge von Potsdam ab 10,41, 12,41, 3,41, 4,41, 8,41, 9,41 nach Grunewald, von dort 9,46, 11,46, 2,46, 3,46, 8,46, 9,46 usw., außer verschiedenen Zügen nach Erkner und Friedrichshagen. Nach Niederhänow-Weide-Johannisthal gehen Züge ab Warschauerstraße 8,12, ab Charlottenburg 8,08 nach, von Niederhänow-Weide 8,28 nach Grunewald und 8,58 nach Charlottenburg. Auf der Strecke Göliger Bahnhof-Königs-Kreuzer gehen neue Züge ab Grünau 12,39 und 1,45 nach Königs-Kreuzer, 2,03 nach Berlin, ab Königs-Kreuzer 1,33 nach

Berlin und 2,23 nach Grünau, von Berlin 7,10 nach Grünau, von dort 8,55 nach, nach Berlin, Spandau-Berlin-Strahberg erhält Züge Charlottenburg ab 11,38 nach Spandau, Spandau ab 12,13 nach Charlottenburg, Rüdersdorf ab 7,55 nach Frederksdorf, Frederksdorf ab 8,40 nach Rüdersdorf. Vom Lehrter Bahnhof geht ein neuer Zug 3,44 nach Spandau, von dort 4,48 nach Berlin. Vom Stettiner Vorortbahnhof verkehrt ein Zug 9,45 nach Tegel, von dort 10,38 nach. Nach Oranienburg geht ein Zug 7,10, von dort 8,25. Von Berlin nach Groß-Lichterfelde-Ost gehen Züge 4,25, 5,25, 5,45 früh, von dort 4,45, 5,45, 6,06 früh. Von der Wannseebahn gehen in den Stunden von 6 bis 9 Uhr vorm. 4 Zugpaare zwischen Berlin, Steglitz, Zehlendorf, außerdem verschiedene Züge auf dem äußeren Teil der Bahn. Neue Züge gibt es außerdem von Berlin nach Werder und nach Dallgow-Döberitz. Verschiedene Züge werden verschoben.

27 neue Fahrartenhalter werden auf den Berliner Fernbahnhöfen am 1. Mai d. J. eröffnet werden. 24 davon sind nach dem System Weich eingerichtet, welches eine schnellere Abfertigung und größere Uebersichtlichkeit gewährt. Der Fernbahnhof Friedrichstraße erhält 4 neue Schalter, von denen je zwei für den Verkehr nach Osten und Westen bestimmt sind. Auf dem Anhalter Bahnhof werden die Schalter ebenfalls nach dem Weichsystem getrennt werden, sodas auf der einen Seite die Fahrarten nach Leipzig, Hof usw. auf der anderen nach Halle, Frankfurt am Main usw. zum Verkauf gelangen; für die dritte Verkehrsrichtung, Dresden, Chemnitz, Wien usw. wird ein neuer Schalter eingerichtet werden. Auf dem Stettiner, Göliger usw. Bahnhof werden, abgesehen von den Neueinrichtungen, auch Schalter, an denen jetzt nur Fahrarten 4. Klasse zum Verkauf standen, zu Voll-Schaltern umgebaut, so das man hier künftig, außer den Fahrarten der letzten, auch solche aller übrigen Wagenarten erhalten kann. Derartige Umbauten sind für den Stettiner Fernbahnhof z. B. drei vorgesehen. Bezüglich des Umfanges der Berliner Bahnhofshalter sei bemerkt, das jeder derselben 5-6000 Fahrarten-Sorten, die meisten derselben in ganz beträchtlichen Auflagen beherbergt.

Das Ueberschwemmungsgebiet der Havel hat eine ganz ungewöhnlich große Ausdehnung erlangt. Von Werder bis Potsdam und besonders in der Nähe von Brandenburg sind die Weiden meilenweit überschwemmt. Vom Marienberge bei Brandenburg kann man ein Ueberschwemmungsgebiet überblicken, das unabsehbar ist und an die Ostsee erinnert. Das Wasser sinkt nur langsam und macht den Landwirten bei der Bestellung große Schwierigkeiten.

Mit Rücksicht auf die Annahme der Automobilunfälle im Grunewald hat der Amtsvorsteher der Kolonie Grunewald folgende Bekanntmachung erlassen: Die wachsende Belästigung und Gefährdung des Publikums durch übermäßig schnell fahrende Automobile veranlaßt mich, auf die Bestimmungen der Oberpräsidialverfügung vom 26. September 1906 und die Ortspolizeiverordnung vom 21. November 1899 hinzuweisen, nach welchen in den Straßen des Amtes und Gemeindebezirk Grunewald eine größere Fahrgeschwindigkeit als 15 Kilometer in der Stunde, d. h. 250 Meter in der Minute (der sogenannte „schmale Trab“), nicht gestattet ist. Die Polizeibehörde wird von mir angewiesen worden, jede Uebertretung dieser Bestimmungen unmissverständlich zur Anzeige zu bringen, und ich werde im Interesse der Sicherheit des Publikums in Zukunft solche Uebertretung mit der höchsten zulässigen Strafe ahnden. Grunewald, 4. April 1907. Der Amtsvorsteher D. Wied.

Die städtische Baifendepuration beschäftigt zwei neue Säuglingsfürsorgestellen, und zwar im Südwesten (Vor- oder Groß-Berekenstraße) und im Nordosten (Krenzauer Allee oder Raumerstraße) zu errichten. Bisher bestanden fünf solcher Stellen, die sich außerordentlich bewährt haben.

Bei dem hiesigen Kaufmannsgericht, Zimmerstr. 90-91, ist am 1. April eine neue Kammer errichtet worden, so das jetzt 5 Kammern bestehen. Es ist deshalb eine anderweitige Zuweisung der Weisheit an die 5 Kammern nötig geworden. Zugleich der seit der letzten Wahl ausgeschiedenen 8 Kaufleute und 13 Handlungsgesellen entsfallen auf jede Gruppe jeder Kammer nach der neuen Verteilung 20 Weisheit. — Vorsitzender der 5. Kammer ist Magistratsassessor Korn.

Die Opfer des Bootsunglücks auf dem Wolziger See, bei welchem bekanntlich am zweiten Ostfertage drei Berliner Ruderer verunglückt, haben bisher ihrem nassen Grab nicht entrinnen können. Trotzdem täglich die größten Anstrengungen gemacht worden sind, ist es bisher nicht gelungen, die Leichen der Verunglückten zu landen.

Aus der städtischen Anstalt in Buch entwichen ist wieder ein gemeingefährlicher Geisteskranker und zwar der Ingenieur Gotthold Fischer aus der Schlüterstraße.

Die Große Berliner Straßenbahn schreibt uns: „Zu Ihrer Notiz: Wenn Straßenpassanten unter die Gekirrige kommen“ vom 5. April er. bemerken wir, das schon seit Jahren jeder Straßenbahnwagen eine Wagenwinde mit sich führt, deren von den Aufsichtsbahnen vorgeschriebene Konstruktion sich bisher durchaus bewährt hat. Tatsächlich ist auch sowohl die Befreiung des verunglückten Knaben in der Brunnenstraße, als auch des Radfahrers in der Leipzigerstraße durch unsere aus dem Straßenbahnwagen mitgeführten Winden erfolgt. Das solche Rettungen längere Zeit erfordern, ist durch besondere Umstände zu erklären. Z. B. war der Radfahrer in der Leipzigerstraße vollkommen unberleht; er lag jedoch zwischen zwei Motorwagen und seinem Dreirad eingeklemmt, so unglücklich, das größte Vorsicht bei der Befreiung angewendet werden mußte, um ihn nicht zu verletzen. Daher die lange Dauer. — Auch die Befreiung des Knaben in der Brunnenstraße wäre schneller erfolgt, wenn nicht seine Lage unter dem Wagen eine so gefährliche gewesen wäre, das zu seiner Schonung besondere Behutsamkeit notwendig war.“

Diese Zuschrift entkräftet die von uns aufgestellte Behauptung über die Unzulänglichkeit der zur Befreiung von unter die Straßenbahn geratenen Verunglückten vorhandenen Rettungsmittel in seiner Weise. Tatsache bleibt, das die Verunglückten in den von uns erwähnten Fällen 1/2 Stunden in ihrer qualvollen Lage unter den Motorwagen liegen mußten, ehe sie herbeigeholt werden konnten und diese Fälle ließen sich vermeiden. Da ist es in der Tat nur ein sehr billiges Verlangen, eine Besserung auf diesem Gebiete anzustreben. Gibt es Mittel, die eine schnellere und leichtere Befreiung Verunglückter herbeiführen können — und wie wir dargelegt haben, gibt es solche — so ist es Pflicht der Unternehmer des öffentlichen Verkehrs, solche in Anwendung zu bringen, auch auf die Gefahr hin, das für ihre Einführung etwa mehr oder minder erhebliche Kosten aufgewendet werden müssen.

Einsprecher, die seit langem das Völkerviertel zum Schauplatz ihrer Tätigkeit gewählt hatten, sind jetzt festgenommen worden.

Von einem Omnibus überfahren wurde gestern morgen gegen 7 Uhr ein Radfahrer. Der Radler wollte vor dem Omnibus in der Wäckerstraße an der Kreuzstraße die Passagen kreuzen, um nach der anderen Seite hinüberzukommen, rutschte aber bei dem schlüpfrigen Wetter mit seinem Rade aus und kam zu Fall. Der Omnibus fuhr über den Unglücklichen hinweg und zwar mit dem rechten Hinterrad über den Radler. Mit einer Droschke wurde der schwer Verletzte nach einem Krankenhaus gebracht.

Arbeiter-Bildungsschule, Berlin. Der nächste Unterricht in Rationalökonomie findet heute, Dienstagabend statt.

Einen schwer zu ersehenden Verlust hat ein Buchbinder erlitten, der am Donnerstag, den 4. April, zwischen 2-1/2 Uhr, in einem Omnibus der Linie Alexanderplatz—Schönhauser Allee (Nr. 27) ein Paket liegen ließ, das drei ihm zur Arbeit übergebene Bücher enthielt. Da der Arbeiter Ersatz leisten muß, wäre er sehr dankbar, wenn sich der eventuelle Finder melden möchte bei H. Frankenstein, Rykestr. 54 III.

Ein eigenes Heim haben sich die Feih Steidl-Sänger unter Leitung des Direktors Feih Steidl in der Bräudenstraße geschaffen. Während im Rasteraal eine Militärkapelle konzertiert, werden in dem eine Etage hoch gelegenen Theatersaale Vorträge gesungen und humoristischer Natur dargeboten. Was in der Vorlesung: „Bureau Piepenbräu“ zur Darstellung gelangte, reizte wohl die Lachmuskeln aufs äußerste, war aber unglücklicher Witz. In einem von Feih Steidl verfassten Lebensbild: „Der 18. August“ wird stark in Kolonialbegeisterung gemacht. Was sonst noch geboten wurde, war unerheblicher Natur, verschiedene Vorträge sogar recht ehrwürdigen Alters.

Nadrennen zu Berlin-Treptow, 7. April. Die heutigen Rennen, deren Abhaltung durch das regnerische Wetter sehr in Frage gestellt wurde, gestalteten sich, als gegen 4 Uhr der Regen nachließ, sehr spannend. In den beiden Dauerrennen wußten verschiedene Anfänger zum erstenmal hinter Motoren ihre Künste zu zeigen. Der Hamburger Thom Suden konnte sich nicht zur Geltung bringen, dagegen fuhren zwei andere Renne, Hoffmann und Stabe, vorzüglich. Einige Rennen für die „Flieger“ vervollständigten das Programm.

30 Kilometer-Rennen mit Motorführung, 200, 175, 125 M. 1. Fr. Hoffmann in 8 Min. 49 Sek.; 2. E. Stabe 650 Meter. Aufgegeben: G. Moritz. Hoffmann hat von Beginn an die Spitze, Stabe bleibt langsam zurück. Moritz gibt kurz vor dem 20. Kilometer auf; er wird in der Einfaltung seines Rennens durch einen vor kurzem beim Trainieren erlittenen schweren Sturz beeinträchtigt.

Rath Hellemann-Rabe, 900 Meter. Dem Sieger 100 M. Rabe gewinnt beide Läufe, den ersten knapp, den anderen mit etwa 5 Längen.

50 Kilometer-Rennen mit Motorführung, 300, 250, 200, 150 M. 1. A. Steffen in 45 Min. 47 1/2 Sek.; 2. E. Puhlmann 200 Meter, 3. J. Sucher 1180 Meter, 4. W. Thom Suden 2140 Meter zurück. Der zuerst führende Puhlmann wird beim 5. Kilometer von Steffen überholt, der bis zum Schluß die Spitze behauptet, allerdings von Sucher, der ihm oft dicht auf den Fersen sitzt, arg bedrängt. Bei einem Vorstoß, den der letztere unternimmt, fällt er von seinem Motor ab, und ehe er wieder in Schwung kommt, hat er gegen drei Runden verloren, doch holt er unverdrossen auf, er macht seinen Verlust wieder gut und nur noch etwa 50 Meter trennen ihn von seinem Gegner, schon scheint es, als ob er seinen Gegner erreichen wird, als er aufs neue „schwimmt“ und dadurch Steffen den Sieg überlassen muß. Sucher und W. Thom Suden bleiben immer mehr zurück.

Hauptfahren für Klasse III, 1200 Meter, 25, 15, 10, 5 M. Endlauf: 1. Rahlbach; 2. Bierd, dicht auf; 3. Schröder; 4. Witte. In fünf Vorkäufen weitere 20 Fahrer angedeutet.

Orgelkonzert. Mittwoch, den 10. April 1907, 7 1/2—8 1/2 Uhr abends, veranstaltet der königliche Musikdirektor Bernh. Jürgens in der St. Marienkirche das nächste Orgelkonzert, unter Mitwirkung von Fräulein Ramon Deitree (Sopran), Fräulein Johanna Rief (Alt) und Herrn Nikitts (Violine). Der Eintritt ist frei!

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht wurde die Feuerwehr wieder einmal höchstwilliger Weise nach dem Gesundbrunnen gerufen. Als die Feuerwehr dort nachts um 1 Uhr in der Wehmstraße ankam, war trotz Suchens nicht die geringste Gefahr zu entdecken. Der Täter war natürlich längst über alle Berge. Der 16. Jug hatte am Sonntag abend zum zweitenmal in kurzer Zeit in der Willdenowstraße 14/15, Ede Triftstraße zu tun. Dort stand der Keller der Gemeindefschule, wo Papier lagert, in Flammen. Die große Qualmentwicklung erschwerte die Lösungs. Es gelang durch kräftiges Wassergeben den Brand auf den Keller zu beschränken. Ein zweiter Kellerbrand beschäftigte die Wehr in der Grenadierstraße 45. Stroh u. a. brannte dort. Gestern früh um 8 Uhr wurde der 12. Jug nach der Kurfürstenstraße 284 gerufen, wo eine Wadestube und Bretterwand brannten. In der Alten Jakobstraße 4 mußte ein Zimmerbrand gelöscht werden. Zweimal innerhalb einer Viertelstunde wurde der 7. Jug nach der Blumenstraße 1 gerufen, wo ein Schornstein brannte. In der Wienerstr. 84 stand eine Hochwerkwand u. a. in Flammen, in der Schäferstr. 6a II ein Hängeboden, in der Schwedterstr. 35a eine Küche in Flammen. Außerdem hatte die Wehr noch in der Elsäckerstr. 7, Marienburgerstraße 30 und an anderen Stellen zu tun.

## Vorort-Nachrichten.

### Schöneberg.

Die Schneefahrt hat auch der Stadt Schöneberg in diesem Winter ganz außerordentlich hohe Kosten verursacht. Die durch Freilegung der Straßen und Wegschaffung des Schnees notwendig gewordenen Ausgaben belaufen sich auf 81.689 M. Im Etat waren aber für diesen Zweck nur vorgesehen 7500 M., so daß von der Stadtverordnetenversammlung 74.189 M. nachbewilligt werden müssen.

Ein schwerer Betriebsunfall im Straßenbahnverkehr ereignete sich am Sonntag an der Endhaltestelle Ede der Haupt- und Wäldenstraße. Dort war der Schaffner Ode damit beschäftigt, von dem Motorwagen 2945 eines Juges der Straßenbahnlinie 74 den Anhängewagen abzukupeln. Er hatte sein Vorhaben eben ausgeführt, als der Motorwagen etwa einen Meter vorrückte. Sofort setzte sich auch der Weiwagen, dessen Bremse noch nicht angezogen war, in Bewegung und brühte den Schaffner, der noch zwischen den beiden Wagen stand, gegen den Motorwagen. Ode erlitt einen Bruch des rechten Oberarmes und mußte nach dem Augusta-Viktoria-Krankenhaus übergeführt werden.

### Steglitz.

Die letzte Gemeindevertretersitzung eröffnete der Vorsteher mit einem Redeaus für den kürzlich verstorbenen Gemeindevorordneten Kaufmann Gerike und den ebenfalls vor einigen Tagen verstorbenen Sanitätsrat Dr. Alberts, der lange Jahre hindurch als Armen-, Gemeinde- und Polizeiarzt seine Dienste der Gemeinde in uneigennützigster Weise zur Verfügung gestellt habe. — Als regelmäßiger Sitzungstag der Gemeindevertretung wird auch für das Rechnungsjahr 1907 wieder der erste Freitag jeden Monats festgesetzt. Als dritter Punkt stand die Stadtwahlfrage unseres Dorfes auf der Tagesordnung. Die Sache scheint sehr lichtempfindlich zu sein, denn sie wurde in die geheime Sitzung verwiesen. — Die kaum ins Leben gerufene höhere Mädchenschule ist schon wieder überfüllt und erfordert deshalb einen Erweiterungsbau, zu dem 53.500 M. gefordert und bewilligt werden. Auch für das Gymnasium macht sich schon wieder die Anstellung eines Oberlehrers und dicker anderer Lehrkräfte nötig, die gleichfalls bewilligt werden. Wären diese Summen in den kaum aufgestellten Etat aufgenommen worden, dann wäre der Zuschuß der Gemeinde pro Kopf des höheren Schülers noch um ein Bedeutendes gestiegen und derjenige pro Kopf des Gemeindefschülers hätte sich noch kläglich ausgenommen.

### Rigdorf.

Ein Glendbild. Wegen Nahrungsvorgen unternahm gestern der Schutzmachermeister Hermann Richter in der Werderstraße 6 einen Selbstmordversuch. Vor einigen Wochen wurde die Ehefrau des R. von einem Rinde entbunden und sie erkrankte dabei so schwer, daß sie nach dem Kreis-Krankenhaus gebracht werden mußte. Seitdem

mußte sich nun R. selbst um die Kinder kümmern und er konnte infolgedessen weniger verdienen als sonst. Auch die Einnahmen der Frau blieben aus. R. geriet schließlich in bitterste Not, weshalb er gestern in der Verzweiflung Gift trank. In bedenklichem Zustande wurde der Lebensmüde gleichfalls in das Kreis-Krankenhaus eingeliefert. Die kleinen Kinder dürften vorläufig in dem städtischen Waisenhaus Unterkunft finden.

### Treptow-Baumschulweg.

Aus der Gemeindevertretung. Zur Typhusepidemie bemerkte der Gemeindevorsteher, daß die Zahl der Kranken sich von neun auf zwölf vermehrt habe. Außerdem seien vier Todesfälle zu verzeichnen. Das Grundwasser sei untersucht und als keuschenfrei befunden worden. Genosse Karow brachte die frühere Kanalisation in Erinnerung und machte der Aufsichtsbehörde zum Vorwurf, daß den Grundbesitzern gegenüber zu viel Rücksicht genommen worden sei; gleichzeitig stellte er die Frage, ob es zutrifft, daß in einem öffentlichen Geschäft, wo in der Familie des Inhabers Typhus geherrscht, ja sogar ein Todesfall zu verzeichnen war, Familienangehörige die Kundschaft bedient hätten. Der Gemeindevorsteher nahm die Behörde in Schutz und teilte mit, daß die Gruben entleert und gefüllt werden müssen. In dem angeführten Fall habe der Kreisarzt nur verlangt, daß die Frau im Laden nicht verlaufen dürfe oder der Laden geschlossen werden müsse. — Eine längere Ansprache rief eine Revolution der Lehrer unter den Bürgerlichen hervor. Diefelbe bedauerte das ablehnende Verhalten der Gemeindevertretung gegenüber Petition um Gehaltsaufbesserungen. — In den einzelnen Ausschüssen und Kommissionen fungierten folgende Genossen: Steueranschuh: Gramenz, Gesundheitskommission: Karow, Petitionskommission: Gramenz und Verkehrsanschuh: Gerisch. Der Antrag eines Grundbesitzervereins, Bürger in den Verkehrsanschuh zu wählen, wurde, nachdem Genosse Karow und Gerisch dagegen gesprochen, abgelehnt. — Ein Ortsstatut, wonach die Erlaubnis zum Betriebe einer Gastwirtschaft, auch wo nicht Branntwein und Spiritus ausgetrennt wird, von einem Bedürfnis abhängig gemacht wird, auch wenn die Bevölkerung 15.000 oder mehr Einwohner zählt, wurde angenommen. Genosse Karow und Gerisch bekämpften dasselbe. Der frühere Gastwirt Buchholz vertrat die Ansicht, daß nur die „alten bewährten Gastwirte“ ein Recht auf eine Erlaubnis haben. — Ein Ortsstatut betreffend die Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf die bei der Gemeinde beschäftigten Personen fand Aufnahme. — Zum Neubau einer Gemeindefschule an der Willdenowstraße wurde beschlossen, eine Anleihe von 250.000 M. vom Kreise aufzunehmen, obige Summe soll der jetzt zur Zurückzahlung gelangenden Kanalisationsanleihe entnommen werden. — Zu Kreisratsabgeordneten wurden Kommerzienrat Veermann und Fabrikbesitzer Rosdorf gewählt. Unsere Genossen gaben weiße Zettel ab.

Der Bürgermeistertitel ist nach einer Bekanntmachung des Ministers des Innern dem Treptower Amts- und Gemeindevorsteher Schadow verliehen worden.

Bei einem bedauerlichen Unglücksfall hat am Sonnabendabend der Arbeiter Feih Hermes aus Baumschulweg das Leben eingebüßt. Er befand sich auf dem Heimwege und hat unterwegs einen vorüberfahrenden Müllkutschler, ihn doch mitzunehmen. Sein Wunsch wurde auch erfüllt. An der Einbiegung in die Baumschulstraße verlor er die Kontrolle über das hochaufgeladene Mädel nicht festzuhalten, er verlor das Gleichgewicht und stürzte auf die Straße hinab. Unglückslicherweise schlug er mit dem Kopfe so festig auf das Pflaster, daß er einen Schädelbruch erlitt und nach wenigen Minuten starb.

### Bris.

Lieb' Vaterland, magst ruhig sein. Auch Briz wird in dem Kranze der Orte, die ein Kaiser Wilhelm-Denkmal haben, nicht zurückbleiben. Ein Denkmalanschuh unter dem Vorstize des Gemeindevorstehers ist eingeleitet und der Platz ist auch schon gefunden. Auf dem Platz an der Chausseestraße gegenüber dem Schloßteich soll das Denkmal aufgestellt werden; eine Anzahl Künstler sind bereits zum Einreichen von Skizzen aufgefordert worden. Unsere Patrioten, die hier nicht sehr die Geduld haben, aber dank eines miserablen Wahlrechtes das Heft in den Händen haben, schwelgen in nationaler Begeisterung.

### Lichtenberg.

#### Ein Verband zur Abwehr „maßloser“ Beamtenforderungen?

Ihre Beamtenfreundlichkeit zeigen die liberalen Kommunalpolitiker bei jeder passenden Gelegenheit. Die Beamten und Lehrer der Vororte haben das Bestreben, ihre wirtschaftliche Lage nach Kräften zu verbessern. Daß, um dieses Ziel zu erreichen, Organisationen notwendig sind, haben die Beamten und Lehrer begriffen. Dafür sprechen die gelegentlichen Petitionen, die meist eine vergleichende Uebersicht der Gehaltszahlungen anderer Vororte enthalten. Nun war es der Vertreter der „liberalen Gruppe“, der erklärte, „so gehe das nicht weiter, die Vororte müßten sich zu gemeinsamen Abwehr dieser Schraube ohne Ende zusammenfinden, eventuell die Aufsichtsbehörde zum Einschreiten veranlassen. Die Beamten stehen schon heute besser als die Angestellten in Privatbetrieben, ergo rechtfertige sich ein solches Vorgehen gegen die maßlosen Forderungen“. Vielesicht erbat sich der Landrat und leitete die Gründung des Verbandes zur Abwehr unberechtigter Gehaltsforderungen der Vorortbeamten und Lehrer in die Wege!

Nach 50jähriger Tätigkeit als Schornsteinfeger soll der in diesen Tagen sein Jubiläum feiernde Obermeister der Schornsteinfeger-Zwangsgewinnung, Herr Rielblod von hier als Nachfolger des nach Friedrichsdele als Gemeindevorsteher gewählten besoldeten Beigeordneten Langewitter aufbesehen sein. Nach dem Ortsblatt soll die nächste Kreisaustragung hierüber beschließen. Bei der Auffassung über Selbstverwaltung der Gemeinden in „liberalen“ Kreisen nimmt eine solche Kenntnis der Dinge durchaus nicht wunder. — Hierbei sei auf eine Unstille hingewiesen, die ihre Erklärung nur aus dem Willen der Majoritäten der Gemeindevertretungen, die ihre Existenz dem jämmerlichen Wohlstand verdanken, finden kann. Die Bewerber um die Stelle des besoldeten Schöffen — zu denen Herr Rielblod gewiß nicht gehört — halten es für notwendig, die Bewerbungen durch persönliche Vorstellungen bei einer Reihe von Gemeindevorstern zu unterstützen. Wozu das? Die Gemeindevertretung ist doch die anstehende Behörde!

### Johannisthal.

Zum Gemeindevorsteher gewählt wurde in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung der bisherige Kassentendant Hamel mit 7 gegen 5 Stimmen, welche letztere auf den bisherigen Vorsteher Kober entfielen. Wie das „Ortsblatt“ bereits am Sonntag zu melden wußte, soll Hamel die Wahl abgelehnt haben; näheren Mitteilungen zufolge trägt selbiger jedoch nur die Absicht, die Annahme des Amtes rückgängig zu machen. Das Spiel um den kommenden resp. Heilenden Mann könnte demnach bald wieder von neuem beginnen. In genanntem Blatt wird denn auch der bisherige Gemeindevorsteher in den rosigsten Farben geschildert. Ob das Erfolg haben wird, bleibt abzuwarten. Die Freunde des bisherigen Gemeindevorstehers übernehmen gegenwärtig die Rolle des Verleumders. Aus der Gegenseite unserer Genossen zum Gemeindevorsteher schöpfen sie den Verdacht, als seien dieselben gekaufte Individuen. Solche Freunde und Fürsprecher dürften die Situation für den jetzigen Gemeindevorsteher gerade nicht verbessern.

Bekanntgegeben wurde in der Sitzung, daß der Bebauungsplan für das frühere v. Trülpfische Gelände bis zum 27. April ausliegt. Der Antrag der freiwilligen Feuerwehr auf Bewilligung der Kosten zur Beschaffung eines Rauchhelms wurde angenommen. Ebenfalls nahm die Gemeindevertretung einen Antrag an, einen jährlichen Beitrag von 20 M. an den Brandenburgischen Zentralverein zur Bekämpfung der Tuberkulose zu verabschieden.

### Ableschhof.

Die letzte Gemeindevertretersitzung beschäftigte sich wiederholt mit dem Einspruch des Fabrikbesizers Hans Luke gegen die

Richtigkeit der Gemeindeführerliste. Das Gutachten, welches hierüber eingeholt war, sprach sich für die Berechtigung des Einspruches aus und beschloß dementsprechend die Gemeindeführung die Aufnahme des Luke in die Wählerliste. — Um eine Ueberfüllung der unteren Klassen der Gemeindefschulen vorzubeugen, wurde die Anstellung eines neuen Lehrers beschlossen. — Die eingegangenen Offerten für die Pflasterung der Kaiser Friedrichstraße bewegten sich zwischen 38.500 M. als Höchstforderung und 27.800 M. als Mindestforderung. Der Zuschlag wurde dem Mindestfordernden, Steinsehmeister Schier-Berlin, erteilt, welcher bisher die Straßenpflasterung im Orte ausgeführt hat. — Der von der eingesehenen Kommission ausgearbeitete Bebauungsplan für das eingemündete forstfiskalische Terrain fand allseitige Zustimmung der Gemeindevertretung. Dasselbe enthält neben gut geplanten direkten Verbindungsstraßen mit den umliegenden Ortschaften mehrere höhere Schmutzplätze und breite Straßen mit Mittelanlagen, wodurch der notwendigen Luft genügender Zutritt getätigt wird. Das der Gemeinde zustehende Areal für öffentliche Anlagen, als Städteplatz an der Spree, Schulhausneubauten und Erbauung eines Rathhauses usw. dürfte eine zweckentsprechende Verteilung gefunden haben. Nach Fertigstellung dieses Bebauungsplanes durch die Kommission wurde bekannt, daß der Fiskus jetzt für die an der Eingemeindung beteiligten Gemeinden einen Bebauungsplan aufstellen läßt, in dem „für freie Flächen, Wald und Wiesen genügend“ gesorgt werden soll. Es wird abzuwarten sein, ob lasse unsere Ansprüche auf freie Luft genügen wird oder ob das forstfiskalische Interesse, wie bei dem ersten Bebauungsplan des Fiskus, vorherrschend sein wird. — Eine längere Debatte führte der Antrag der Berliner Metallwarenfabrik H. A. Jüst u. Co. auf Genehmigung der Ableitung der Fabrikwässer von ihrem Grundstück Auguste Viktoriastraße nach dem Straßengully an der südlichen Ecke der Auguste Viktoria- und Wolltestraße herbei. Für die Genehmigung hatte der Gemeindevorsteher Bedingungen ausgearbeitet, welche aber seitens der Fabrikleitung als zu hart und drückend abgelehnt waren, trotzdem durch dieselben nur die Gemeinde vor späterem Schaden, welche diese Abwässer in den Entwässerungsanlagen herbeiführen könnten, geschützt werden sollte, für die Fabrik aber immer noch ein großes Entgegenkommen bewiesen. Der Antrag der Fabrik wurde schließlich einstimmig abgelehnt und der Fabrik gestattet, ihre Abwässer gegen eine jährliche Anerkennungsgeld von 30 M. direkt in den Volkstropfen abzulassen.

### Röpenitz.

In der letzten Stadtverordneten-Versammlung wurde zunächst der neugewählte und befähigte Herr Stadtbaurat Ringer in sein Amt eingeführt. Alsdann wurde die Wahl von vier Kreisrats-Abgeordneten vorgenommen. Die auscheidenden Vertreter wurden sämtlich durch neue ersetzt. Als gewählt gingen hervor Bürgermeister Langerhans, Stadtrat Hentschel, Stadtb. Cuny und Genosse Herbst. Mit dem Genossen Herbst zieht somit der erste Sozialdemokrat im Teplitzer Kreisrat ein.

Bezugnehmend auf die am Donnerstag, den 4. April veröffentlichte Zuschrift teilt uns Herr Stadtrat Hentschel-Röpenitz in einem längeren Schreiben mit, daß der bei der in Frage kommenden Festlichkeit engagierte Klavierspieler nicht mehr als zehn Mark zu verlangen hatte. Dem Schreiben liegt eine Beglaubigung des Rarckmeisters Herrn Koster bei, welcher bestätigt, daß Herr Hentschel nur zehn Mark zu zahlen verpflichtet war. Außerdem sei der Musiker gut bewirtet und ihm noch eine Mark extra gegeben worden.

### Weißensee.

Aus der Gemeindevertretung. Der neugewählte Gemeindevorsteher Dr. Dyrnforth und der besoldete Schöffe Dr. Klamroch wurden in ihr Amt eingeführt und letzterer vereidigt. Einem Projekt und Kostenschätzung wegen Umgestaltung des Antonplatzes wurde zugestimmt. Die Kosten der Umgestaltung belaufen sich auf 11.840 M. Für Friedhofszwecke hat sich die Gemeinde ein Terrain in Wartenberg gesichert zum Preise von 1050 M. pro Morgen. Das Terrain liegt 3 Kilometer von der Weißenseer Grenze.

Die Aufstellung des Haushaltsplanes ist in einer dritten Sitzung zum Abschluß gebracht worden. Der Etat der Straßen und Plätze schließt ab in Einnahme mit 36.700 M., in Ausgabe mit 114.650 M., so daß ein Zuschuß von 77.950 M. erforderlich ist. Die Friedhofverwaltung verursacht eine Einnahme und Ausgabe von 19.655,50 M. Der Etat der Kapital- und Schuldenverwaltung weist eine Einnahme von 178.750 M. und eine Ausgabe von 382.513 M. auf. Das Vermögen der Gemeinde beträgt 10.550.287 M., die Schulden 6.464.059 M. Der Etat der allgemeinen Verwaltung schließt mit einer Einnahme von 68.740 M. und einer Ausgabe von 874.823,50 M. ab. An direkten Steuern sollen aufgebracht werden 125 Proz. Zuschlag zur Staatsseinkommensteuer = 221.312,50 M., 125 Proz. zu dem fingierten Normalsteuersatz von mehr als 600 bis 900 M. = 6250 M., 125 Proz. zu den fingierten veranlagten Staatseinkommensteuersätzen von den Forensen, und zwar von den physischen und natürlichen Personen, 31.250 M.; an Gewerbesteuer 245 Proz. der staatlich veranlagten Beträge der Klassen I bis IV 80.850 M. an Betriebssteuer 30 Proz. Zuschlag zur Gemeindesteuer = 1470 M. an Gemeindegeldsteuer 0,4 Proz. des gemeinen Wertes der bebauten und unbebauten Grundstücke = 420.000 M. Die indirekten Steuern sollen bringen: Luftparksteuer und Wäldersteuer 23.000 M., Hundsteuer 20.000 M., Brau- und Biersteuer 30.000 M., Umsatzsteuer 150.000 M., Wertzuwachssteuer 100.000 M. In Summa 1.084.182,50 M.

### Wäldenbeck.

Die Vertrauensleute der vereinigten Gewerkschaften Wäldenbecks beschlossen, den 1. Mai wie in den Vorjahren durch Arbeitsruhe zu begehen. Die Versammlung findet nachmittags 2 Uhr bei Meyer, die Abendfeier im „Gasthof zur Sonne“ bei Wärsch statt.

## Gerichts-Zeitung.

### Die Verhältnisse der Madeira-Altiengesellschaft,

die schon so oft Gegenstand öffentlicher Erörterung geworden sind, wurden auch in einer Privatklagesache gestreift, zu deren Verhandlung gestern Termin vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte anstand. Als Kläger figurierten der Hauptmann a. D. Hans von Blottwitz, Professor Dr. Gotth. Panwitz und Handlungsgehilfe Schaper. Die Klage richtete sich gegen den Direktor der Madeira-Altiengesellschaft Ernst Goman und den Hamburger Rechtsanwalt Dr. Euse. Die Klage ist ein Mitglied in einer ganzen Reihe von gerichtlichen Aktionen, in deren Mittelpunkt die Madeira-Altiengesellschaft steht. Diese hat den Zweck, Sanatorien für Jungen und andere Kranke zu erwerben, zu erbauen und zu verwalten. Vor der Gründung der Gesellschaft war eine sogenannte Vorbereitungsgesellschaft gebildet worden, deren Geschäftsführer Prof. Panwitz war. Er behauptet, daß er durch die Manipulationen des Herrn Goman aus der Gesellschaft hinausgedrängt worden ist und es ist zwischen ihm und dem Direktor Goman ein heftiger Kampf entstanden. Letzterer hatte seinerzeit gegen Prof. Panwitz die Privatklage angestrengt, weil er sich durch ein Schreiben beleidigt fühlte, daß Herr Prof. P. über Vorgesetzte und Entwidlung der Madeira-Sache am 22. Personen gerichtet hatte. Direktor Goman erklärte in einigen Stellen dieses Schreibens den Vortwurf, daß er 20.000 Mark unterschlagen habe und 5000 M. Ausgabe auf falschen Buchungen beruhten. Professor Panwitz ist in jenem Beleidigungsprozess wegen Beleidigung in drei Fällen zu je 30 M. Geldstrafe verurteilt. Die Sache schwebt in zweiter Instanz und wird noch in diesem Monat die Strafkammer beschäftigt. Außerdem schweben noch verschiedene Zivilprozesse des Prof. Panwitz gegen die Vorbereitungsgesellschaft. Zwischen ihm läuft eine Duelleforderung, die Prof. P. dem Rechtsanwalt Dr. Euse hatte zukommen lassen. Durch eine anonyme Anzeige ist diese Herausforderung zur Kenntnis des Staatsanwalts gekommen. Professor



# Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Dienstag, den 9. April, abends 8 1/2 Uhr:

## General-Versammlung

in den Germania-Festsälen, Chausseestraße 103.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Ledebour über: „Unsere Aufgaben im politischen Kampfe“. 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung Groß-Berlins. 4. Anträge.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Su zahlreichem Besuch ladet ein

248/13\*

Der Vorstand.

# Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Mittwoch, den 10. April 1907, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Neue Welt“,  
Fahnenstraße 108-114:

## Außerordentliche

# General-Versammlung

aller zum

Zweigverein Berlin gehörigen Zahlstellen und Bezirke der Maurer.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über den Ausgang der Verhandlungen mit den Arbeitgebern. 2. Diskussion. Das Mitgliedsbuch, in dem für das Jahr 1907 schon Beiträge quittiert sein müssen, legitimiert! Ohne dasselbe kein Zutritt!

187/13\*

Die Verbandsleitung.

# Verband der handgewerblichen Hilfsarbeiter Deutschl.

Freitag, den 12. April, abends 8 Uhr:

## Außerordentliche General-Versammlung

in Kellers Festsälen, Koppenstraße Nr. 29.

Tages-Ordnung:

1. Bericht von den bisherigen Verhandlungen mit den Arbeitgebern und unsere weitere Stellungnahme dazu. 2. Diskussion.

Da diese Versammlung für uns eine sehr wichtige ist, er-suchen wir unsere Kollegen, die regste Agitation hierfür zu betreiben!

Kollegen! Erscheint in Massen in dieser Versammlung! Mitgliedsbuch legitimiert; ohne dasselbe kein Eintritt!

Der Zweigvereinsvorstand.

# Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.

Bureau: Berlin C. 54, Dragonerstr. 15, Hof I. - Fernsprecher Amt 3, Nr. 5028.

Donnerstag, den 11. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Böhmischen Brauhaus“,  
Landsberger Allee 11-13:

## Außerordentliche General-Versammlung des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Rechner-Kommission über die letzten Verhandlungen. - 2. Diskussion.

25/76

Der Vorstand. V. v. Albert Juppenlatz.

# Freie Vereinigung der Maurer Deutschlands.

Bureau: C. 54, Steinstr. 38. Ortsverein Berlin. Fernsprech. Amt III Nr. 3100.

Mittwoch, den 10. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Freyer (früher Keller), Koppenstr. 29:

## Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern und Stellungnahme hierzu.

Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Eintritt.

129/6\*

Der Vorstand. J. H. Gustav Zeglin.

# Orts-Krankenkasse für das Tapezierer-Gewerbe zu Berlin.

Freitag, den 12. April 1907, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschafts-haus, Engel-Ufer 15, Saal 8:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Rechnungsbericht. 2. Beschlussfassung über die Jahresrechnung 1906 und Erteilung der Decharge. 3. Bekanntmachung der Beschlüsse des Vorstandes. 4. Wahl von Hilfsarbeitern. 5. Antrag der Angehörigen auf Gehaltserhöhung. 6. Verschiedenes.

Zu obiger Versammlung ladet die Herren Delegierten mit der Bitte um pünktliches Erscheinen freundlichst ein

Der Vorstand.  
H. Lobitz, 1. Vorsitzender. 272/6

# Zentralverband der Steinarbeiter Berlin I.

Donnerstag, den 11. April, abends 8 Uhr:

## Mitglieder-Versammlung

im Englischen Garten, Alexanderstraße 27a.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Karl Wernuth über: „Der moderne Sozialismus“. 2. Abrechnung vom ersten Quartal. 3. Tarifangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung. Zahlreichen Besuch erwartet

## Achtung, Lederarbeiter!

Donnerstag, den 11. April 1907, abends Punkt 8 Uhr, im Marienbad, Badstraße 35/36:

## Mitglieder-Versammlung der Filiale I.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes. 2. Waise. 3. Regelung des Herbergs-wesens. 4. Berichterstattung der Lokalfassen-Kommission. 5. Vereins-angelegenheiten.

Der reichhaltigen und wichtigen Tagesordnung wegen ist pünktliches und zahlreiches Erscheinen notwendig.

Der Vorstand. J. H. Franz Rung.

Das unstrittig grösste

# Spezial-Geschäft

Deutschlands

für Bettfedern ist die erste

# Bettfedern-Fabrik

mit elektrischem Betriebe

# Gustav Lustig

Berlin, Prinzenstr. 45 u. 46.

Die Firma führt nur

## Bettfedern

## Daunen

zu 0,55, 1,00, 1,25, 1,50, 1,75, 2,00, 2,25, 2,50, 3,00, 3,50 bis 5 Mk. per Pfd.

zu 2,85, 3,50, 4,50, 5,50, 6,50 bis 8 Mk.

## Sertige Betten,

bestehend aus Oberbett, Unterbett, 2 Kissen zu 12, 15, 19, 22, 25, 28, 36, 43, 51, 60, 75, 90 bis 105 Mk.

## Bettinlette und andere Bettartikel.

Besonders empfehlenswerte Bettenfüllung:

Echt chinesische (gesetzl. geschützt)

# Monopoldaunen

Pfund Mk. 2.85.

Der beste Beweis für die Güte meiner Bettfedern ist der

Umsatz im Jahre 1906:

2389 Zentner

# Bettfedern

wiederum ca. 200 Zentner mehr als im Jahre 1905.

Kein zweites

Bettfedern-Detail-Geschäft kann einen auch nur annähernden Umsatz nachweisen. Gleiche anderweitige Angaben sind unwahr; man lasse sich daher nicht täuschen.

Neu eingetroffen zwei Waggons

# Metallbettstellen

besonders preiswert, u. A.:

## Metallbettstelle No. 238

mit Zugfedermatratze



106 x 203 cm mit 33 mm starken Pfosten, oberen Messingstangen, Messingglocken, Messingkugeln und Messingverankerungen über den Fussrollen

Mk. 39,50.

Mit 6 Füllungsstäben, 90 cm breit

## zum Ausnahmepreise von M. 36

Andere Metallbettstellen schon von 5 Mark an. Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet.

Buchhandlung Vorwärts Berlin SW. 68. Lindenstraße 69.

## Ziele und Wege

Erläuterungen der sozialdemokratischen Gegenwartsforderungen

Unter Mitarbeit von Hugo Lindemann, Max Süßheim, Friedrich Stampfer und Klara Zetkin herausgegeben von

Adolf Braun Preis 20 Pf. Porto 5 Pf.

Zahn-Klinik G. Anders, Frankfurter Allee 153, Spreng. 2-8, Sontag. 9-1. Plomben, künstl. Zähne, schmerzlos Zahnziehen.



Eine Mark wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige Herren-Moden. Ersatz für Mass. Mass-Anfertigung. Feinste Verarbeitung. Garantie tauschlos. J. Kurzberg, An der Jannowitzbrücke 1, L. Direkt am Bahnhof.

Eine Mark wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige Herren-Garderoben. Anfertigung nach Mass. Lediglich Kostüme. Julius Fabian, Schneidermeister, Gr. Frankfurterstr. 37, Eingang Straußberger Weg.

# Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

## Achtung! Neuheit!

Glas-Karall-Krawatten in verschiedenen Farben, sehr praktisch und dauerhaft, Dugend 8 Mk. versendet gegen Nachnahme

Franz Goldovsky, Glaswarenerzeugung Zásada per Dráždow (Böhmen). 26996

## A. B. Koch

# Kohlen-Groß-Handlung

Berlin O. 34, Bronnbergerstr. 15. Preise für nur 1a Marken ab Waggon von 10 Jtr. an: 41872\* Prima la Halbheine (bekannte Marken) pr. St. 82 Pf. la Diamant (110 bis 120 St.) 97 Pf. la Hise u. Hise 1,00 Pf. la Anthrazit-Cadd pr. St. 2,25 Pf.

Roh-, Steinkohlen usw. zu den billigsten Tagespreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. St. 10-15 Pf. mehr. - Bei Original-Waggons und größeren Abschüssen verlangen Sie meine Spezial-Effekte.

Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

## Bruch-Pollmann

empfehlen ein Lager in Bruchhandagen, Leibbinden, Geradenhaltoren, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatte. Liefer. f. Orts- u. Hilfs-Krankenkassen. Berlin C., 44082\*

## 30. Finien-Straße 30.

Alle Bruchbänder mit elastischen Gellotten, angenehm u. weich am Körper.

## Hygienische

Bedarfsartikel. Neuest. Katalog. M. Empfehlung. A. A. A. Prof. grat. u. fr. H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW. Friedrichstraße 91/92.

Sie vertreiben Wanzen. Fische, Schwaben, Motten etc. totsicher nur durch meine bewährten Spezialmittel Pyrethrin usw. 3l. 0,50 u. 1,00 Pf. Prosp. gr. u. fr. Max Dank, Volta-Drogerie, N. 2. Hermsdorfer Straße 5.